

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4562

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4566

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4567

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4539

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4561

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer
Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4418

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4438

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4546

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes
Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und
Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 – GFG 2019)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3302
Drucksache 17/4100 – Ergänzung
in der Fassung nach der zweiten Lesung

Vorlage 17/1451
(Ergänzung Anlage GFG)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4451

dritte Lesung

In Verbindung mit:

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags
zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-
Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nach-
tragshaushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3400
Drucksache 17/4099 – Ergänzung
in der Fassung nach der
zweiten Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4449

dritte Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse zum Haushaltsplan zur Vorbereitung der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2019 sind auch in den Veränderungsnachweisen zur Drucksache 17/4450 entsprechend dargestellt.

Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen im Ältestenrat vereinbart haben, dass bei dem **gesamten Tagesordnungspunkt Zwischenfragen sowie Kurzinterventionen nicht zulässig** sind. – Ich sehe, dass es dagegen keinen Widerspruch gibt. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD Herrn Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty (SPD): Sehr geehrter Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle führen diese Generaldebatte heute noch unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse gestern Abend in Straßburg. Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr herzlich für die einleitenden Worte zu Beginn dieser Plenarrunde.

Wir trauern mit den Bürgerinnen und Bürgern Frankreichs um die Opfer dieser grausamen Tat. Wir teilen ihren Schmerz, und wir versichern ihnen unsere Solidarität. Die Menschen in Straßburg sollen wissen, dass wir in Nordrhein-Westfalen an ihrer Seite stehen.

(Allgemeiner Beifall)

Diese Einigkeit macht uns stark. Wir sind stärker als die Feinde der Demokratie. Das werden wir an dieser Stelle – auch wenn wir uns inhaltlich sicherlich gleich streiten werden – nicht vergessen. Denn Einigkeit in

den Grundwerten verbietet keinen Streit. Im Gegenteil! Die Demokratie lebt von gegenseitiger Kritik.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben an der Politik dieser Landesregierung einiges zu kritisieren, sowohl an den Inhalten als auch am Stil.

(Christof Rasche [FDP]: Was?)

Herr Ministerpräsident, wir alle können uns noch gut an Ihre Auftritte Anfang 2017 erinnern. Sie sprachen von großen Visionen und machten große Versprechungen. Alles sollte in diesem Land besser werden: NRW geht vor; NRW ganz vorne; NRW first. – All das mussten wir uns im Wahlkampf anhören.

Doch bereits Ihre erste Regierungserklärung geriet zur politischen Rabattaktion. Da war nichts mehr davon zu spüren, dass NRW Nummer eins sein sollte. Jetzt sprachen Sie nur noch von Maß und Mitte. An Ihren Versprechen wollten Sie sich schon bei der ersten Regierungserklärung nicht mehr messen lassen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Aber auch diese neue Messlatte erwies sich schon nach wenigen Wochen und Monaten als deutlich zu hoch gesetzt. Ihre Regierung wurde zu einem Reparaturbetrieb in eigener Sache.

Ihr Europa- und Medienminister musste seine Zuständigkeit für die Medienpolitik abtreten, weil er sich ansonsten in wirtschaftliche Interessenkonflikte verstrickt hätte.

Ihre Umweltministerin musste zurücktreten, weil sie die Öffentlichkeit getäuscht hatte.

Ihr Innenminister wollte dem Rechtsempfinden der Bevölkerung ein höheres Gewicht beimessen als der Unabhängigkeit der Gerichte.

(Zuruf von der FDP: Falsch!)

Ihr Integrationsminister wurde von regionalen und überregionalen Medien aufgefordert, zurückzutreten, weil aus seinem Haus heraus die Justiz hintergangen worden ist.

Und Ihr Justizminister wird noch zurücktreten, weil er mit der Aufklärung eines Todesfalls und anderer schlimmer Missstände in seinem Geschäftsbereich heillos überfordert ist.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Selbst Sie, Herr Ministerpräsident, wurden im März dieses Jahres der Schwindelei überführt.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Sie hatten doch tatsächlich behauptet, Sie hätten mit der belgischen Regierung Gespräche über die Atomreaktoren geführt. Das stimmte genauso wenig wie

die Behauptung, Ihre Regierung habe ein Brexit-Büro in London eröffnet, und die Behauptung, die frühere Umweltministerin sei Opfer eines Hackerangriffs geworden.

Eines stimmte allerdings – da haben Sie recht, Herr Laschet –: Anschließend gab es Gespräche mit der belgischen Regierung.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Auch vorher!)

Aber räumen Sie doch bitte ein, dass diese Gespräche ein Totalschaden waren. Da ist doch nichts passiert. Da haben Sie gar nichts, überhaupt nichts erreicht. Das war das Ergebnis Ihrer Bemühungen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Als äußerst fahrlässig hat sich auch Ihr Volkshochschulkurs zum Thema „Diesel-Fahrverbote“ erwiesen. Da haben Sie Ihre Rechtsauffassungen geäußert und gesagt, bei uns könne so etwas eigentlich gar nicht passieren; das sei unverhältnismäßig und damit rechtswidrig. Diese Rechtsauffassung haben Sie auch Ihre Bezirksregierungen wissen lassen. Die Beamten werden wahrscheinlich tief beeindruckt gewesen sein. Aber die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Ihnen das – zumindest eine Zeit lang – auch tatsächlich geglaubt.

Aber Gott sei Dank leben wir in einem demokratischen Rechtsstaat. Bei uns entscheidet nicht der Ministerpräsident, was rechtswidrig ist oder nicht, sondern das entscheiden unabhängige Gerichte.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Tatsächlich wissen jetzt 2,6 Millionen Diesel-Halter in Nordrhein-Westfalen, dass man sich auf die Rechtsauffassung und das Wort des Ministerpräsidenten besser nicht verlässt.

Wenn man die bisherige Regierungszeit von Schwarz-Gelb einmal Revue passieren lässt, gibt es eigentlich nur ein Fazit: Schon nach 18 Monaten im Amt leidet diese Regierung unter einemhaltungsschaden. Sie hat kein störungsfreies Verhältnis zum Rechtsstaat und ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das sind übrigens auch die Gründe, warum Sie sich in kürzester Zeit schon zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingehandelt haben.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht der Grund!)

Das mangelhafte Krisenmanagement in eigener Sache füllt den ersten Teil einer ehrlichen Zwischenbilanz dieser schwarz-gelben Regierungskoalition.

Ihre politische Ideenlosigkeit füllt den zweiten Teil; denn in den ersten 18 Monaten sind Sie inhaltlich und konzeptionell ja regelrecht ausgetrocknet, meine Damen und Herren.

Fangen wir mit dem ersten Beispiel an. Was ist eigentlich aus der Bosbach-Kommission geworden, Herr Laschet oder Herr Reul, die mit viel Getöse als Wahlkampfslager angekündigt wurde? Ich muss sagen, dass es eine gute Idee war, im Wahlkampf den ewigen Talkshow-Gast Bosbach aus dem konservativen Flügel mit einer Kommission zu beauftragen. Es sollte eine neue Sicherheitsarchitektur geschaffen werden, und zwar nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern gleich für ganz Deutschland. Große Worte – und kleine Taten als Ergebnis.

Heute soll ein neues Polizeigesetz verabschiedet werden. Welchen Beitrag hat denn die Bosbach-Kommission dazu geliefert, Herr Laschet? Das wissen wir nicht.

(Zuruf von der FDP – Zuruf von Minister Herbert Reul)

– Herr Reul, Sie sagen gerade, dafür sei die Kommission nicht zuständig.

(Zuruf von der FDP: Das stimmt ja auch!)

Für was ist sie denn zuständig? Sie sind ja auch nicht dafür zuständig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben doch bis heute nicht gesagt, wofür diese Kommission eigentlich zuständig ist. Im Vergleich zur Bosbach-Kommission, Herr Reul, ist das Vatikanische Konzil eine richtig öffentlichkeitswirksame Veranstaltung. Das muss ich einmal sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Also: Gibt es Zwischenergebnisse? Was steht auf dem Programm? – Die Antwort der Landesregierung auf eine jüngste Anfrage meiner Kollegin Philipp ist Schweigen: Dazu darf man nichts sagen; sie arbeiten weisungsunabhängig und geheim.

Meine Damen und Herren, das ist kein sinnvoller Beitrag für eine neue Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen. Da haben Sie die Wähler getäuscht. Nichts ist danach gekommen!

(Beifall von der SPD)

Wo ist denn die große sicherheitspolitische Neuausrichtung dieser Landesregierung? Beim Polizeigesetz helfen wir Ihnen. Bei den Stellen für die Polizei haben Sie uns an Ihrer Seite. Keiner in diesem Parlament wird dagegen sein.

(Unruhe – Glocke)

Was war da noch im Innenbereich? Der Innenminister setzt die Projekte „Riegel vor!“ zur Bekämpfung

der Einbruchskriminalität und „Wegweiser“ zur Bekämpfung des Salafismus fort – übrigens alles Projekte Ihres Amtsvorgängers, Herr Reul.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Das ist keine schlechte Entscheidung. Ich finde es gut, dass Sie das machen. Aber neue Ideen im Bereich der Innenpolitik habe ich von Ihnen nicht gesehen.

(Beifall von der SPD)

Auch ein anderes Projekt der Landesregierung – ein großes Prestigeprojekt sollte es werden – läuft nicht wirklich rund. Ich spreche von der sogenannten Ruhrkonferenz, meine Damen und Herren. Herr Laschet, geben Sie es doch zu: Sie wollten damit Johannes Rau nachahmen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Oh Gott! – Weitere Zurufe)

– Ja. Dazu komme ich gleich noch. Warten Sie ab. – Eine große Konferenz mit EU-Kommission und Bundesregierung sollte das werden; alle sollten kommen. Das war dann aber wohl doch zwei Nummern zu groß. Sie haben es nicht geschafft, im Jahre 2018 eine solche Konferenz auf die Beine zu stellen.

Was gibt es jetzt? Es gibt jetzt Minister-Tandems. Es gibt ministerielle Arbeitskreise, die als Quellen neuer Ideen hier angepriesen werden, aber keine Antwort und keine Hilfe aus Brüssel oder Berlin.

Und was für Projekte kommen dabei heraus? Herr Laschet, es ist richtig dreist, was Sie da als Projekt „Abschluss der Renovierungsarbeiten im Bochumer Bergbau-Museum und Inbetriebnahme des Abwasserkanals der Emscher“ bezeichnet haben. Meine Damen und Herren, Herr Laschet hat allen Ernstes behauptet, die Wiedereröffnung der kompletten Bergbau-Ausstellung in Bochum und die Inbetriebnahme des Kanals der Emschergenossenschaft seien Wegmarken seiner Ruhrkonferenz. So stand es in der Terminvorschau, die er Woche für Woche verschicken lässt.

Die Renovierung des Museums wurde vor mehreren Jahren in Auftrag gegeben. Der Plan für den Abwasserkanal der Emscher ist noch älter. Dieses Projekt stammt aus dem Jahre 1992, ist also 26 Jahre alt. Haben Sie wirklich geglaubt, Herr Ministerpräsident, Sie könnten sich mit den Verdiensten von Johannes Rau schmücken, und keiner würde das merken? Das ist Etikettenschwindel!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir können auch einen anderen Vergleich ziehen. Das ist so, als würden die Schalker den Dortmundern die Meisterschale klauen und dann rufen: Seht her, wie erfolgreich wir sind!

(Heiterkeit bei der SPD)

Das würden die Schalker selbstverständlich nicht tun. Dafür sind sie viel zu stolz. Nur Sie machen so etwas, Herr Laschet. Peinlich ist das!

(Beifall von der SPD)

Da fragt man sich aber auch: Warum macht man so etwas? Warum klaut man so etwas? Warum setzt man sich auf die Leistungen und die Erfolge anderer Menschen? – Ich kann Ihnen das sagen, Herr Laschet: weil Sie keine eigenen Ideen für dieses Land haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sind ein Schaufensterdekorateur. Aber auf Ihren Verkaufsflächen fehlt die Ware. Was ist denn Ihr persönliches Projekt? Wofür steht Armin Laschet? Nichts – außer Eitelkeiten, Fototerminen und Symbolpolitik. Wo ist der Masterplan? Was ist Ihre Vision für dieses Land? Wie soll Nordrhein-Westfalen in 20 Jahren aussehen? Wie wollen Sie diese auseinanderdriftende Gesellschaft zusammenhalten?

Da ist nichts – keine Antworten, kein Plan. Herr Ministerpräsident, Sie haben überhaupt keine neuen Ideen für Nordrhein-Westfalen – keine Ziele, keine Vision. Da ist nichts, was über das Tagesgeschäft hinausgeht. Das ist schade.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wahrscheinlich haben Sie mit Nordrhein-Westfalen aber schon abgeschlossen. In Ihren Tagträumen richten Sie doch schon längst das Kanzleramt für sich ein.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie erfreuen sich an jedem Zeitungsbericht, in dem Sie als Kanzlerkandidat der Union gehandelt werden. Sie sind der Königsmacher. Sie schieben die Delegierten auf Parteitag wie Püppchen über das Parkett.

(Zurufe von Daniel Sieveke [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

In jedem Interview soll „Kanzlerkandidat“ drinstehen.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf von der SPD: Da scheint ja etwas dran zu sein, wenn ihr euch so aufregt!)

Diese Aufregung bei Ihnen zeigt doch ganz deutlich: Sie sind nach nur 18 Monaten in der Regierungsverantwortung einer Schwäche erlegen, die Max Weber einmal den ganz trivialen, allzu menschlichen Feind eines jeden Politikers nannte, nämlich die ganz gemeine Eitelkeit, die Todfeindin aller sachlichen Hingabe und Distanz, in diesem Fall der Distanz sich selbst gegenüber.

(Zuruf von der FDP)

Herr Laschet, Sie haben die Distanz zu sich und zu Ihrem Amt verloren.

(Beifall von der SPD)

Was Sie allerdings gerne machen, ist, rote Teppiche auszurollen. Ich glaube, es gibt keinen Generalkonsul, der noch nicht über einen roten Teppich vor der Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist. Sie rollen ihn wahrscheinlich aus, damit Sie selbst mit darüber laufen können.

Jeder weiß doch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihrem Protokollreferat gerade schwitzen müssen, während die Abteilung für politische Planung Kurzarbeit hat. Das ist doch das, was bei Ihnen in der Staatskanzlei passiert.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Dazu gibt es auch noch Dokumente. Ich habe vor ein paar Wochen von Ihnen ein Fotoalbum „Ich und der Bundespräsident in Nordrhein-Westfalen“ geschenkt bekommen. Nur bunte Bilder. Kein Inhalt! Schöne Fotos von Armin Laschet und dem Bundespräsidenten in Nordrhein-Westfalen; ganz viel Hochglanz.

Ich frage Sie: Was kommt als Nächstes? Herr Rutte und Herr Laschet beim Matjesessen auf 200-g/m²-Hochglanzpapier?

(Heiterkeit von der SPD – Zuruf von der SPD)

Herr Macron und Herr Laschet auf einer Doppelseite? Was kosten die Fotobücher eigentlich, Herr Laschet? Diese Frage können Sie ja gleich einmal beantworten. Das ist die Politik, die Sie machen.

(Beifall von der SPD)

Sie genehmigen sich 450 neue Stellen in der Ministerialbürokratie und lassen für viele Millionen Euro die Staatskanzlei umbauen. Ich habe gelesen, dass es in der Staatskanzlei demnächst auch einen Glasaufzug geben soll.

(Zuruf von der SPD: Mit Teppich!)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich habe nichts gegen Barrierefreiheit. Wenn die Staatskanzlei barrierefreier gemacht werden soll und der Aufzug dazu beiträgt: Meinetwegen! Barrierefreiheit ist gut und wichtig.

Aber wenn Ihnen Barrierefreiheit so wichtig ist, Herr Laschet: Warum haben Sie sie dann in der Landesbauordnung gestrichen? Das müssen Sie uns dann doch einmal erklären.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sich selbst einen Glasaufzug gönnen, aber Hunderttausende von Mieterinnen und Mieter vor der Treppe stehen lassen: Das ist Ihre Vorstellung von Gerechtigkeit, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Neben von den Fotobänden wird ein weiterer Aspekt Ihrer Regierungszeit in Erinnerung bleiben. Das ist der machtgierige Übergriff der CDU auf das Kommunalwahlrecht. Ich spreche von der geplanten Abschaffung der Stichwahlen bei den Wahlen von Bürgermeisterinnen, Oberbürgermeisterinnen und Landrätinnen. Sollten Sie Ihre Ziele und Ideen tatsächlich so durchsetzen, wird das dazu führen, dass es demnächst in Nordrhein-Westfalen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte geben wird, die die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler nicht hinter sich vereinen konnten.

(Zuruf von der FDP: So wie Sie auch!)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Ihren CDU-Parteitag zu sprechen kommen. Da hat das mit der Stichwahl doch auch geklappt. Sie sind doch froh, dass Frau Kramp-Karrenbauer nicht mit einem Wahlergebnis von 45 % im ersten Wahlgang gewählt worden ist, sondern sich im Rahmen einer Stichwahl 52 % für sie entschieden haben. Was für die Parteivorsitzende gilt, muss auch für Oberbürgermeister in Nordrhein-Westfalen gelten, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Motiv aufseiten der CDU ist klar: Sie will weniger Demokratie für mehr CDU-Bürgermeister.

Aber was ist eigentlich Ihr Motiv, Herr Rasche, bei dieser Sache mitzumachen? Vor sieben Jahren, 2011, haben wir noch gemeinsam die Stichwahl wieder eingeführt – aus gutem Grund: weil wir alle ein ungutes Gefühl hatten, nachdem in Nordrhein-Westfalen bei der Kommunalwahl 2009 in Monheim jemand mit 30 % zum Bürgermeister gewählt worden war und in Wülfrath jemand mit 27 % Bürgermeister geworden war. Wir alle wussten, dass zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler diese Person gar nicht gewählt haben.

(Zuruf von der CDU)

Damals hatten wir gemeinsam ein ungutes Gefühl. Deshalb haben wir uns entschlossen, das wieder zu korrigieren.

Was ist Ihr Motiv? Welchen Deal hat es gegeben? Legen Sie das doch offen! Was haben Sie dafür bekommen, Herr Rasche? So etwas macht man doch nicht freiwillig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, seien Sie bitte auch vorsichtig. Sie haben gerade beim Digitalpakt erfahren müssen, was passieren kann, wenn man Ihrem Ministerpräsidenten den Rücken zuwendet. Ich spreche jetzt nicht von dem Vermittlungsausschuss, den es geben wird und in dem Fragen zu Kofinanzierung und Rechenschaftspflichten

nachverhandelt werden sollen. Das ist gut und richtig. Ich teile Ihre Einschätzung, dass man das klären muss.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Ihr findet das doch toll! Ihr wart doch zufrieden!)

– Ich habe aber den Eindruck, dass Ihnen die gesamte Richtung nicht passt, Herr Laschet. Sie wollen das Kooperationsverbot in Wahrheit doch gar nicht abschaffen. Das haben Sie uns alle nur so lange glauben lassen, solange Sie oder die Union in Berlin noch mitverhandelt haben. Warum erzählen Sie denn jetzt so einen Quatsch von der Einführung einer Einheitsschule? Das ist doch Blödsinn. Niemand will eine Einheitsschule haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet – Bodo Löttgen [CDU]: Niemand hat die Absicht, eine Einheitsschule zu betreiben!)

Weil Frau Gebauer noch glaubte, sie bringe das unheilige Kooperationsverbot zu Fall, hat sie die Milliarde, die wir für die digitale Investition in unseren nordrhein-westfälischen Schulen dringend brauchen, schon im Haushalt eingebucht. Ohne die Bildungsministerin zu informieren, lässt der Ministerpräsident aber über die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ mitteilen, er habe eine Blockademehrheit im Bundesrat organisiert. – Was für eine Stilllosigkeit gegenüber dem eigenen Kabinett, so etwas zu tun!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Rasche, ich weiß, dass Sie das nicht wahrhaben wollen. Aber passen Sie auf! Herr Laschet behandelt Sie gerade so, wie Angela Merkel Guido Westerwelle und Philipp Rösler zwischen 2009 und 2013 behandelt hat. Er tut es zwar etwas anders, nämlich auf seine rheinisch-katholische Art. Es wird aber genauso schädlich für Sie sein. Passen Sie also auf, Herr Rasche.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Herr Laschet, es ist nicht zu übersehen: Sie genießen den Glanz Ihres Amtes. Aber Sie meiden die Last der Verantwortung, die dieses Amt mit sich bringt. In Berlin gehen Sie häufig einem Kampf für die Interessen Nordrhein-Westfalens aus dem Weg.

Beim Diesel-Skandal können Sie sich jetzt wirklich nicht mehr vor Ihrer Verantwortung drücken, Herr Ministerpräsident. Dieser Skandal ist in diesen Tagen und Wochen vielleicht die größte Herausforderung für Nordrhein-Westfalen.

Das Wort „Herausforderung“ benutze ich durchaus auch in buchstäblicher Bedeutung; denn wir werden im Augenblick von Autokonzernen herausgefordert, die Millionen ihrer Kunden über die Emissionen ihrer Wagen belogen haben und sich jetzt weigern, diesen Schaden zu beheben. Die Konzerne glauben, dass

die Politik es nicht wagen wird, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Sie gehen davon aus, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler oder die Autofahrerinnen und Autofahrer für den Schaden aufkommen werden. Schlimm ist, dass die Konzerne mit durchsichtigen Rabattaktionen sogar noch ein Geschäft aus dem Skandal machen wollen – nach dem Motto: Wenn ihr ein Problem mit dem Wagen habt, den ich euch vorletztes Jahr verkauft habe, dann kauft doch jetzt am besten den allerneuesten.

Im Bundesverkehrsminister haben sich die Hersteller nicht getäuscht. Andreas Scheuer betreibt politische Strafvereitelung, wo er nur kann.

Leider haben sie sich auch nicht in Armin Laschet getäuscht.

Herr Ministerpräsident, am 26. Oktober letzten Jahres sagten Sie doch allen Ernstes in der „Aachener Zeitung“: Das Beste ist, wenn die Leute neue Diesel kaufen. Das ist die umweltfreundlichste Technologie. – Herr Laschet, sagen Sie das auch den jungen Eltern in Köln, die sich vor zwei Jahren ein neues Auto gekauft und die Raten noch nicht abbezahlt haben, aber in einem halben Jahr vielleicht nicht mehr ihre Kinder zur Schule und sich selbst mit dem Fahrzeug zur Arbeit bringen können? Sagen Sie denen das?

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Sagen Sie das auch dem Handwerker aus Essen, dessen kleiner Fuhrpark gerade wertlos geworden ist, weil er demnächst damit nicht mehr in die Innenstädte fahren kann? – Kauft euch neue Diesel; das ist die beste Lösung! – Da kann ich auch gleich sagen, Herr Laschet: Esst doch mehr Kuchen, wenn ihr kein Brot habt! – Das ist die gleiche Logik, die dahinter steht.

(Beifall von der SPD)

Das ist genau diese toxische Mischung aus Realitätsverlust und Arroganz, die viele Menschen in unserem Lande wütend macht. In keinem anderen Bundesland sind so viele Menschen in ihrer Gesundheit beeinträchtigt wie hier in Nordrhein-Westfalen. In keinem anderen Land werden mehr Menschen von Fahrverboten betroffen als in Nordrhein-Westfalen – übrigens in dem Land, dem Sie geschworen haben, Schaden von ihm abzuwenden.

Herr Laschet, Sie müssten eigentlich jeden Tag an der Seite der Bundesumweltministerin stehen und für Dieselnachrüstungen auf Kosten der Hersteller kämpfen. Das erwarten die Menschen in diesem Land von Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber was machen Sie stattdessen? Sie werfen Nebelkerzen und greifen in Interviews die Deutsche Umwelthilfe an. Wörtlich sagt Herr Laschet in der „NRZ“:

„Das ist ein klassischer Abmahnverein,“

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– hören Sie weiter zu; das Zitat geht noch weiter –

„finanziert von einem ausländischen Autokonzern,“

(Bodo Löttgen [CDU]: Richtig!)

„der die deutsche Autoindustrie schwächen will.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

– Da Sie gerade alle vor Begeisterung jubeln in der CDU: Meine Damen und Herren von der Union, Sie wissen bestimmt – ich hoffe, Sie rufen sich das in Erinnerung –, dass 80 % der Parteispenden der deutschen Autoindustrie an CDU, CSU und FDP gehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP – Glocke)

Was macht das aus Ihren Parteien?

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Wir haben gelesen: Toyota hat der Deutschen Umwelthilfe 30.000 Euro gespendet. Wie viel hat die CDU von der Autoindustrie bekommen?

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Zehn Millionen Euro in zehn Jahren!)

Sagen Sie uns das bitte gleich, Herr Laschet; Sie können ja gleich hier reden.

(Zuruf – Lachen von der FDP)

Mit Verlaub, Herr Ministerpräsident: Es war nicht die Umwelthilfe, die Betrugssoftware in Diesel-Pkw eingebaut hat. Das waren die Hersteller selbst.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es brauchte auch keine ausländischen Autokonzerne, um die deutsche Autoindustrie in Schwierigkeiten zu bringen. Das hat die deutsche Autoindustrie ganz alleine geschafft.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Solche Interviews sind fahrlässig, Herr Ministerpräsident, weil Sie damit Verschwörungstheorien nähren, die wir sonst nur aus anderen Staaten kennen. Diese Stimmungsmache ist gefährlich. Lassen Sie das, Herr Laschet!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zivilgesellschaftliche Vereine – ob man sie nun mag oder nicht; Ihre Einschätzung haben Sie ja zum Ausdruck gebracht – sind keine Agenten ausländischer Mächte, die sich gegen Deutschland verschworen haben. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Die Verwal-

tungsgerichte sind übrigens auch nicht ihre Helfershelfer. Das will ich an dieser Stelle auch einmal klarstellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In einem Rechtsstaat sind die Gerichte nämlich weder Feinde noch Gegner. Sie wenden Gesetze an – im Übrigen Gesetze, die wir hier im Landtag oder die die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag beschlossen haben. Nichts anderes passiert.

Wenn die Umwelthilfe aufgrund dieser Gesetze eine Klage einreicht, kann man darüber streiten, ob die Gesetze von uns richtig gemacht worden sind. Aber man darf doch nicht den Kläger geißeln, weil er seine Rechte in Anspruch nimmt. Welches Verständnis von Rechtsstaat haben Sie denn hier mal wieder an den Tag gelegt?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber wenn Sie nun im Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht zu den Dieselfahrverboten verlieren sollten, dann wagen Sie es nicht, Herr Ministerpräsident, die Verantwortung für das Chaos in Köln und Essen, das dort ausbrechen wird, dem Gericht oder den Umweltorganisationen in die Schuhe zu schieben.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Genau das wird er machen!)

Wagen Sie das nicht! Das haben Sie ganz alleine zu verantworten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Übernehmen Sie endlich selbst Verantwortung! Die Lösung lautet: Nachrüstern statt Fahrverbote. Der Oberbürgermeister von Essen fordert das. Der Oberbürgermeister von Aachen fordert das. Alle Kommunalpolitiker – auch von der CDU – fordern das.

Zeigen Sie endlich Ihren Führungswillen! Fangen Sie an zu kämpfen: für die Rechte der Dieselbesitzer in Nordrhein-Westfalen, für die Gesundheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen und übrigens auch für die Interessen der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Nachrüstungssysteme werden in Nordrhein-Westfalen produziert. Das wäre mal ein sinnvoller Beitrag von Ihnen zur Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, damit bin ich beim nächsten politischen Krisengebiet dieser Landesregierung: bei der Energie- und Strukturpolitik. Die Menschen im Rheinischen Revier brauchen dringend eine Antwort auf eine ganz existenzielle Frage: Was kommt nach der Braunkohle?

Ich weiß, Sie sind vor Ort unterwegs, Herr Laschet. Ich bin auch unterwegs. Wir führen beide vor Ort Ge-

spräche. Deswegen wissen wir beide, wie bedrückend die Situation für Beschäftigte, aber auch für viele andere in dieser Region ist.

Viel wird von den Beschlüssen der sogenannten Kohlekommission, deren wahrer Name ja nicht ohne Grund Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung lautet, abhängen. Hinter den Kulissen wird hart gerungen – auch um ein Ausstiegsdatum, aber nicht nur, sondern auch um die Frage der Bundesmittel, die wir für den Strukturwandel und für wichtige Investitionen auch in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Sicherlich haben die ostdeutschen Bundesländer viel zu verlieren, aber auch Nordrhein-Westfalen hat viel zu verlieren, nämlich eine intakte und hochmoderne Wirtschaftsregion. Doch zum Schrecken aller hat diese Landesregierung keine belastbare Strategie für den Strukturwandel im Rheinischen Revier; das müssen wir hier einfach mal feststellen.

Ihr aktueller Antrag, den Sie jetzt hier ins Plenum eingebracht haben, ist nur eine Aneinanderreihung von Überschriften, die Sie aus den Broschüren der Zukunftsagentur Rheinisches Revier kopiert haben. Er enthält aber keine konkreten Projekte und Maßnahmen.

Zudem haben Sie bis heute nicht dargelegt, welche finanziellen Mittel Sie eigentlich vom Bund für Nordrhein-Westfalen beanspruchen, Herr Laschet. Da sollten Sie sich mal melden. Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer sind da deutlich weiter.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Nordrhein-Westfalen schweigt in diesem Bereich, und das ist schädlich für unser Land.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Das Rheinische Revier braucht Investitionen, und die können auch nicht bei 1,5 Milliarden Euro für die gesamten Braunkohleregionen beendet sein. Allein die Wirtschaftskraft, die Wertschöpfung der Beschäftigten in der Braunkohle liegt jedes Jahr bei 750 Millionen Euro. Wenn ich die Zulieferer und das Drumherum dazunehme, sind diese Finanzhilfen des Bundes durch das, was an Wertschöpfung allein im Rheinischen Revier verlorengelht, in einem Jahr schon längst aufgebraucht. Hier erwarte ich Ihre Position,

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

hier erwarte ich ein deutlicheres Machtwort in Berlin, auch, dass Sie da deutlich mehr Mittel veranschlagen, die wir hier für diese Region brauchen, meine Damen und Herren.

(Bodo Löttgen [CDU]: Schöne Grüße an Herrn Scholz!)

Energiesicherheit braucht Arbeitsplätze. Wir brauchen die Energiesicherheit im Umkehrschluss genauso. Hier stehen mehrere Tausend Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Allen ist klar: Die Energiewende wird kommen. Ich glaube, es gibt keinen mehr im Land, der glaubt, wir werden noch ewig Braunkohle verstromen. Aber was wir brauchen, ist der Umstieg in regenerative Energien. Auch in dem Bereich ist die Landesregierung mehr als nur schläfrig. Herr Laschet, wenn Sie den Kampf gegen die Windkraft so weiter fortsetzen, dann werden wir nie die Energiewende schaffen. Ändern Sie da mal was!

(Beifall von der SPD)

Herr Laschet, dass Sie und Ihre Regierung keine Ziele mehr verfolgen, die über den politischen Alltag hinausgehen, das beweist auch dieser Haushaltsentwurf, den Sie uns heute hier zur Abstimmung vorlegen.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Der Finanzminister, Herr Lienenkämper, sagt über diesen Entwurf gern, er habe damit eine echte Wende in der Finanzpolitik eingeleitet. Wenn dieser Satz gesagt wird, müssen alle immer ein bisschen lachen – einmal, weil Sie es hier am Rednerpult mit so viel Pathos vortragen, dass das schon klebt, Herr Lienenkämper; zum anderen, weil jeder von uns weiß, dass das gar nicht stimmt.

Es ist doch gar keine Wende in der Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie sparen überhaupt nicht, Herr Finanzminister. Sie stehen am Pförtnerhäuschen und winken jeden Tag die Lkw mit Geldscheinen durch, die die Steuerzahler Ihnen im Augenblick abliefern. Das ist Ihre Finanzpolitik, die Sie gerade machen.

(Beifall von der SPD)

Sie sind weder ein Sparminister noch haben Sie in irgendeiner Weise eine Wende herbeigeführt. Sogar das kleine und auch immer als verarmt bezeichnete Berlin erwirtschaftet in diesem Jahr Haushaltsüberschüsse in Milliardenhöhe;

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Berlin zahlt eine Milliarde Euro seiner Schulden zurück. Was zahlt Nordrhein-Westfalen zurück? Angedacht hatten Sie 30 Millionen Euro. Noch Fragen? Ist das eine Wende in der Finanzpolitik, meine Damen und Herren?

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja, sicher ist es das!)

Das ist doch armselig. – Aber, wissen Sie, das ist gar nicht der Punkt. Oder, besser gesagt: Das wäre kein Punkt für mich,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

wenn Sie nicht immerzu so tun würden, als würden Sie besonders hart sparen, oder wenn Sie die herausragend gute Finanzsituation unseres Landes endlich mal nutzen würden, um dauerhaft soziale Ungerechtigkeiten in diesem Land zu beseitigen.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Um eine echte Verbesserung für die arbeitende Mitte in dieser Gesellschaft zu erreichen, investieren Sie doch in solchen Zeiten mal in eine vernünftige Infrastruktur! Da gibt es genügend Projekte, die wir Ihnen vorschlagen können, Herr Lienenkämper.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Ich spreche von Reformen für mehr Bildungsgerechtigkeit, für bezahlbare Wohnungen, für bessere Löhne, Arbeitsbedingungen für Millionen von Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen. Doch Sie tun nichts dergleichen. Politisch leben Sie in den Tag hinein. Gewiss, Sie erhöhen viele Haushaltstitel. Hier und da geht die Gießkanne durch die Ministerien. Insbesondere sind Sie großzügig, wenn man den eigenen Stellenaufbau betrachtet, den Sie in Ihren Ministerien pflegen. Aber zu strukturellen Veränderungen ist diese Landesregierung nicht bereit.

Das zusätzliche Geld, das möglicherweise im nächsten Jahr in den sozialen Wohnungsbau fließen könnte, in den Kitausbau fließen kann, kommt zum größten Teil gar nicht aus dem nordrhein-westfälischen Landeshaushalt. Es sind Bundesmittel. Wissen Sie, wer für diese Bundesmittel in Berlin gesorgt hat? Das waren nicht die Christdemokraten, das waren die Sozialdemokraten, die für diese Mittel gekämpft haben,

(Beifall von der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

oft gegen den Widerstand vieler Christdemokraten in Berlin und ohne Ihre persönliche Unterstützung, Herr Laschet. Sie werden Sie sich demnächst mit fremden Federn oder mit fremdem Geld schmücken können. Das gehört auch zur Wahrheit Ihres Haushalts dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir hätten viele Chancen, wir könnten etwas Großes machen mit den Mitteln, die uns im Augenblick zur Verfügung stehen. Lassen Sie uns doch einmal diesen Schritt tun und machen wir etwas für Familien in diesem Land! Wir hätten die Chance, in Nordrhein-Westfalen sofort die Kitagebühren abzuschaffen. Das wäre ein sinnvoller Beitrag für Familien in diesem Land.

(Beifall von der SPD und Roger Beckamp [AfD])

Keine Steuerreform, kein höheres Kindergeld, kein höherer Kinderfreibetrag, auch kein Baukindergeld könnte Familien in der „Rushhour ihres Lebens“ so

entlasten wie die Abschaffung von Kindergartengebühren.

(Beifall von der SPD – Christof Rasche [FDP]:
Warum haben Sie das nicht gemacht?)

– Ich kann es Ihnen sagen: Wir haben damit angefangen.

(Lachen von der FDP – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wir haben das letzte Kitajahr beitragsfrei gestellt, aber wir hatten nicht die Steuereinnahmen, die Sie heute haben. Heute kann man so investieren. Das sollten Sie tun.

(Beifall von der SPD)

Sie könnten Familien im Zyklus eines Kindergarten-aufenthaltes um mehrere Tausend Euro entlasten.

(Christof Rasche [FDP]: Sieben Jahre Jahr für Jahr mehr Steuereinnahmen!)

Wir sprechen von 10.000, 12.000, 15.000 Euro, die durchschnittliche Arbeitnehmerfamilien heute für drei bis vier Jahre Kitabesuch bezahlen müssen.

Wissen Sie, was mich am meisten stört?

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Heutzutage ist es in Nordrhein-Westfalen in vielen Bereichen nicht einmal entscheidend, wie dick mein Portemonnaie ist, ob ich Kitagebühren zahlen muss oder nicht, sondern wo in Nordrhein-Westfalen ich wohne.

(Christian Dahm [SPD]: Ja!)

Das ist doch etwas, was bei uns allen Störgefühle auslösen muss. Ich habe Bekannte, die mit ihren drei Kindern von Duisburg nach Düsseldorf gezogen sind, und sie haben mir stolz erzählt, sie würden insgesamt sparen. Ich habe sie erst für verrückt erklären wollen und habe gesagt: Ihr zieht von Duisburg aus einer Mietwohnung in eine Mietwohnung nach Düsseldorf. Das muss für euch doch viel teurer sein. – Sie nannten mir eine einfache Erklärung und sagten: Nein, wie sparen als Familie unter dem Strich. Selbst die teurere Wohnung in Düsseldorf ist nicht so teuer wie die Miete zuzüglich der Kindergartengebühren, die wir in Duisburg zahlen müssen. Denn in Düsseldorf müssen wir keine Kitagebühren bezahlen.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Meine Damen und Herren, der Oberbürgermeister von Duisburg würde auch gerne den Familien die Kindergartengebühren erlassen, er kann es aber nicht. Sie sorgen für ungerechte, ungleiche Lebensverhältnisse in diesem Land. Schaffen Sie das endlich ab, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall von der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Wo Sie sich auch weigern, etwas abzuschaffen, das sind die Straßenausbaubeiträge. Wir alle bekommen im Augenblick Briefe, Eingaben, Petitionen von Tausenden von Menschen, die Sorge haben, ihre Ausbaubeiträge als junge Familie, aber auch als Rentner im Alter nicht bezahlen zu können. Da sind oft Beiträge von 10.000 Euro, 20.000 Euro im Raum, und Sie wissen, Rentnerinnen und Rentner bekommen bei der Bank nur selten einen Kredit.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir diesen Menschen helfen. Der Ausbau und die Reparatur von Straßen müssen durch Steuern finanziert werden. Das wäre nicht nur gerechter, sondern das würde auch viele Konfliktsituationen der Anwohner und der Kommunalpolitiker mit den Verwaltungen entschärfen. Allein das ist schon ein Wert an sich, meine Damen und Herren.

Ich sage der CDU auch: Machen Sie auf diesem Weg bitte keine halben Sachen! Wir merken ja, Sie stehen unter Druck. Sie müssen ja jetzt, nachdem wir den Gesetzentwurf vorgelegt haben, auch irgendwas machen. Das können Sie ja sonst auch keinem erklären. Ich weiß doch, Ihre Abgeordneten laufen doch auch alle durch die Wahlkreise und haben versprochen, die Beiträge werden abgeschafft.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf von der SPD:
Immer noch!)

Das ist peinlich für Sie. Das ist im Augenblick unangenehm für Sie.

(Zurufe von der CDU)

Aber wenn Sie jetzt an Lösungen denken, indem Sie sagen, wir stellen es den Kommunen anheim, ob sie Straßenausbaubeiträge übernehmen wollen oder ob sie sie umlegen,

(Bodo Löttgen [CDU]: Das haben wir gar nicht so geschrieben! Zitieren Sie doch mal richtig!)

dann sorgen Sie für die gleiche Ungerechtigkeit wie bei den Kitagebühren. Reiche Städte können sich das leisten, arme nicht. Das ist schlecht für Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Dieser Koalition fehlt es auch an der nötigen Entschlossenheit, den Lehrermangel zu beheben. Ich weiß, Sie erzählen immer, wie viele Lehrerstellen Sie neu geschaffen haben. Aber, Frau Gebauer, Sie wissen auch: Meine Tochter wird nicht von einer Stelle unterrichtet, sondern von einer Lehrerin oder einem Lehrer.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Mit Seiteneinsteigern lässt sich das Problem nicht lösen. Die Lehramtsausbildung ist nicht ohne Grund ein sehr aufwendiges Studium, bei dem den Studie-

renden viele Qualifikationen abverlangt werden. Lehrer müssen gut ausgebildet sein. Die besten Lehrkräfte gehören eigentlich auch an die schwierigsten Schulen in diesem Lande, meine Damen und Herren.

Aber gerade im Grundschulbereich fehlen uns Lehrkräfte. Die Erklärung ist ja auch einleuchtend: Ich kann einer Grundschullehrerin heute nicht mehr erklären, warum sie im Eingangsamtschlechter besoldet sein soll als eine Gymnasiallehrerin. Erklären Sie mir den Unterschied und nennen Sie den Grund, Frau Gebauer, warum da eine ungleiche Bezahlung stattfindet. Gerade im Grundschulbereich ist die Arbeit äußerst anspruchsvoll.

Deswegen sagen wir: Wir brauchen eine einheitliche Lehrereingangsbesoldung nach A13, A13 für alle. Das wäre ein wesentlicher Beitrag dazu, um diesen Beruf gerade an Grundschulen wieder attraktiver zu machen. Die Gesetzentwürfe liegen vor. Klauen Sie sie meinetwegen von uns, egal. Aber machen Sie es jetzt bitte, Frau Gebauer! Das sind wir den Menschen schuldig.

(Beifall von der SPD)

Ihnen fehlt die nötige Entschlossenheit, den Lehrermangel wirksam zu bekämpfen. Ihnen fehlt aber auch die nötige Entschlossenheit, Bildungsungleichheiten in diesem System zu beseitigen.

Dann kommen Sie mit einer Idee, die Sie als grandios bezeichnen, die sich aber in Wahrheit als Flop erweisen wird. Ich komme zu den Talentschulen. Meine Damen und Herren, das ist ein reines AlibiProjekt. In Essen, meiner Heimatstadt, gibt es Schulen, die sich schon öffentlich dahin gehend äußern, an diesem Wettbewerbsverfahren gar nicht teilzunehmen. Das sei ein katastrophaler Ansatz, sagt ein Direktor. Er bringe nur eine Konkurrenzsituation in die Schullandschaft, die nicht gewollt sei. Ein anderer Schulleiter sagt: Aus diesem Schulversuch spricht nur eine fehlende Wertschätzung unserer guten Arbeit.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, das stimmt ja auch. 60 Talentschulen wollen Sie schaffen. Ich habe heute Morgen noch mal auf der Homepage Ihres Ministeriums nachgeschaut: Wir haben 5.668 Schulen in Nordrhein-Westfalen. Da muss ich jetzt noch nicht mal auf einer Talentschule gewesen sein, sondern ich kann relativ schnell ausrechnen: Etwa 1 % aller Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen Talentschulen werden. Eine von hundert! Damit geben Sie 99 % der Schulen in Nordrhein-Westfalen die amtliche Bestätigung, dass sie eben keine Talentschulen sind. Meine Damen und Herren, was ist das denn?

(Beifall von der SPD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Dann wollen Sie jetzt untersuchen oder evaluieren, wie sich das denn an einer Talentschule auswirkt, wenn eine Talentschule mehr Lehrkräfte bekommt

(Ralph Bombis [FDP]: Das stimmt so nicht! Das ist das Problem!)

und mehr Investitionen bekommt. Dafür wollen Sie drei Jahre evaluieren. Ich kann Ihnen sagen, was da herauskommt. Da sagen alle – klar –, natürlich kommen da bessere Ergebnisse raus. Wenn ich bessere Gebäude habe, wenn ich mehr Lehrer habe, wird das automatisch besser. Da brauche ich keinen Versuch mehr, meine Damen und Herren.

Jede Schule in Nordrhein-Westfalen muss eine Talentschule sein. Das müsste Ihr Anspruch sein.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Bei Ihnen gab es gar keine Talentschule! Keine einzige!)

Zu dauerhaften Verbesserungen ist diese Landesregierung nicht bereit. Schon bei der Einbringung des Haushaltes hat der Finanzminister auch gesagt, warum das so ist. Der Finanzminister hat gesagt, der Staat habe die Neigung, vieles zu übernehmen, vor allem aber sich selbst – finanziell und auch im Hinblick auf die Erwartungen, die er schüre. Der Staat dürfe nicht lenken, er dürfe nicht steuern und solle – soweit es gehe – zurückgedrängt werden. – Herr Laschet, Herr Lienenkämper, das sind Ihre alten Glaubensansätze der Privat-vor-Staat-Idee. Sie wollen dort weitermachen, wo Sie 2010 aufhören mussten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber es war doch genau diese Entstaatlichungs-ideologie, die uns heute so viele gesellschaftliche Probleme bereitet, die wir lösen müssen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich spreche nur den Mangel an bezahlbarem Wohnraum an. Gestehen Sie doch mal ein: Es ist falsch gewesen, eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft und kommunale Wohnungsbaugesellschaften zu privatisieren.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Uns fehlen vernünftig bezahlbare Wohnungen in diesem Lande.

(Beifall von der SPD)

Das ist auch der Grund, warum immer mehr begehrte Wohnlagen in den Innenstädten mittlerweile schon eher begehrte Investmentfonds sind, in denen sich normale Menschen gar keine Wohnung mehr leisten können.

Wir sind der Auffassung, der Staat muss wieder ein Akteur auf dem Wohnungsmarkt werden. Deswegen haben wir auch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft beantragt und wollen die Mittel dafür zur

Verfügung stellen. Sie kann nicht alle Probleme lösen, aber mithelfen. Es ist ein Signal, ein deutliches Signal, das aus diesem Parlament kommen soll. Wir beteiligen uns aktiv an der Schaffung bezahlbaren, preiswerten Wohnraums. Das brauchen die Menschen in diesem Lande.

(Beifall von der SPD)

Der Wohnungsmangel und der Lehrermangel sind nur kleine Beispiele eines viel größeren Mangels. Unser Land braucht mehr Lehrerinnen und Lehrer, aber auch mehr Pflegekräfte, mehr Erzieherinnen, mehr Polizisten, mehr Steuerfahnder und auch mehr Ingenieure im Staatsdienst.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, es hilft auch, manchmal etwas laut auszusprechen: Wir brauchen in bestimmten Bereichen auch wieder mehr Staat. Wir brauchen auch wieder mehr Sozialstaat. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen wieder eine öffentliche Hand, die sich kümmert, die stützt, die schützt, die anschiebt und – wenn nötig – auch auffängt. Sie hätten in dieser Finanzsituation die Chance, mit diesem Haushalt ganz viel für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

Sie nutzen diese Chance nicht. Das ist schade. Das ist schlecht für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Deswegen kann dieser Haushalt auch nicht die Zustimmung der Sozialdemokraten bekommen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die CDU-Fraktion danke ich dem Landtagspräsidenten für das Gedenken an die Opfer des Terroranschlags von Straßburg. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen derjenigen, die dieser feige Anschlag aus dem Leben gerissen hat. Den Verletzten wünschen wir von dieser Stelle aus rasche Genesung.

In die Trauer aber mischt sich heute in unserem Landesparlament auch die Gewissheit, dass wir alles unternehmen wollen, um unsere Bevölkerung wirksam zu schützen. Deshalb sage ich Dank an die Landesregierung, an die Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD, dass wir heute nach der Haushaltsdebatte

ein neues Polizeigesetz mit neuen wirksamen Werkzeugen für unsere Polizei verabschieden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So viel, sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, zu den Gemeinsamkeiten.

Wie man dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 6. Dezember 2018 entnehmen kann, sind Sie ja kürzlich nach Berlin gereist, um den Bundestagsabgeordneten – ich nehme an, der Landesgruppe der SPD – die politische Agenda der Düsseldorfer SPD-Landtagsfraktion vorzustellen. Zitat aus der Zeitung:

„Das Gespräch geriet zu einer Abrechnung der Bundespolitiker mit ihrem Oppositionsführer in Düsseldorf. ‚Das war schon ziemlich rüde‘, berichtet ein Teilnehmer dem ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘.“

Und weiter:

„Das war die Chance, ihn vor die Flinte zu bekommen“, erklärt ein Abgeordneter. ... Kutschaty musste sich einiges anhören. Bevor er anderen Ratschläge erteile, solle er erst mal seine eigenen Hausaufgaben erledigen, hieß es.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun, sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, vermute ich mal, dass Sie Ihre heutige Haushaltsrede als Teil der Hausaufgaben angesehen haben, die Ihnen die Bundestagsfraktion aufgetragen hat.

(Widerspruch von der SPD)

Nachdem, wie im Artikel beschrieben, „die meisten NRW-Parlamentarier an die Decke gingen, als sie von dem Affront gegen ihren Chef in Berlin erfuhren“ – das kann ich verstehen –, sind sie mit dem uns allen bekannten Hausaufgabenfrust an diese Aufgabe herangegangen.

Finanzminister Lutz Lienenkämper sagte in der zweiten Lesung des Haushalts, dass es – Zitat – naturgemäß nicht ganz einfach ist, einen Haushalt zu kritisieren, der im Nachtragshaushalt zusätzliche Schulden tilgung vorsieht und im nächsten Jahr einen Überschuss.

Man darf nach Ihrer Rede, Herr Kutschaty, getrost feststellen:

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Der Finanzminister hatte recht; denn Sie sind an dieser Aufgabe heute Morgen auf ganzer Linie gescheitert.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Das war gerade abgelesen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Vielleicht, Herr Kollege, haben Sie sich heute Morgen in Erinnerung an Andrea Nahles gesagt: Bätschi, heute bekommen sie auf die Fresse. –

Aber der Auftrag, hier in Düsseldorf auf die Pauke zu hauen, statt andauernd Berlin zu kritisieren, ist als fulminanter Rohrkrepiierer nach hinten losgegangen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nicht vorher die Reden schreiben, Herr Löttgen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Sie dieser Landesregierung ...

(Unruhe – Glocke)

Wenn Sie dieser Landesregierung, diesem Ministerpräsidenten vorwerfen, er hätte keine Pläne, vermute ich, dass Sie da in der Historie etwas verwechseln. Es war Ihre Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die auf einer Pressekonferenz nicht in der Lage war, die Zettel zu finden, auf denen Ihre Pläne standen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Opposition, zünden in Ihrem 20-Prozent-Umfragebunker eine Blendgranate nach der anderen und wundern sich darüber, dass Sie selbst orientierungslos umherirren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Das ist die falsche Rede!)

Ein Beispiel aus der vergangenen Woche: Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Christoph Rasche, und ich geben bekannt, dass die Fachpolitiker der Fraktionen Änderungsanträge zum Haushalt im Gesamtvolumen von 50 Millionen Euro stellen:

(Stefan Zimkeit [SPD]: Stimmt doch gar nicht! Die Zahl ist schon wieder falsch!)

Digitalisierung an Schulen, wirksame Unterstützung unserer Kommunen bei der Bekämpfung der Wohnungslosigkeit insbesondere von Frauen, überbetriebliche Ausbildungszentren, Dorferneuerungsprogramme, effektive Brandbekämpfung in Katastrophenfällen.

Was fällt der SPD-Opposition dazu ein? – Der SPD reicht das nicht. Zitat aus der dpa-Meldung vom 4. Dezember, 16:17 Uhr:

„Die SPD-Opposition fordert ... ein zusätzliches Investitionspaket von 870 Millionen Euro.“

Und jetzt, meine Damen und Herren ...

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Und das mit Recht!)

– Der Applaus, Herr Zimkeit, wird Ihnen noch einmal wehtun. – Jetzt kommt nämlich das, was die SPD als Gegenfinanzierung vorstellt. Zitat:

„Gegenfinanzieren will die SPD das 870-Millionen-Euro-Paket über verschiedene Maßnahmen etwa durch Stellenabbau in den Ministerien und die Gewinnabschöpfung bei kriminellen Aktivitäten.“

Ich habe das einmal für Sie nachgerechnet

(Sarah Philipp [SPD]: Das glaube ich nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

und muss leider feststellen: Diejenigen in der SPD-Opposition, die Ihnen diesen Vorschlag und diese Gegenfinanzierung aufgeschrieben haben, müssen an ausgeprägter Dyskalkulie, also an Rechenschwäche, leiden.

(Gordan Dudas [SPD]: Das waren doch Sie!)

Denn erstens: Die Gewinnabschöpfung bei kriminellen Aktivitäten betrug, gut gerechnet, zwischen 2010 und 2017 durchschnittlich 45 Millionen Euro. Ich erlaube mir heute Morgen, großzügig zu sein, und lege noch ein bisschen drauf. Vielleicht kommen wir dann ins Jahr 2016, da waren es 65 Millionen Euro.

(Sarah Philipp [SPD]: Immerhin! – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Zweitens. Würde das Land zum 01.01.2019 alle Beschäftigten in den Landesministerien und in der Staatskanzlei, alle Beauftragten, die Mitglieder des Landesrechnungshofs und des Verfassungsgerichtshofs

(Britta Altenkamp [SPD]: Die, die Sie eingestellt haben!)

entlassen, dann wären gerade einmal 370 Millionen Euro Ihres 870 Fantastillionen-Euro-Pakets gedeckt. Ich addiere: ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Lesen Sie mal die vorliegenden Anträge, Herr Löttgen!)

– Herr Zimkeit, ich weiß, dass Sie nicht addieren können, deshalb tue ich es für Sie!

(Beifall von der CDU und der FDP – Frank Müller [SPD]: Nein, Stefan, Herr Löttgen kann nur rechnen, nicht lesen!)

Wir landen zusammengerechnet

(Stefan Zimkeit [SPD]: Lesen Sie mal die vorliegenden Anträge!)

bei einer Summe von 435 Millionen Euro,

(Jochen Ott [SPD]: Was für eine Bauernschläue!)

niemand arbeitet mehr in den Landesministerien, unsere Polizei arbeitet gut und schöpft ab, aber das ist noch nicht mal die Hälfte Ihres 870 Millionen-Euro-Vorschlags.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie die Anträge, nicht gelesen, Herr Löttgen?)

Und Sie, Herr Kutschaty, haben uns bei allem, was Sie uns gesagt haben, auch heute nicht erklärt, wie Sie die andere Hälfte in Höhe von 435 Millionen Euro finanzieren wollen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Lesen Sie doch die Änderungsanträge! – Sarah Philipp [SPD]: Es steht doch hier alles!)

Im Übrigen sind die Mitglieder der CDU-Fraktion der Meinung: Wir schätzen die Arbeit der Tausenden Beamten, Angestellten und Arbeiter in unseren Landesministerien. Wir sind auf ihre konstruktive Arbeit angewiesen,

(Jochen Ott [SPD]: Seit wann das denn?)

und wir wollen niemanden entlassen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Frank Müller [SPD] und Jochen Ott [SPD])

Außerdem sind die Mitglieder der CDU-Fraktion der Meinung, dass unsere Polizisten, Staatsanwaltschaften und Gerichte in NRW eine gute Arbeit leisten und dass wir ihnen nicht durch Beschluss aus Düsseldorf auferlegen können, die Gewinnabschöpfungen quasi par ordre du mufti zu steigern. Sie von der SPD gaukeln den Menschen in unserem Land etwas vor und nutzen Taschenspielertricks für billige politische Gelandegewinne.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Damit meinen Sie den Finanzminister!)

Was die SPD-Fraktion uns heute präsentiert hat, ist das Revival der guten alten Fernsehshow „Wünsch Dir was“. 24 Sendungen durften wir – die älteren unter uns – zwischen 1969 und 1972 im ZDF erleben.

(Zurufe von der SPD)

Heute: die 25. Auflage, live und in Farbe, mit dem neuen Traumpaar der provokativen Fernsehunterhaltung: Thomas Kutschaty und Stefan Zimkeit. – Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer diese Sendung ...

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

Wer diese Sendung im Internet recherchiert, findet als besonderes Kennzeichen der Sendung den Satz: „Das Ausführen der Spiele war oft durch Selbstüberwindung gekennzeichnet.“ – Ich muss sagen, Herr Kutschaty: Neben dem Titel der Sendung passt gerade auch dieses Kennzeichen der Selbstüberwindung – zumindest für meine Fraktion – zur Rede, die Sie heute gehalten haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Frank Müller [SPD]: Sie hätten ja nicht kommen müssen, Herr Löttgen!)

Sie sprechen hier davon, es gäbe keine Wende in der Finanzpolitik.

(Christian Dahm [SPD]: Stimmt! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich will Ihnen sagen, woher wir kommen. Am 31. Dezember 1966 hatte NRW eine Pro-Kopf-Verschuldung ...

(Frank Müller [SPD]: Sie leben auch nur in der Vergangenheit, oder? – Monika Düker [GRÜNE]: Aber für die ganz viel älteren! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Zimkeit, neben der Tatsache, dass Sie nicht rechnen können, haben Sie auch noch kein historisches ... – Aber lassen wir das.

Am 31. Dezember 1966 hatte NRW eine Pro-Kopf-Verschuldung von 74 Euro je Einwohner.

(Sven Wolf [SPD]: War das in dem Moment, als die FDP die Koalition verlassen hatte?)

Wie das Statistische Bundesamt Anfang August dieses Jahres mitteilte, war das Land 2017 mit 174,4 Milliarden Euro verschuldet. Pro Bürger hatte NRW inzwischen Kredite in Höhe von 9.744 Euro aufgenommen.

Zwischen dem 8. Dezember 1966, dem Start der ersten Regierung von Heinz Kühn – von der SPD –

(Karl Schultheis [SPD]: Ich kann noch was aus 1953 erzählen!)

und dem heutigen Tag sind 52 Jahre und 4 Tage vergangen. Und davon waren Sie 46 Jahre lang in der Regierungsverantwortung – 90 % der Zeit! Das ist die Erblast der Vergangenheit,

(Jochen Ott [SPD]: Damals gab es noch keine Talentschule, Herr Löttgen, das merkt man an Ihrer Rede!)

die Sie von der SPD und teilweise auch von den Grünen diesem Land auferlegt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Da könnt ihr doch nicht klatschen von der FDP!)

Sie waren Teil von Regierungen des Schönredens, und nun sind Sie die Opposition, die ihre Verantwortung verleugnet.

Tun Sie uns einen Gefallen: Beenden Sie Ihre sinnfreie Kritik an einer NRW-Koalition, die zum ersten Mal seit 1973

(Michael Hübner [SPD]: Schon wieder!)

keine neuen Schulden aufnimmt,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch wieder falsch! Sie haben doch keine Ahnung!)

die zum ersten Mal seit 1973 mit dem Nachtrags-
haushalt 2018 Schulden tilgt,

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

die zum ersten Mal seit 1973 im kommenden Jahr
wieder Überschüsse

(Nadja Lüders [SPD]: Es war einmal!)

im Landeshaushalt erwirtschaftet.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan
Zimkeit [SPD]: Wieder falsch!)

– Herr Zimkeit, mit Ihren ständigen Zwischenrufen
betteln Sie ja gerade darum, dass hier in Düsseldorf
noch einmal das Heinrich-Heine-Zitat zum Einsatz
kommt:

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sagen Sie doch mal,
wie viele Schulden wir 2016 gemacht haben!)

„Ein Kluger bemerkt alles, ein Dummer macht
über alles eine Bemerkung.“

– Herzlichen Glückwunsch, Herr Zimkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von
Karl Schultheis [SPD])

Diese Landesregierung setzt, gestützt durch die
regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP,

(Angela Lück [SPD]: Ganz großes Kino!)

mit dem Haushalt 2019 exakt das um, was sie den
Menschen im Land versprochen hat: konsolidieren,
modernisieren, investieren. Wir schaffen das durch
eine maßvolle und vorsorgende Haushaltspolitik,
welche die Risiken beachtet – nämlich die Gestal-
tungsspielräume, die Sie jahrzehntelang nicht hatten,
sich aber trotzdem auf Kosten weiterer Verschuldung
gegönnt haben. Das unterscheidet uns, und das ist
die Wende in der Finanz- und Haushaltspolitik dieses
Landes.

(Beifall von der CDU und der FDP – Karl
Schultheis [SPD]: Wird Zeit, dass das „Haus
für Landesgeschichte“ genannt wird!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich
weiß, das fuchst Sie, und deshalb verlieren Sie sich
in mit nichts zu rechtfertigender Pauschalkritik: zu
wenig konsolidiert, zu wenig modernisiert, zu wenig
investiert. – Das ist zu dünn und weit entfernt von
konstruktiver Kritik, die eine gute Opposition leisten
sollte.

Im Gegensatz zu Ihnen wussten schon die alten
Griechen:

(Sarah Philipp [SPD]: Achtung, ein Zitat!)

„Wem genug zu wenig ist, dem ist nichts genug.“

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: In welchem Jahr
war das? – Jochen Ott [SPD]: Das war vor
1976!)

Und deshalb ist es jetzt auch genug mit der Beschäf-
tigung mit Ihrer Rede.

Im Gegensatz zu Ihnen möchte ich große Teile mei-
ner Rede auf den Haushalt verwenden. Die NRW-
Koalition gestaltet nämlich mit diesem Haushalt
nachhaltig

(Jochen Ott [SPD]: In welchem Haushalt, dem
von 1966?)

und unterlegt die Anliegen der Menschen in diesem
Land und die entscheidenden Zukunftsthemen. Das
zeigt ein Blick in die Einzelpläne dieses Haushalts.

Wir haben den Neustart in der Sicherheitspolitik un-
seres Landes vollzogen. Wir wollen das Vertrauen
der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat
durch gezielte und konsequente Maßnahmen, in der
richtigen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit
wiederherstellen. Nordrhein-Westfalen muss wieder
überall sicher und lebenswert sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und deshalb investieren wir im Einzelplan 03 des In-
nenministers 290 Millionen Euro mehr im Vergleich
zum Haushalt 2018; wir geben jetzt insgesamt 5,8
Milliarden Euro im Haushalt dieses Geschäftsbe-
reichs aus.

Wir nutzen diese Mehrausgaben nicht nur, um 100
zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter für den Po-
lizeidienst einzustellen, sondern wollen nach den
Fraktionsanträgen das System jetzt wirklich bis an
seine Belastungsgrenze bringen, um 2.500 Kommis-
saranwärterinnen und Kommissaranwärter auszubil-
den

(Eva Lux [SPD]: Aus unserer Vorarbeit!)

und dann für die Straße zur Verfügung zu stellen.

Es können neue Stellen für zusätzliche Spezialisten
eingerrichtet werden. Die Bekämpfung der Cyberkri-
minalität, die Analyse von Massendaten, die Be-
kämpfung der Allgemein-, Schwer- und Bandenkrimi-
nalität sowie die Terrorbekämpfung in den drei Lan-
desoberbehörden und den Kreispolizeibehörden
werden verbessert.

15 Millionen Euro zusätzlich sind für die Erneuerung
und Verbesserung der persönlichen Ausstattung ein-
geplant: Außentragehüllen, Ausstattung mit ballisti-
schen Schutzhelmen und Bodycams.

13,3 Millionen Euro zusätzlich investieren wir, um die
IT-Infrastruktur der Polizei zu verbessern und zu er-
neuern; dazu zählt auch das Projekt mobile Endge-
räte – endlich in Streifenwagen.

Und wir sondern Ihre Streifenwagen, die Sie angeschafft haben, in die kein Polizist reinpasst, endlich sukzessive aus

(Beifall von der CDU und der FDP – Dietmar Brockes [FDP]: Peinlich!)

und schaffen Fahrzeuge an, die für die Polizei geeignet sind. Dafür investieren wir 38,4 Millionen Euro zusätzlich.

Wir verbessern Zug um Zug die personelle und finanzielle Ausstattung der Justiz, unserer Gerichte, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug: 38 neue Planstellen und Stellen bei der Generalstaatsanwaltschaft und den Staatsanwaltschaften, 10 neue Planstellen bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit, 101 Planstellen und Stellen im Justizvollzug und 37 neue Planstellen und Stellen für Ausbildung in der Justizvollzugsschule.

1 Million Euro zusätzlich, damit wir diese Stellen auch durch engagiertes Personalmarketing mit Menschen besetzen können.

Und wir errichten zwei neue „Häuser des Jugendrechts“ mit dem Ziel, alle Akteure aus Polizei, Justiz und Jugendarbeit zu vernetzen, um kriminelle Karrieren frühestmöglich zu beenden.

Diese NRW-Koalition hat sich das Ziel gesetzt, in der Legislaturperiode beste Bedingungen für die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

(Zuruf von Eva Lux [SPD] – Christian Dahm [SPD]: Ja, mach das doch!)

Wir arbeiten weiter daran, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel ihrer Eltern bestmöglich und individuell gefördert werden,

(Sarah Philipp [SPD]: Das wäre aber neu!)

damit jeder einen erfolgreichen Lebensweg einschlagen und sich seine Wünsche erfüllen und seine Träume verwirklichen kann.

Deswegen stellen wir im Einzelplan 05 Schule und Bildung mit 18,7 Milliarden Euro knapp ein Viertel des Gesamthaushaltes dafür bereit. Die Mittel steigen gegenüber 2018 um 753 Millionen Euro; eine Steigerung um 4,2 % – mehr Geld, um den Lehrermangel anzugehen und Talentschulen zu ermöglichen und richtig auszustatten, damit Inklusion mit den notwendigen Mitteln – insbesondere Personal – endlich gelingen kann.

14 % Steigerung der landesseitigen Förderung für den offenen Ganzttag, 50 Millionen Euro mehr für die Schulpauschale für unsere Kommunen – das ist eine konzentrierte Anstrengung, um unsere Schulen digital nach vorne zu bringen.

47 Millionen Euro für die Förderung von Breitbandanschlüssen, 10 Millionen Euro zusätzlich für die Modernisierung der digitalen Infrastruktur an unseren Berufskollegs, mehr Mittel für digitale Lehrerfortbildungen, Medienkoordinatorinnen und Medienkoordinatoren sowie IT-Fachkräfte an Schulen – das ist unsere Antwort auf die digitale Herausforderung im Bildungswesen. Diese Anstrengungen werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen und zum Erfolg führen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir steigern darüber hinaus – und auch das zählt für uns zu dem Weg von der Kita bis zum Ende des Bildungsweges – die Mittel im Einzelplan 06 für die Wissenschaft um 5,6 %; das sind 489 Millionen Euro. Im Vergleich zum rot-grünen Haushalt von 2017 sind die originären Landesmittel um fast 600 Millionen Euro auf 7,8 Milliarden Euro gestiegen. Das heißt: 326 Millionen Euro mehr für Hochschulen im Vergleich zu 2018. Und das heißt: 50 Millionen Euro als neuer Ausgabeposten für die Digitalisierung an Hochschulen.

Meine Damen und Herren, im Übrigen legen wir mit 245 Millionen Euro den größten Kulturretat in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen vor.

Existenzsicherung kommunaler Theater und Orchester, Förderung der Landestheater und der Freien Szene, Erhaltung und Ausbau kultureller Orte in ganz NRW, Förderung dritter Orte, Aufstockung des Ankaufetats bei der Kunstsammlung, Förderung von Forschungs- und Restaurierungsprojekten an Museen – Kultur ist in Nordrhein-Westfalen endlich wieder ein Wert, der im Haushalt abgebildet wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit unserer Politik wollen wir den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land weiter stärken. Deshalb erhöhen wir im Einzelplan 11 Arbeit, Gesundheit, Soziales die Mittel.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das empfinden die meisten Leute als Hohn!)

– Herr Zimkeit, wir erhöhen die Mittel, wir streichen sie nicht.

Wir erhöhen die Mittel um exakt 251,6 Millionen Euro auf nunmehr 6,33 Milliarden Euro. Im Bereich „Arbeit und Qualifizierung“ ist das Ziel des Haushaltes: einfach mehr Ausbildungsplätze.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Deshalb sollen jährlich 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen bei Unternehmen gefördert werden, und es sind 47,7 Millionen Euro mehr für Soziale Arbeit an Schulen, 14 Millionen Euro mehr für das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ und 3,5 Millionen Euro mehr für das neue Werkstattjahr vorgesehen.

In den Bereichen „Pflege“ und „Alter“ werden die Haushaltsmittel – lieber Karl-Josef Laumann, herzlichen Dank dafür – für die Schulpauschale um 22,5 Millionen Euro erhöht; insgesamt jetzt 85,5 Millionen Euro.

Für den Einstieg in die Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsberufen stehen weitere Mittel in Höhe von 25 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist soziale Verantwortung in NRW,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

im Haushalt abgebildet! Dafür herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Mobilität ist eine entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, für Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Damit die Wirtschaft unseres Landes im internationalen Standortwettbewerb bestehen kann, braucht sie eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur – ich will gar nicht daran erinnern, was Sie uns da hinterlassen haben.

Deshalb setzen wir im Haushalt 2019 das fort, was wir im Haushalt 2018 begonnen haben: Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf, Mittel für zusätzliche Stellen. Sie haben eben von Ingenieurinnen und Ingenieuren gesprochen. Sie sprechen davon, und wir stellen sie ein – das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir stellen 98 Millionen Euro zusätzlich für externe Planungsleistungen bereit und beschleunigen damit Planungen und Genehmigungen. Und das zeigt Ergebnisse.

(Sarah Philipp [SPD]: Wo kommen die denn her? – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Herr Schultheis, das hat auch für Sie erste Ergebnisse. Schon jetzt, nach anderthalb Regierungsjahren, konnten 19 Planfeststellungsbeschlüsse gefasst werden, zwölf an Bundesfernstraßen und sieben an Landesstraßen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: 19!)

Im Koalitionsvertrag waren nur zwölf vereinbart. Wenn wir so weitermachen, dann sollten selbst Sie zufrieden sein, Herr Schultheis. Ich warte dann in zwei Jahren auf Ihr Lob.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die dringend benötigten Investitionen in Landesstraßen steigen auf 245 Millionen Euro an. NRW bekommt insgesamt 96 Millionen Euro mehr vom Bund. Sie erinnern sich noch an Ihre Regierungszeit, als wir Geld an den Bund zurückgegeben haben, weil es nicht verbaut werden konnte. Über 1,3 Milliarden Euro für das gesamte Bundesfernstraßennetz ist deutlich mehr als geplant. Und wir investieren in die

Zukunft der Mobilität, insbesondere auch durch Förderung von Elektro- und Wasserstoffbussen sowie durch die Elektrifizierung von Bahnstrecken im ÖPNV.

Auch das zählt dazu: Wir halten an unserem Ziel fest, gleichwertige Lebensbedingungen mit Chancen sowohl für die Menschen in unseren Städten als auch im ländlichen Raum zu fördern. Wir führen die dazu notwendigen Dialoge vor Ort und schaffen Zug um Zug verlässliche Rahmenbedingungen für kommunale Finanzen und für die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Kreise, Städte und Gemeinden.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, kritisieren uns immer, weil die Zuweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes angeblich nicht auf unserem Mist gewachsen sei. Deshalb will ich aus der SPD-Fraktionsbilanz von September 2016 zitieren, also nach sechs Jahren Ihrer Regierungszeit. Achtung, das erste Wort ist wichtig!

„Wir“

– also die SPD-Fraktion –

„haben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die jährlichen Zuweisungen des Landes an unsere Städte seit dem Jahr 2010 um 2,5 Milliarden Euro auf rund 10,4 Milliarden Euro ... erhöht. Das ist ein Anstieg um 31 Prozent!“

Das nehmen Sie für sich in Anspruch. Im Übrigen betrug die Endsumme im Jahr 2017 dann 10,64 Milliarden Euro.

Nun darf ich Ihnen, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, sagen, wie unsere Bilanz nach nur anderthalb Jahren aussieht. Wir, die CDU- und die FDP-Fraktion zusammen mit der Landesregierung, haben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die jährlichen Zuweisungen des Landes an die Städte und Gemeinden seit dem Jahr 2017 um 1,734 Milliarden Euro auf die Rekordsumme von 12,4 Milliarden Euro erhöht. Das ist ein Anstieg um 16 %.

Bereits im Haushaltsjahr 2021, also nach vier Jahren, werden wir voraussichtlich die Steigerung in Höhe von 31 % übertreffen. Das sind gute Nachrichten und gute Aussichten für die Finanzkraft unserer Kreise, Städte und Gemeinden, die wir im Übrigen nach wie vor mit den von Ihnen zugesagten Mitteln des Stärkungspakts in Höhe von rund 500 Millionen Euro unterstützen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu kommen Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 07 des stellvertretenden Ministerpräsidenten Joachim Stamp. Nur drei kommunalrelevante Punkte will ich nennen.

Erstens. Die NRW-Koalition macht noch mehr Tempo bei der Stärkung der Kitalandschaft. Im kom-

menden Jahr können weitere 30 Millionen Euro investiert werden, um mehr Betreuungsplätze zu schaffen. Dabei handelt es sich um nicht abgerufene Landesmittel aus dem Haushalt 2018, die wir unmittelbar für den Ausbau unserer Kitalandschaft einsetzen.

Zweitens. Wir unterlegen den Asylstufenplan unseres Ministers Joachim Stamp mit den notwendigen Mitteln, um unsere Kommunen endlich zu entlasten und Struktur und Ordnung in das Chaos zu bringen, das Sie von der rot-grünen Regierung uns 2017 hinterlassen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das ist doch eine Mogelpackung! Schauen Sie sich doch mal an, was die Experten sagen! – Heike Gebhard [SPD]: Und an anderer Stelle nehmen Sie es wieder weg!)

Schlussendlich – meine Damen und Herren, ich weiß, dass es Ihnen weh tut – leiten wir die für die Kommunen vorgesehenen Bundesmittel für die Integration in Höhe von 432,9 Millionen Euro eins zu eins an die Kommunen weiter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie von SPD und Grünen haben in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 dieses Geld den Kommunen entzogen und es im Landeshaushalt vereinnahmt. Das Ergebnis war, dass 860 Millionen Euro vor Ort fehlten, wo das Geld dringend benötigt wurde. Wir hingegen wissen um die Bedürfnisse unserer Städte und Gemeinden, und deshalb landet das Geld dort, wo es benötigt wird, nämlich bei den Kommunen und Gemeinden vor Ort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens. Last but not least einen Blick in den Einzelplan 12 des Finanzministers Lutz Lienenkämper. Ich verbinde das mit einem herzlichen Dank an den Finanzminister und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium für die Arbeit an diesem hervorragenden Haushaltsplan.

Ich will nur einen einzigen Posten daraus nennen: Erstmals werden 21 Millionen Euro für das Unterhaltsvorschussgesetz eingestellt. Das Land übernimmt die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgriffen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz von den Kommunen.

Das heißt, dass das Land – konkret: das Landesamt für Finanzen – ab dem 1. Juli 2019 nun diese Forderung geltend machen wird. Es wird aber für diese Aufgabe eben keine neue Behörde geben. Stattdessen wird das Landesamt für Finanzen bedarfsgerecht weiterentwickelt. Der Vorteil für die Kommunen: weniger Personal- und Sachaufwand ab dem 1. Juli 2019.

Meine Damen und Herren, das war in der gebotenen Kürze ein Überblick über einige Schwerpunkte der

NRW-Koalition im Haushalt 2019 – ein Haushalt, der konsolidiert, ohne neue Schulden auskommt, mit Tilgung alter Schulden beginnt und bereits einen Überschuss in der Bilanz aufweist.

Es handelt sich um einen Haushalt, der durch Digitalisierung die Behörden unseres Landes modernisiert; einen Haushalt, der in die Sicherheit unserer Bürger, in die Mobilität, in unser Bildungssystem und in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft investiert. Der Haushalt 2019 greift aus Sicht der NRW-Koalition die wichtigsten Themen unseres Landes gestaltend auf.

Diesem Haushalt könnten auch die Grünen zustimmen. Aber das werden sie nicht tun. Stattdessen setzen sie ein Thema auf die politische Agenda, das an Wichtigkeit kaum zu übertreffen ist: Knecht Ruprecht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Was?)

Die Grünen-Politikerin Josefine Paul sagte, ein strafender Knecht Ruprecht sei nicht mehr zeitgemäß.

(Lachen von der AfD)

Es passe nicht mehr in das heutige Bild der Kindererziehung; denn Kindern solle man grundsätzlich nie drohen. Darunter falle auch die Drohung mit Knecht Ruprecht, die man nicht aussprechen solle. Liebe Kollegin Paul, ich stimme Ihnen zu, dass Kinder ein Grundrecht auf gewaltfreie Erziehung haben und dass dazu auch der Verzicht auf psychische Gewalt gehört.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Alles andere wäre aber auch hart!)

Aber dann müssten Sie von der Fraktion der Grünen doch mal mit gutem Beispiel vorangehen, aber Sie zeigen uns täglich das Gegenteil. Die Grünen drohen uns gerade damit, dass die Welt untergeht, wenn wir nicht sofort aus der Braunkohle aussteigen. Sie drohen uns damit, dass die Menschen zu Tausenden krank werden, wenn der böse Diesel weiter in der Innenstadt fährt. Sie wollen uns weismachen, ein zwischen Wahrung persönlicher Freiheit und effektiver Terrorbekämpfung austariertes Polizeigesetz würde unsere Grundrechte schleifen.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD] – Unruhe – Glocke)

Sie schließen sich Demonstrationen an gegen das Polizeigesetz, bei denen in der ersten Reihe zu lesen ist: Fuck Cops. – Ist das keine psychische Gewalt, meine Damen und Herren?

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Es sind doch Sie, meine Damen und Herren von Grünen, die niemals dem Versuch widerstehen können, mit Drohungen die Gesellschaft zu erziehen,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

und das, liebe Frau Kollegin Paul, macht Ihre vorweihnachtliche Kritik an Knecht Ruprecht so unglaubwürdig.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Lob und Tadel, Belohnung und Bestrafung kommen nicht aus der Mode. Beides ist untrennbar miteinander verbunden. Das ist mitunter eine bittere Erkenntnis, aber eine, die Kindern, ohne Gewalt auszuüben, zuzumuten ist.

Auch die SPD könnte ja diesem Haushalt zustimmen. Aber das werden Sie nicht tun. Das haben Sie ja schon angekündigt. Stattdessen setzen Sie auf ein für Sie vorgeblich wichtiges Thema: Sie sind gegen die Abschaffung der Stichwahl.

Der Verein „Mehr Demokratie“ sagt, ein paar Kandidaten werden zu zweifelhaften Siegern. Und der SPD-Fraktionsvorsitzende Herr Kutschaty schreibt sogar auf einer Kachel in den sozialen Netzwerken, die Abschaffung der Stichwahl sei ein Angriff auf unsere gelebte Demokratie.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Recht hat er!)

Sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, vielleicht sollten Sie zusammen mit dem Verein Mehr Demokratie mal reflektieren, wen und was Sie da eigentlich kritisieren.

Die NRW-Koalition ist es auf jeden Fall nicht. Sie kritisieren massiv die Aussagen des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen. Ich will drei der vier Leitsätze aus dem Urteil vom 26. Mai noch einmal in Kürze für Sie in Erinnerung rufen. Respektieren Sie dieses Urteil, ja oder nein? – Die Antwort ist wahrscheinlich: ja.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Das hat keiner bestritten! – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Der erste Leitsatz ist:

„Der Wegfall der Stichwahl bei den Bürgermeister- und Landratswahlen ... ist mit der Landesverfassung vereinbar.“

(Sarah Philipp [SPD]: Das wissen wir! – Christian Dahm [SPD]: Das hat keiner bestritten!)

Der zweite Leitsatz – jetzt hören Sie doch mal genau zu – lautet:

„Die ... Direktwahl der Bürgermeister und Landräte in einem Wahlgang mit relativer Mehrheit trägt ... dem Erfordernis demokratischer Legitimation ... Rechnung.“

Was also kritisieren Sie? Was haben Sie an dem Satz nicht verstanden, sodass Sie sagen, das sei ein Angriff auf die gelebte Demokratie? Es heißt dort: trägt dem Erfordernis demokratischer Legitimation Rechnung.

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie nicht verstanden? Wir kritisieren, dass der erste AfD-Bürgermeister Ihr Bürgermeister sein wird!)

Der vierte Leitsatz, der für diese Diskussion wichtig ist, heißt:

„Der Gesetzgeber ist gehalten, die Wahlverhältnisse daraufhin im Blick zu behalten, ob das bestehende Wahlsystem den erforderlichen Gehalt an demokratischer Legitimation auch zukünftig“

– also von 2009 bis 2017 –

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

„zu vermitteln vermag.“

Wenn zwei Drittel der Gewählten im zweiten Wahlgang weniger Stimmen bekommen als im ersten Wahlgang, dann ist der erforderliche Gehalt an zusätzlicher demokratischer Legitimation schlicht und einfach gesunken bzw. nicht mehr vorhanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, es kommt nicht darauf an, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, sondern darauf, mit den Augen die Tür zu finden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass Ihnen das in den Ausschussberatungen noch gelingen wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, meine Damen und Herren, ich will diese Rede nicht beenden, ohne ein weiteres Thema, das möglicherweise schwerwiegende Folgen für die zukünftigen Landeshaushalte und die Arbeit dieses Landtages hat, kurz anzusprechen. Sie haben es auch getan. Das ist das Thema „Digitalpakt“ und die damit verbundene Föderalismusdebatte.

Zu Beginn einige wenige Zitate:

NDR, 03.12.2018:

„Nach Meinung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) ist das Vorhaben in der derzeitigen Form nicht zustimmungsfähig.“

„Westfälische Rundschau“, 06.12., Malu Dreyer, rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin:

„Wir wollen den Digitalpakt, der eine wirklich gute Sache ist. Trotzdem werden wir den Vermittlungsausschuss ... anrufen, weil Regelungen ins Grundgesetz kommen sollen, die weit über den Digitalpakt hinausgehen und die einen tiefen Einschnitt in die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern bedeuten. Das nehmen wir nicht hin.“

Der Hamburger Erste Bürgermeister Peter Tschentscher sagte laut „Tagesspiegel“ am 05.12.:

„Es gebe im Länderkreis ‚die ernste Sorge‘, dass mit der Grundgesetzänderung in der Zukunft

große Probleme entstehen könnten im Bund-Länder-Verhältnis.“

Eine „fiese Bedingung“ nannte der Hamburger Schulsenator Ties Rabe (SPD) auf Twitter das Vorhaben, den Bundesländern bei zukünftig gemeinsamen Ausgaben für die Bildung die Hälfte der Kosten abzuverlangen.

Und:

„Dieser Schritt“

– so sagt der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) –

„ist ebenso bedauerlich wie notwendig.“

(Sarah Philipp [SPD]: Was sagen Sie jetzt dazu?)

Jetzt, meine Damen und Herren, kommt der Mann, der es besser weiß als 16 Ministerpräsidenten unserer Bundesländer, Sebastian Hartmann, Vorsitzender der NRW-SPD, in der Pressemeldung vom 03.12.:

„Die Republik redet seit Monaten darüber, wie eine Verfassungsänderung möglich ist und welche Milliardenbeträge an die Länder fließen sollen. Nach Ende aller Debatten und einer im Bundestag gemeinsam mit den Grünen und FDP beschlossenen Einigung“

(Sarah Philipp [SPD]: Was sagen Sie dazu?)

„fällt Armin Laschet nun plötzlich ein, dass er gegen den Digitalpakt ist? ... Dass Laschet zwei Tage nach dem Abpfiff des Spiels noch eine Verlängerung fordert, ist einfach irre.“

Meine Damen und Herren, das sind vier Fehler in zwei Sätzen. Das muss man auch als SPD-Vorsitzender in NRW erst einmal schaffen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erstens. Es wird nicht seit Monaten darüber geredet, sondern inzwischen seit zwei Jahren.

(Sarah Philipp [SPD]: Das macht es nicht besser!)

Zweitens. Das Ende aller Debatten wird nicht durch Herrn Hartmann bestimmt,

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

sondern bei zustimmungspflichtigen Gesetzen durch den Bundesrat und im Konfliktfall – wie jetzt – durch den Vermittlungsausschuss.

Drittens. Niemandem ist plötzlich irgendetwas eingefallen. Eine Lektüre des Beschlusses des Bundesrates vom 06.07. hätte zutage gefördert, dass NRW dem Digitalpakt zugestimmt hat.

Allerdings hat der Bundesrat dem Bundestag klare Leitlinien mit auf den Weg gegeben. Ich zitiere aus diesem Beschluss:

„Daher ist zu gewährleisten, dass der Bund mit der Gewährung der Finanzhilfen gemäß Art. 104c und Art. 104d keine die oben genannten Verfassungsgrundsätze infrage stellenden Steuerungs- und Kontrollrechte auf die konkrete Erfüllung von Länderaufgaben vorsieht.“

Weiter heißt es:

„Die Kultushoheit der Länder bleibt durch die Möglichkeit, dass der Bund künftig Investitionen in das Bildungswesen mitfinanzieren kann, unberührt.“

Leider hat der Bundestag in seinem Beschluss diese Hinweise nicht nur nicht beachtet, sondern er hat sie quasi ins Gegenteil verkehrt.

Viertens. Es ist nicht Herr Laschet, der eine Verlängerung fordert, sondern das sind die 16 Ministerpräsidenten unserer Bundesländer. Wir werden dieses Thema morgen ausführlich diskutieren können. Hier sei nur so viel gesagt: In der sich immer mehr zuspitzenden und von Ihrer Seite befeuerten Debatte gibt es zwei grundlegende Irrtümer.

Der erste Irrtum: Die Länder halten den Digitalpakt auf, weil sie die Grundgesetzänderung nicht wollen. – Tatsächlich liegt der Digitalpakt seit fast zwei Jahren auf Halde, weil der Bund das Verfahren Mitte 2017 gestoppt hat.

Der zweite Irrtum: Für den Digitalpakt ist eine Grundgesetzänderung nötig. Das stimmt schon deswegen nicht, weil die Verfassung Bund und Ländern jederzeit ermöglicht, solche Finanzierungen auf dem Weg der Steuerumverteilung ins Werk zu setzen.

Herr Professor Dr. Henneke, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, hat es in diesen Tagen treffend formuliert.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Zitat:

„Das Grundgesetz ...“

(Zuruf und Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Darf ich es noch einmal zitieren, Herr Mostofizadeh? – Vielen Dank. Mit Ihrer Genehmigung also:

„Das Grundgesetz legitimiert den Bund nicht, Ländern und Kommunen für ihre Aufgabenerfüllung notwendige Steueranteile vorzuenthalten, um sodann eine eigene Mitfinanzierungskompetenz mit der Begründung zu behaupten, dass die gebotenen Handlungsbedarfe von Ländern und Kommunen finanziell allein nicht zu bewältigen wären.“

Unser Ministerpräsident Armin Laschet hat in dieser Debatte ständig und nachdrücklich für einen Weg der Vernunft geworben, –

(Zuruf von den GRÜNEN: Wann denn?)

– für einen Weg, der beides ermöglicht, nämlich die Mittel zur Verfügung zu stellen und weiterhin selbstbestimmt in eigener Zuständigkeit über Haushalte in diesem Parlament abzustimmen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Was sagt denn Herr Lindner dazu?)

Ich jedenfalls würde mich freuen, wenn dieser Weg der Vernunft auch im Vermittlungsausschuss Leitlinie würde und statt komplizierter Grundgesetzänderungen ein einfacher Weg dahin führte, dass die Mittel des Digitalpaktes schnell den Schulen unseres Landes zur Verfügung gestellt werden könnten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsplan 2019 zu.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Generalausprache zum Haushalt findet in diesem Jahr in Zeiten des Terrors statt, der gestern auch Straßburg erreicht hat. Jenseits des politischen Schlagabtausches, der heute wieder heftig und leidenschaftlich geführt wird, sind die Gedanken von allen Fraktionen heute bei den Opfern.

Auch wir in Nordrhein-Westfalen arbeiten in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss immer noch an der Aufarbeitung des schrecklichen Anschlags vor genau zwei Jahren am Breitscheidplatz in Berlin. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die in diesem Ausschuss mitarbeiten – Herr Körner, Herr Sieveke, Herr Geerlings.

(Zuruf von der FDP: Herr Bombis ist auch dabei!)

Er findet nicht so sehr in der Öffentlichkeit statt, und da werden auch nicht die großen Auseinandersetzungen geführt. Wir arbeiten dort gut zusammen – das sind wir den Opfern schuldig –; denn wir wollen auch für unser Land Lehren ziehen, um uns besser gegen diese Terrorgefahren zu wappnen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Generalausprache zum Haushalt findet aber auch in Zeiten statt, in denen über die Zukunft, über

die Lebens- und Überlebensbedingungen unserer Kinder und Kindeskinde entschieden wird.

In Kattowitz ringt man auf der 24. UN-Klimakonferenz um die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. Man ringt darum, wie und ob man es schafft, die globale Erwärmung auf unter 2°C zu begrenzen. Dieses ehrgeizige Ziel ist von zentraler Bedeutung, um den Klimawandel, der nicht in einer fernen Zukunft liegt, sondern längst bei uns angekommen ist, beherrschbar zu halten. Um es christlich auszudrücken für die Kollegen und Kolleginnen der Christlichen Demokratischen Union: Es geht auch darum, diese Schöpfung zu bewahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Berlin ringt man deswegen um einen schnellstmöglichen Ausstieg Deutschlands aus der Kohle. Ja, Herr Löttgen, die Braunkohle hat etwas damit zu tun, ob wir diesen Planeten retten können oder nicht.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Ja, dort wird ernsthaft um den Kohleausstieg gerungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist auch nötig; denn Deutschland ist beim internationalen Klimaindex eben wegen dieser fehlenden Maßnahmen im Bereich Kohle weit zurückgefallen. Im Verkehrsbereich steigen die Emissionen sogar; dort stehen wir auf Platz 27.

Herr Löttgen, es macht mich wirklich fassungslos, wie man so zukunftsvergessen sein kann, dieses Thema in seiner Rede nicht mit einem einzigen Wort zu erwähnen bzw. es nur lächerlich zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist zukunftsvergessen, den Klimaschutz auf eine Ebene mit dieser albernem Knecht-Ruprecht-Posse zu stellen und beides in einem Atemzug zu nennen; denn es geht um mehr.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU] – Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Kutschaty, danke schön, Sie haben es geschafft – ich habe es mir notiert –, immerhin einmal die Worte „erneuerbare Energien“ und „Windenergie“ in Ihrer Rede unterzubringen. Für die Sozialdemokratie ist das schon was – danke schön.

Beim Thema „Klimafolgenanpassung“ geht es aber um mehr als nur um die Erwähnung in einem Nebensatz. Der Klimawandel liegt nicht in ferner Zukunft, sondern er ist diesen Sommer in unserem Land – spürbar für alle Menschen – angekommen.

Die Umweltministerin hat das Thema inzwischen auch entdeckt und sieht Nachholbedarf in den Städten – immerhin etwas. Es geht um Hitzeinseln, Entseelung, Frischluftschneisen, Hochwasserschutz.

Das alles sind bekannte Notwendigkeiten. Frau Ministerin Heinen-Esser kündigte gestern im „WDR“ an:

„Wir werden Klimaanpassungsmaßnahmen deutlich verstärken müssen. Denn in diesem Jahr haben wir gesehen, dass wir tatsächlich im Klimawandel stecken.“

Für diese bahnbrechende Erkenntnis hätte die Umweltministerin nicht nach Kattowitz fahren müssen. Sie hätte sich einfach mal vor Ort die Schäden in den Städten ansehen sollen: die Schäden von Stürmen, von Überschwemmungen, von Hitzefolgen. Deswegen fordern die Städte zu Recht mehr Unterstützung vom Land.

Passiert ist leider gar nichts. Gerade mal die mickrige Summe von 1 Million Euro steht bei diesem wichtigen Thema für die Kommunen und für die Klimaanpassung im Einzelplan 10 zur Verfügung. Nach Aussage des Bundesumweltamtes müssten die Mittel von Bund und Ländern zur Klimaanpassung allerdings verzehnfacht werden, um uns darauf entsprechend vorzubereiten.

Unsere Anträge dazu haben Sie selbstverständlich abgelehnt. Ich sage Ihnen hier und heute: Reden Sie nicht nur von Klimafolgenanpassung, handeln Sie!

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch dieses Thema, Herr Löttgen, kam in Ihrer Rede nicht vor. Beim nächsten Sturm, bei der nächsten Überschwemmung sprechen wir uns wieder.

(Zurufe von Bodo Löttgen [CDU] und Christof Rasche [FDP])

Schaut man sich an, was die Menschen in unserem Land bewegt, fällt auf, dass das Thema „Klimaschutz“ und das, was man dafür tun müsste, sehr wohl bei den Bürgerinnen und Bürgern, also auch bei Ihren Wählerinnen und Wählern, angekommen ist – mehr jedenfalls als rechts und links auf den Regierungsbänken.

(Zuruf von der CDU: Schauen Sie doch mal in den Haushalt!)

Schauen Sie sich mal im Deutschlandtrend vom 3. Dezember dieses Jahres die Umfragen an!

(Bodo Löttgen [CDU]: Darum geht es – nur um Ihre Umfragen! Ausschließlich! – Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe – Glocke)

92 % der Menschen in NRW halten den Ausbau der erneuerbaren Energien für sinnvoll und nötig. 90 % sprechen sich für strengere Umweltauflagen für die Industrie aus, und immerhin 69 % wollen einen schnelleren Kohleausstieg.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der FDP)

Sogar im Land der Automobilfetischisten sagen 53 % – immerhin mehr als die Hälfte –, dass es einen schnelleren Umstieg vom Verbrennungsmotor auf Elektroantrieb geben muss.

Das, lieber Herr Laschet, sind nachweislich nicht nur Wählerinnen und Wähler der Grünen. Das sind auch Ihre Wählerinnen und Wähler. Und was liefert die CDU auf ihrem Bundesparteitag?

(Zurufe von der CDU)

Greenpeace hat gemessen: Gerade mal 2 % der Redezeit – ähnlich wie hier – haben die Kandidatin und die Kandidaten für den Bundesvorsitz auf dem Bundesparteitag der CDU für den Klimawandel verwendet. – Wie armselig und zukunftsvergessen ist das denn für eine Partei, die den Anspruch hat – Herr Laschet, Herr Löttgen –, eine Volkspartei zu sein?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wo ist denn da die Politik für die vielbeschworene Mitte? Da hätte man meinen können – dank „Phoenix“ kann man so etwas inzwischen live und in Farbe verfolgen –, dass nach den Vorsitzendenwahlen bei der Vorstellung der Stellvertreterkandidaten mit Armin Laschet als Ministerpräsident eines großen, wichtigen Industrielandes endlich jemand kommt, der so etwas wie Mut und Tatkraft zeigt und erläutert, wie man ein Bundesland, ein Industrieland auf den Transformationsprozess vorbereitet, wie man zum Beispiel die Klimaschutzziele der Bundesregierung – nicht grüne Klimaschutzziele, sondern die der GroKo – bis 2030 umsetzen will, wenn es schon 2020 nicht gelingt.

Im Energiesektor eine CO₂-Reduktion um minus 120 Millionen t von derzeit rund 300 Millionen t – Herr Löttgen, da braucht man nur einen Rechenschieber, da braucht man noch nicht mal einen Taschenrechner. Wenn Sie die Klimaschutzziele ernst nehmen, dann geht das bei uns im Rheinischen Revier nicht ohne einen Braunkohleausstieg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Oder, Herr Laschet, Sie hätten darlegen können, wie der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor mit einer Verkehrswende gelingen kann, bevor NRW im Stau und in Luftverschmutzung erstickt oder Fahrverbote das Land lahmlegen.

Im Klimaschutzplan steht auch ein Anteil von 65 % erneuerbarer Energien am Strommix. Wie wollen Sie das denn für NRW machen? Bestimmt nicht, indem Sie hier die Windenergie verteufeln und ausbremsen.

Last but not least: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie denn im Rheinischen Revier zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, bevor die Bagger und die Kohlemeiler stillstehen? – Da brauchen wir eine neue Leitentscheidung. Von Herrn Pinkwart hören wir nichts. Zu den Strukturfördermaßnahmen haben wir auch noch nicht viel gehört.

Man hätte meinen können – Achtung: Konjunktiv! –, dass sich Herr Laschet diesen Themen offensiv zuwendet und sie in seine Bewerbungsrede aufnimmt. Aber – man höre und staune – was kommt stattdessen? Vollmundige Bekenntnisse zur Bewahrung dessen, was ist, und ganz viel Autosuggestion, dass man die energieintensive Industrie in NRW halten will. – Ja, das ist auch richtig, aber nur mit Beschwören und einem autosuggestiven: „Das kriegen wir schon irgendwie hin“ funktioniert das nicht. Pläne, Ideen, Konzepte für unser Land – Fehlanzeige.

Dann kommt mal wieder eine durch keine Fakten belegbare, aber offenbar in bestimmten Kreisen umso beliebtere These – Achtung: Verdrängung! –, dass die Fahrverbote eigentlich gar nichts mit diesen Dieseltbetrügereien zu tun haben. Die eigentlichen Verursacher – man höre und staune – sind laut Armin Laschet nicht etwa die Autokonzerne mit ihren kriminellen Machenschaften, sondern diejenigen, die geltendes Recht vor Gericht einklagen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Die Deutsche Umwelthilfe!)

Herr Laschet, so höhlt man den Rechtsstaat aus, so löst man aber keine Probleme.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben in diesem Land unabhängige Gerichte, wir haben Gewaltenteilung, Rule of Law, die Herrschaft des Rechts. Daran sind Sie als Ministerpräsident eines Landes gebunden. Als das Verwaltungsgericht Leipzig urteilte: „Fahrverbote sind zulässig“, meinten Sie lapidar: Alles Quatsch.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Bundesverwaltungsgericht!)

– Bundesverwaltungsgericht. – Alles Quatsch, was die Richter erzählen, Fahrverbote sind unverhältnismäßig.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Das ist doch gar nicht wahr!)

Sie haben danach gesagt: Das ist alles unverhältnismäßig.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Aber die deutschen Verwaltungsgerichte haben das nun mal anders gesehen als Sie, Herr Laschet, und haben wegen der Untätigkeit – auch Ihrer Politik – Fahrverbote verhängt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was passiert jetzt,

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

nachdem die Gerichte Ihnen sagen: „So läuft das nicht“? Was machen Sie da? – Sie fangen an, die Kläger zu beschimpfen

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet – Lebhaftige Zurufe von den GRÜNEN)

und zu diffamieren.

Der Kläger, die Deutsche Umwelthilfe, die schlicht und einfach geltendes Recht einklagt, soll nun in der Folge mundtot gemacht werden. Auf Ihrem Parteitag haben Sie nun mit sehr viel Verve nach dem Motto „Denen zeigen wir es jetzt mal!“ beschlossen, der Deutschen Umwelthilfe die öffentlichen Gelder wegzunehmen und die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Basta!

Herr Laschet, solch eine Politik nach Gutsherrenart finden wir skandalös.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Laschet, mit einer solchen Politik – indem Sie der DUH jetzt die Gelder wegnehmen – lösen Sie kein einziges der aktuellen Probleme.

Wenn Sie nur einen Bruchteil – ein klein wenig reicht schon – der Leidenschaft, die Sie bei Ihrer Rede darauf verwandt haben, die Deutsche Umwelthilfe zu beschimpfen und diejenigen zu bekämpfen, die Probleme im Land sichtbar machen, auch gegen die Verursacher, gegen die Betrügereien in der Automobilindustrie und für wirksame Lösungen für emissionsarmen Verkehr aufbringen könnten, wären wir bei der Bewältigung der Luftverschmutzung in unseren Städten schon sehr viel weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass die Menschen dieses billige Manöver durchschauen. Es ist meine feste Überzeugung, dass es Ihnen nicht gelingen wird, den berechtigten Zorn der betroffenen Dieselfahrerinnen und Dieselfahrer in unserem Land umzulenken – weg von den Verursachern der Probleme und von Ihrer untätigen Politik im Auftrag der Autolobby hin auf die Gerichte und die Ankläger. Gott sei Dank entscheiden in unserem Rechtsstaat immer noch die Finanzämter über die Gemeinnützigkeit und nicht der Parteitag der CDU.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Diese Regierung zeigt immer wieder ihr gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat, nicht nur im Umgang mit denjenigen, die ihre Rechte vor Gerichten einklagen, sondern auch dann, wenn ein Minister wie Herr Stamp versucht, die Gerichte auszutricksen, um Gefährder abzuschieben. Der Fall Sami A. hat im Nachhinein eines deutlich gezeigt: Der Rechtsstaat ist nicht wehrlos. Der Rechtsstaat kann rechtssichere Abschiebungen durchsetzen. Er hätte einfach die Papiere organisieren müssen, dann hätte diese Abschiebung rechtskonform vollzogen werden können.

(Beifall von den GRÜNEN –Zuruf von der FDP)

Nein, der Minister hat sich für einen anderen Weg entschieden. Er hat die Gerichte ausgetrickst. Diese Abschiebung war rechtswidrig; man hätte das Ganze auch anders lösen können.

Rechtsstaatlich bedenklich in der Causa Sami A. ist nicht nur das Verhalten von Herrn Dr. Stamp, sondern auch das des Innenministers. Ich finde es nach wie vor unerhört, Herr Reul, wenn Sie als Verfassungsminister in solch einer Angelegenheit den Richtern in unserem Land Empfehlungen aussprechen. Das steht Ihnen erstens nicht zu, und zweitens empfehlen Sie ihnen auch noch, sie sollten ein bisschen mehr auf den Stammtisch hören,

(Lachen von Minister Herbert Reul)

statt es mit den Gesetzen so genau zu nehmen.

(Minister Herbert Reul: Das habe ich so nicht gesagt!)

Herr Reul, das war eine Entgleisung!

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Minister Herbert Reul)

Das steht einem Verfassungsminister, der die Verfassung und die damit verbundene Gewaltenteilung schützen sollte, nicht zu.

Rechtsstaatlich bedenklich ist auch Ihr Vorhaben im Zusammenhang mit dem Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen, womit Sie Kläger in Sachen Tierrechten mundtot machen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Den Verursacher wird es freuen – der Tierschutz bleibt auf der Strecke.

Der Kollege Markus Diekhoff von der FDP ist gerade nicht im Raum.

(Zuruf von der FDP: Guter Mann!)

– Guter Mann – für Sie vielleicht.

Er ließ sich in der Plenardebatte am 15. November dieses Jahres – lesen Sie das mal nach – zum Verbandsklagerecht doch tatsächlich zu der Äußerung hinreißen, dass er Tierschutzverbände nicht kriminalisiere – das war ja mein Vorwurf gegen ihn –, denn sie seien ohnehin kriminell.

(Mehrere Zuruf von den GRÜNEN: Unglaublich!)

Welch ungeheure Entgleisung einer demokratischen Fraktion in diesem Haus.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Guter Mann!)

Nein, liebe FDP-Kolleginnen und -Kollegen – diejenigen, die Tiere quälen,

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

sind kriminell, und nicht diejenigen, die so etwas vor einem deutschen Gericht anprangern.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der FDP)

Das unterscheidet uns offenbar fundamental von der FDP.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Unruhe – Glocke)

Es ist gut, dass dieser Unterschied hier in diesem Haus einmal deutlich geworden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Heute wird in der Debatte noch einmal deutlich werden, dass Ihnen Tierleid und Tierschutz nicht gerade eine Herzensangelegenheit ist. Deswegen braucht es die Grünen, um dieses Thema hier im Landtag überhaupt auf die Tagesordnung zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Neben dem Klagerecht für Tierschutzverbände

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

werden unter der Amtsführung der neuen Umweltministerin fleißig weiter ökologische Standards rückabgewickelt. Die Umweltpolitik spielte auch in den vorhergehenden Reden gar keine Rolle.

Das Jagdrecht wird ohne Beteiligung der Tier- und Naturschutzverbände, dafür aber mit Übernahme eigentlich aller Forderungen des Landesjagdverbandes auf den Weg gebracht. Jagdmethoden, die Tiere unnötig leiden lassen – egal –, werden wieder zugelassen. Die Liste der jagdbaren Tierarten, darunter auch gefährdete Tierarten, wird wieder ausgeweitet, usw. usf. Auch hier geht es um Tierschutz und um ein ökologisches Jagdrecht, das von Ihnen rückabgewickelt wird.

Auf Bundesebene streitet die Umweltministerin als Vorsitzende der Umweltministerkonferenz sogar weiter für die betäubungslose Kastration männlicher Ferkel, obwohl es tierschutzgerechte alternative Methoden gäbe. Eine Rückabwicklung von ökologischen Standards – unter dem Mantra der Entfesselungsideologie – gibt es auch beim Landesentwicklungsplan und beim Landesplanungsgesetz: mehr Flächenversiegelung statt Naturschutz, dafür weniger Freiflächenschutz, weniger Naturschutz.

Statt Planungssicherheit für Investoren bei Windenergieanlagen schüren Sie die Verunsicherung bei denjenigen, die mit Bürgerparks in die Zukunft investieren und zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Land schaffen wollen. Zudem erleichtern Sie die Massentierhaltung durch vereinfachte Errichtung von agrarindustriellen Anlagen im Außenbereich usw. usf.

Diese Politik der neuen Umweltministerin knüpft nahtlos an die Politik der Vorgängerin an. Sie richtet sich gegen Naturschutz, gegen Tierschutz und gegen den Gesundheitsschutz von Tier und Mensch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit dieser Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, bekommen Sie vielleicht Zustimmung von den einschlägigen Lobbyisten beim Landesjagdverband und anderen, aber ganz sicher werden Sie mit dieser Politik nicht die vielbeschworene Mitte der Gesellschaft erreichen.

Wenn es für die Zukunft unseres Landes nicht so schlimm wäre, könnten wir Grünen uns eigentlich über diese Politik freuen. Denn, Herr Laschet, so bekommen Sie sicherlich nicht diejenigen Wählerinnen und Wähler zurück, die von Ihnen zu den Grünen abgewandert sind, und die Sie gerne zurückgewinnen wollen. Ihre Politik passt diesen Wählern nicht mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

„NRW braucht Geld statt Bildungs-Kleinstatelei“ – so betitelt die „WZ“ am 5. Dezember dieses Jahres einen Kommentar von Ulli Tückmantel. Hierin führt er aus, dass Lehrer weder dienstliche E-Mail-Adressen hätten noch Geräte, auf denen sie ihre E-Mails lesen könnten. Die Kinder würden noch immer nicht aktualisierbare Schulbücher zum dreifachen Preis eines E-Books schleppen.

Dann fragt sich der Kommentator – wie ich finde zu Recht –, wie der Ministerpräsident zu der verwegenen Annahme komme, in NRW hielten Eltern, Lehrer und Schüler ausgerechnet die Schulpolitik für das geeignete Feld, um den deutschen Föderalismus zu verteidigen und damit die Mittel für den Digitalpakt zu gefährden.

Das fragen wir uns auch; denn, Herr Laschet, das ist keine Politik, die im Interesse des Landes für eine gute Schule und gute Bildung handelt.

Das sind Machtspiele, die Sie in Berlin und im Bundesrat auf Kosten und auf dem Rücken unserer Kinder austragen.

Das ist auch nicht der Untergang des Bildungsföderalismus. Wir befinden uns da in guter Gesellschaft mit Herrn Lindner, der das ebenfalls sagt. – Wider besseres Wissen behaupten Sie hier, dass damit die Einheitsschule, diktiert von den bösen Bundespolitikern, auf den Weg gebracht würde. Das ist nachweislich falsch. Es geht um gute Bildung; es geht um mehr Geld für unsere Schulen – und Sie blockieren diese Maßnahmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rübe [GRÜNE]: Genau, richtig!)

Dabei hat doch die FDP – die Schulministerin ist nicht da – noch unter Herrn Lindner offenbar etwas ganz

Vernünftiges in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt. In Ihrem Koalitionsvertrag steht nämlich – vielleicht sollten Sie da einmal in der Woche reinschauen; dann würde Ihre Politik sicher etwas anders aussehen –,

(Zuruf von der FDP)

dass es für eine gute Bildung einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung – wahrscheinlich ist das von Ihnen von der FDP gekommen – mit – Achtung! –

(Zuruf von der FDP)

neuen Kooperationsmöglichkeiten – und jetzt kommt's – auch unter Einbeziehung des Bundes bedarf. Genau das ist mit dem Digitalpakt passiert, und ich frage mich, warum Sie das blockieren. Das können Sie ja gleich ausführen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ministerpräsident Armin Laschet: Da fragen Sie mal Herrn Kretschmann, der versteht was davon!)

– Leider haben wir es in den letzten Jahren nicht geschafft, auch Herrn Kretschmann davon zu überzeugen. Das schmälert aber nicht unsere Kritik an Ihrer Politik.

Der Koalitionsvertrag ist nicht nur hier mehr Schein als Sein und hält einem Realitätscheck nicht stand. Man sollte da wirklich ab und zu mal reinschauen.

Herr Lienenkämper, Sie heißen ja neuerdings – so las ich heute Morgen im „WDR online“ – Lucky Lutz. Also, bei Lucky Lutz unterm Weihnachtsbaum liegen viele bunte Päckchen, und da ist eigentlich für jeden etwas dabei. Heute wird dann auch jeder mit einem netten Geschenk in seinen Wahlkreis gehen, das er vor Ort – wahrscheinlich mit einem schönen Foto – überreichen kann. Der Finanzminister ist da sehr großzügig.

Was er allerdings nicht hat, ist ein Plan, wie man dieses Land in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen und niedriger Zinsen für die Zukunft aufstellt; denn es gilt der Satz – auch der wurde, glaube ich, mal von Herrn Lindner gesagt; es war ja nicht alles falsch, was er hier gesagt hat –, Herr Lienenkämper: Ein Haushalt wird nicht in Krisenzeiten ruiniert.

(Zuruf)

Richtig ruinös ist jedoch, was Sie hier machen. Nehmen wir uns noch einmal die Zahlen vor. Seit dem letzten rot-grünen Haushalt 2017 hatten Sie Steuermehreinnahmen von 6,4 Milliarden Euro und gleichzeitig geringere Ausgaben im Haushaltsvollzug – Sie hatten jedes Jahr ordentlich Geld übrig – von über 1 Milliarde Euro. Sie aber bringen es im Jahr 2019, dem Jahr mit den höchsten Steuereinnahmen ever – weit über 60 Millionen Euro; das hat es in NRW noch nie gegeben –, gleichzeitig aber auch dem Jahr mit

dem höchsten Schuldenstand, den es in NRW je gab, tatsächlich auf mickrige 31 Millionen Euro Schuldenabbau.

Das muss man erst mal schaffen! Das sind 1,73 Euro pro Einwohner. Ziehen wir einen Vergleich mit Berlin und dem Saarland – nicht gerade reiche Länder –: In Berlin beträgt der Schuldenabbau 279 Euro pro Einwohner, und das Saarland schafft es auf 80 Euro. Sie schaffen gerade einmal 1,73 Euro bzw. 0,4 % des Haushaltsvolumens.

Herr Lienenkämper, das ist nicht genug! Wenn in Zeiten von sprudelnden Steuereinnahmen so wenig in die Konsolidierung geht, ist das das Gegenteil von dem, was Herr Laschet in seiner letzten Haushaltsrede vor Regierungsübernahme noch angekündigt hat. Da hat er noch von einem Drittel gesprochen – und ein Drittel von 6,4 Milliarden Euro wären weit über 2 Milliarden Euro und nicht lediglich 31 Millionen Euro.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Offenbar herrscht also auch hier eine Totalamnesie. Das gilt übrigens nicht nur im Hinblick auf den nötigen Schuldenabbau.

Sie vernachlässigen darüber hinaus auch dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur. Und auch hier ist ein Umdenken nicht in Sicht. Schaut man in die mittelfristige Finanzplanung, stellt man fest, dass die Investitionsquote sogar noch sinkt. Angesichts dessen, was alles mit eingerechnet wird, wird da auch viel schöngetrickst; ich nenne als Beispiel die Zuführungen zum Sondervermögen für die Risiken WestLB. Die werden auch unter Investitionskosten verrechnet. Das fließt schon mal nicht in die nötige Infrastruktur.

Gleichzeitig schaffen Sie aber auch wieder Rekorde, nämlich Rekorde bei den Personalausgaben für die Ministerien – über 450 Stellen, ohne zu sagen, wie das wieder bereinigt wird.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Unfassbar!)

Sie ignorieren alle Warnungen der führenden Wirtschaftsinstitute. Heute Morgen konnte man es wieder in den Zeitungen nachlesen: Die fetten Jahre sind vorbei. Der Steuersegen wird langsam nachlassen. Die Wirtschaftsdaten gehen zurück. – Und Sie verpassen gerade den Zeitpunkt für eine ganz wesentliche Maßnahme, die jetzt greifen muss, wo die Zinsen noch niedrig sind und das Wirtschaftswachstum noch anhält: den Kommunen dabei zu helfen, mit einem Altschuldenfonds aus der Schuldenfalle herauszukommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt wäre die Zeit dafür. Aber auch diesen Zeitpunkt werden Sie verpassen.

Apropos Kommunen: Unter diesem schönen Weihnachtsbaum von Herrn Lienenkämper liegen aber auch Geschenke, die die Beschenkten selber bezahlen müssen. Die so sehr gerühmte Weiterleitung der Integrationspauschale

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Taschenspielertricks!)

wird – man höre und staune – von den Kommunen selbst bezahlt; denn sie bekommen dafür nicht die von Ihnen versprochenen Mehrzuweisungen für die Flüchtlingsaufnahme, weil die Kosten höher sind.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Sie haben aber versprochen, dass alle Kosten für die Flüchtlingsaufnahme bezahlt werden.

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Herr Laschet, es war noch Rot-Grün, die in einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden gesagt haben: Wir machen eine Ist-Berechnung. – Jetzt liegt das Gutachten vor. Wie viel kostet denn die Flüchtlingsunterbringung? Die Ist-Berechnung zeigt, dass sie weit höher liegt als die 10.000 Euro, die derzeit gerechnet werden.

Ich mache hier gar nicht unbedingt Herrn Lienenkämper verantwortlich, der genau das Geld im Haushalt eingestellt hat, damit die Kommunen auch diese erhöhten Kosten bezahlt bekommen. Genau die 332 Millionen Euro, die Herr Lienenkämper für die Maßnahmen, die Sie versprochen haben, vorgesehen hat, werden von den Fraktionen wieder rausgekürzt, um diese Integrationspauschale weiterleiten zu können. Das ist ein Taschenspielertrick, und damit veräppeln Sie die Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist kein Geschenk, sondern das ist Veräppelung. Ich muss vorsichtig sein und darf das nicht noch schärfer formulieren; sonst würde ich wahrscheinlich eine Rüge bekommen.

Das sind Ihre eigenen Ansprüche, an denen Sie in der Haushaltspolitik immer wieder scheitern. Die Redezeit ist auch viel zu kurz, um all das aufzuzählen, was Sie hier versprochen haben, im Rahmen Ihrer Haushaltspolitik heute aber nicht einhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte das nicht überstrapazieren. Schließlich haben wir es bereits in der ersten Lesung und in der zweiten Lesung alles ausgeführt.

Christian Lindner ist in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages ja in seiner Lieblingsrolle als ewiger Oppositionsführer und kann da immer schön schwadronieren.

(Marc Lürbke [FDP]: Fünf Mal schon! – Dietmar Brockes [FDP]: Das ist schon das fünfte Mal in Ihrer Rede, dass Sie sich auf ihn beziehen!)

Diesmal aber hat er dort aber etwas Richtiges gesagt. Am 12.09.2018 sagte er in der ersten Lesung des Bundeshaushaltes in Richtung der Bundesregierung – hören Sie genau zu –:

„Nachhaltige Haushaltspolitik haben Sie falsch verstanden und unsere Verfassung auch.“

Jetzt folgt der weltbewegende Satz:

„Es gibt keine Pflicht, alles Geld auch wirklich auszugeben. Das ist nicht verantwortliche Finanzpolitik.“

Herr Lürbke, genau das machen Sie aber hier. Sie geben einfach alles Geld aus.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Und dann noch falsch!)

Das hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Weiter sagt er:

„Niemals wäre es leichter, dass sich unser Land neu erfindet. Nichts aber passiert. ... Es wäre möglich, alte Schulden zu tilgen und das Risiko steigender Zinsen zu minimieren, wenn jetzt nicht benötigte Rücklagen und Sondervermögen aufgelöst würden.“

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

In der zweiten Lesung wirft er der Bundesregierung dann zu Recht die hohen konsumtiven Ausgaben und zu wenig Investitionen vor – das habe ich im Übrigen gerade auch getan – und benutzt dazu ein schönes Bild. Er spricht die Regierung an und sagt:

„Sie schaffen Ansprüche, die den Etat zukünftig strangulieren werden, Frau Bundeskanzlerin. Das ist mit Blick auf die weitere Entwicklung gefährlich.“

Es ist wirklich nicht alles schlecht, was Herr Lindner von sich gibt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist immerhin besser als das, was Herr Hofreiter macht!)

Ersetze „Frau Bundeskanzlerin“ durch „Herr Ministerpräsident“; dann stimmt die Sache. Sie halten sich aber nicht an diese Politikvorgaben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie haben einmal mehr bewiesen: In dem Moment, in dem Sie die Regierungsverantwortung haben – ich denke hier an die schönen Oppositionsblasen, die

Herr Lindner immer wieder von sich gegeben hat; er hat sich ja schnell vom Acker gemacht –,

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

entwickeln Sie sich zu dem zurück, was Sie schon immer waren, nämlich zu einer Funktionspartei und zu einem Mehrheitsbeschaffer, der seine eigenen Ansprüche im Übrigen nicht nur im Bereich der Bürgerrechte, sondern auch in der Haushalts- und Finanzpolitik komplett wieder einkassiert und vergisst.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mein Fazit lautet daher: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat keine Antworten auf die entscheidende große Herausforderung der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Wie kann eine Dekarbonisierungsstrategie, eine Strategie ohne Kohleverstromung, für NRW und unsere Industriegesellschaft ohne soziale Brüche und ohne Deindustrialisierung gelingen? Herr Laschet wird gleich auch noch sprechen. Aber ich befürchte und bin mir fast sicher, dass er die Antworten darauf auch heute wieder schuldig bleiben wird. Das ist das größte Problem, Herr Laschet, das wir mit Ihrer Regierung haben.

Auf der bundespolitischen Bühne ist der Ministerpräsident wohl eher für eine parteipolitische Profilierung, nicht aber unbedingt für die Interessen unseres Landes unterwegs.

Zur Vermeidung von Fahrverboten haben Sie nichts Wirksames – zum Beispiel eine verpflichtende Hardware-Nachrüstung – erreicht. Sie zeigen keine klare Kante gegenüber der Autolobby für die Vermeidung von Fahrverboten. Stattdessen gibt es Beschimpfungen von Umweltorganisationen, die Rechte einklagen.

Wenn es Geld für Bildung gibt, lehnen Sie dankend ab, um sich als föderaler Fürst aufzuspielen.

Sie verhindern im Bundesrat Lösungen, mit denen beispielsweise erreicht werden könnte, Tihange vom Netz zu nehmen –

(Ministerpräsident Armin Laschet: Lesen Sie unseren Antrag! Kennen Sie unseren Antrag?)

Stichwort „Brennelementelieferung aus Deutschland“.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Kennen Sie unseren Antrag?)

Dazu lag ein guter Antrag aus Baden-Württemberg vor. Sie verstehen sich doch so gut mit Herrn Kretschmann. Warum haben Sie diesen Antrag nicht mitgetragen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn in dem Moment, in dem es keine Brennelemente mehr aus Deutschland gibt, ist dieser Reaktor ganz schnell vom Netz.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Nein, nein!)

Diese Politik würde mehr bringen, als nach Belgien zu fahren, schöne Fotos zu machen und ohne irgendetwas wieder nach Hause zu kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf Bundesebene sehen wir auch noch keine Erfolge von Ihnen, zum Beispiel dahin gehend, dass Sie Strukturmittel für das Rheinische Revier und im Übrigen auch für das Ruhrgebiet akquirieren konnten. Ich fürchte für Sie, Herr Laschet, dass mit einer solchen Politik wahrscheinlich auch die Kanzlerkandidatur nicht in Sicht ist.

(Zurufe von den Grünen: Oh!)

Wir warten wahrscheinlich bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag auf die Einhaltung der Versprechen aus Ihrem Koalitionsvertrag bezüglich einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Herr Lienenkämper, die heute vernachlässigten Investitionen sind Ihre Schulden von morgen. Dieser Politik werden wir uns entgegenstellen und diesen Haushalt ablehnen. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank an die Kollegen der Grünen für den aufmunternden Beifall, den ich gerade erhalten habe.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Stefan Zimkeit [SPD]: Die eigene Fraktion klatscht nicht!)

– Vielleicht klatscht meine Fraktion hinterher – und die Grünen nicht. Dann hätte ich mein Ziel erreicht.

(Beifall von der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Das sind aber bescheidene Ziele!)

Ich möchte zunächst auf die bemerkenswerte Rede der lieben Kollegin Monika Düker eingehen, die gezeigt hat, wie die Mentalität bei den Grünen, die zumindest umfragemäßig gerade auf einer Erfolgswelle schweben, aussieht. Diese Mentalität ist eigentlich nur, gegen alles in Deutschland und auf dieser Welt zu sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte nur fünf Beispiele nennen.

Frau Düker hat gesagt, die Grünen seien die Partei für Tierschutz. Was ist denn eigentlich mit den Dutzenden und Hunderten von Schafen, die in Nordrhein-Westfalen ausschließlich wegen grüner Politik gerissen werden? Was ist denn mit diesen Tieren? Sind die Ihnen völlig egal?

(Beifall von der FDP)

Was bedeutet für Sie eigentlich Tierschutz? Sie suggerieren den Menschen in Nordrhein-Westfalen, Sie hätten Mitleid mit diesen Tieren. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sorgen dafür, dass sie gerissen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen wünschen sich einen differenzierten Umgang mit Flüchtlingen und mit Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Aber in einem sind sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen einig: Sie wollen, dass Gefährder definitiv und schnell abgeschoben werden. Auch dagegen sind die Grünen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dass Sie gegen Kohle, gegen Mobilität, gegen Infrastruktur und gegen den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen sind, ist alles längst bekannt. Deswegen wurden Sie vor 18 Monaten abgewählt. Aber diese anderen Punkte, nämlich „Gefährder“ und „Tierschutz“, kommen noch hinzu.

Sie empfehlen dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen auch, was er denn in Zukunft werden kann und was nicht. Die Grünen suggerieren, eine neue politische Instanz zu sein.

Ich glaube, Sie sind ein Stück weit überheblich geworden. Sie sollten mal wieder den Boden unter den Füßen erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die erste Rede im Hohen Haus hat heute Morgen der Kollege Thomas Kutschaty gehalten. Er hat den Ministerpräsidenten beschrieben als einen eitlen Menschen, der von Eitelkeiten geprägt ist. Sie haben hinterher auch noch erklärt, was „Eitelkeiten“ denn bedeutet.

Nach Auffassung der FDP-Fraktion haben Sie jegliches Maß verloren. Das spricht für die alte Arroganz mancher Kollegen der SPD.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vier Punkte möchte ich aus Ihrer Rede insgesamt ansprechen und jetzt zu dem zweiten Punkt kommen, nämlich der Barrierefreiheit im Wohnungsbau. Sie haben den Leuten suggeriert, die Koalition aus FDP und CDU sei gegen Barrierefreiheit. Sie wissen doch ganz genau, dass das nicht der Fall ist.

Sie haben doch die langen Streitigkeiten des Kollegen Groschek und der Kollegin Steffens im damaligen Kabinett mitbekommen und gesehen, wie sie sich angegiftet haben, weil der Kollege Groschek gesagt hat: Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen bezahlbaren Wohnraum. Aber wenn wir die Standards zu weit oben aufhängen, sind die Wohnungen nicht mehr bezahlbar. Deswegen wird in Nordrhein-Westfalen auch nicht mehr in Wohnungen investiert.

Nach einem Prozess von langen Monaten hat es dann einen Kompromiss zwischen den Koalitionspartnern von SPD und Grünen gegeben,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Die Landesbauordnung ist bis heute noch nicht in Kraft!)

den Herr Groschek mit aller Macht erkämpft hat. Im Grunde genommen hat er genau die gleiche Position vertreten, die CDU und FDP bezüglich der Barrierefreiheit im Wohnungsbau vertreten.

Sie haben sich damals über die Grünen aufgeregt und greifen uns heute an, weil wir Ihre eigene Politik umsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Britta Alenkamp [SPD]: Ihr setzt gar nichts um! Das ist das Problem!)

So sorgen wir auf der einen Seite für sinnvolle Barrierefreiheit und auf der anderen Seite für angemessenen Wohnraum. Das ist eine rationale Wohnungsbaupolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben gerade die Rückabwicklung der Privatisierung der LEG gefordert. Sie waren selbst im Kabinett: Sie hätten das sieben Jahre lang tun können. Das haben Sie aber nicht gemacht, weil auch Sie zwei Dinge ganz genau wissen.

Was das Erste angeht, bin ich mit Ihnen einverstanden. Auch mich überzeugen nicht alle privaten Player auf dem Wohnungsmarkt. Einige Geschäftsmodelle kann ich nicht richtig verstehen.

Aber – das ist das Zweite – die LEG ist in Nordrhein-Westfalen und mittlerweile in ganz Deutschland wirklich das Erfolgsmodell auf dem Wohnungsmarkt schlechthin. Deshalb haben Sie in Ihrer Regierungszeit dieses Erfolgsmodell natürlich nicht rückabgewickelt, sondern es sogar unterstützt.

Heute sind das nur Phrasen, um irgendwie irgendwelche Wählerschichten zurückzugewinnen. Mit einer unseriösen Politik wird Ihnen das aber nicht gelingen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dritter Punkt: Zum Thema „Stichwahl“ wurde ich direkt angesprochen. Die FDP-Fraktion hat sich natürlich die Kommunalwahl 2014 genau angesehen. Wir haben uns in jeder Stadt angeschaut, wie hoch denn

die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang war. Kollege Löttgen hat Ihnen das vorhin schon vorgestellt. Daraufhin haben wir den gesamten Sachverhalt noch einmal neu bewertet.

Natürlich ist die FDP-Landtagsfraktion nicht beratungsresistent. Wenn sich neue Fakten und neue Daten ergeben, werden wir das beobachten und sind auch bereit, zu vernünftigen Entscheidungen zu kommen und alte Entscheidungen selbstverständlich zu überdenken. Das machen Sie doch auch.

Aber eines kann ich Ihnen für diese FDP-Landtagsfraktion versichern: Meine Kolleginnen und Kollegen haben nur einen Grund, zu handeln und zu überlegen, nämlich ihre eigene innere Überzeugung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vierter und letzter Punkt zu Herrn Kutschaty: Sie sprachen mich und die FDP an und sagten, wir müssten aufpassen, als Koalitionspartner nicht unterzugehen, weil wir von unserem Koalitionspartner vielleicht nicht angemessen behandelt würden.

Herr Kutschaty, ich kann gut verstehen, dass Sie das ansprechen. Denn Sie haben das ja sieben Jahre lang erlebt. Sieben Jahre lang sind Sie an den Kollegen der Grünen gescheitert,

(Beifall von der FDP und der CDU)

weil die Ministerpräsidentin am Ende immer die Minister der Grünen gedeckt hat und nie die Minister der SPD.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist zu viel der Ehre!)

Für die SPD kam dann noch die Krux hinzu, dass die eigentlichen Stammwähler der SPD abgewandert sind und andere Parteien gewählt haben, weil sie die Politik von Remmel und Löhrmann nicht mehr wollten. Die Grünen haben sie auch nicht gewählt; die hatten ein miserables Ergebnis. Aber weil die SPD eine Remmel-und-Löhrmann-Politik gemacht hat, haben sie die SPD verlassen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von Arndt Klocke [GRÜNE] und Thomas Kutschaty [SPD])

Ich habe eben schon gesagt, dass die FDP beim Thema „Stichwahl“ lernfähig ist. In diesem Fall haben wir sogar – ich gebe zu: das sind immer nur Einzelfälle – von den Kollegen der SPD gelernt. Machen Sie sich also keine Sorgen um diese FDP-Landtagsfraktion.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Erzähl doch mal, was ihr machen wollt!)

Wir werden gegenüber unserem Koalitionspartner auch in der öffentlichen Wahrnehmung niemals untergehen.

Ein Beispiel dafür, wie wir als CDU und FDP mit den Ministerinnen und Ministern reibungslos zusammenarbeiten, ist das Polizeigesetz. Was wurden wir noch bei der Einbringung ein Stück weit kritisiert, das ginge nicht wirklich in die richtige Richtung!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Von Burkhard Hirsch!)

Ich habe Ihnen schon damals versprochen: Wir werden am Ende ein Papier auf den Tisch legen, das für viele zustimmungsfähig ist.

Herr Zimkeit, Sie haben recht: Wir sind auch von Burkhard Hirsch kritisiert worden.

Wo machen Sie sich denn noch Sorgen, dass diese FDP-Landtagsfraktion nicht stattfindet, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jetzt sind schon neun Minuten um. Nach neun Minuten für die Kollegin Düker und den Kollegen Kutschaty komme ich nun zu dem eigentlichen Thema, dem Haushalt 2019.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das wird auch mal Zeit! – Gegenruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Ich kann mir gut vorstellen, Herr Klocke, dass das aus Ihrer Sicht Zeit wird.

Die dritte Lesung ist immer auch eine Gelegenheit, zum Jahresende Bilanz zu ziehen. Das Jahr 2018 war für Nordrhein-Westfalen ein gutes Jahr.

Wir haben Entfesselungspakete auf den Weg gebracht, die allseits gelobt werden – übrigens nicht nur von mit CDU und FDP befreundeten Verbänden, sondern auch von Betriebsräten und Gewerkschaften.

Wir haben G9 nach vorne gebracht.

Wir haben Talentschulen auf den Weg gebracht – mit einem Zuspruch, mit einem Interesse, das wir nie erwartet hätten.

Wir haben das Schulfach Wirtschaft auf den Weg gebracht.

Wir stärken die innere Sicherheit.

Wir gehen konsequent gegen Gefährder vor.

Wir nehmen richtig Tempo bei der Digitalisierung auf.

Und wir machen eine ganz solide Haushaltspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nordrhein-Westfalen kann also mit Stolz auf das Jahr 2018 zurückblicken. Das war ein Jahr des Fortschritts. Genau in diesem Stil wird diese Regierung auch im Jahr 2019 weitermachen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Früher war die Politik einer Koalition von Konflikten geprägt; das war bei Rot-Grün der Fall. Heute ist es so, dass die neue Koalition von CDU und FDP nach Lösungen sucht und Lösungen findet – übrigens Lösungen, die erstens bei den Menschen ankommen und zweitens Nordrhein-Westfalen stark machen und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt ist der Koalition und auch mir persönlich sehr wichtig – gerade in Zeiten, in denen immer von einer Spaltung die Rede ist. Wir erleben Spaltungen in den USA und in vielen anderen Ländern.

Übrigens: Der Vorsitzende der NRW-SPD, Sebastian Hartmann, der heute schon mehrfach bemüht wurde, sprach sogar von einer Spaltung der CDU mit Blick auf das Wahlergebnis der neuen Bundesvorsitzenden – weit übertrieben und nicht richtig nachgedacht. Wie knapp sah denn das Wahlergebnis von Herrn Kutschaty bei der Wahl des Vorsitzenden der SPD-Fraktion aus? Knappe Wahlergebnisse sind also nicht immer etwas Schlechtes. Man muss nur aufpassen, wenn man einen anderen kritisiert und selber im Glashaus sitzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir erleben aber auch viele weitere Spaltereien der SPD – in der Energiepolitik hier Schulze, da Kutschaty; dann Kutschaty immer wieder gegen Hartmann, also sogar innerhalb von Nordrhein-Westfalen; dann die NRW-SPD gegen Andrea Nahles.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ist das langweilig! – Gegenruf Henning Höne [FDP]: Gehen Sie doch raus!)

Der Politikansatz dieser Koalition ist ein anderer. Wir suchen nach gemeinsamen Lösungen. Diese gemeinsamen Lösungen finden sich auch im gesamten Haushalt des Jahres 2019 wieder: generationengerechte Haushaltspolitik, aber verbunden mit klugen Zukunftsinvestitionen, sozialer Ausgleich mit guten Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung, eine Ergänzung und kein Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie sowie unser Ansatz der Verbindung von Freiheit und Sicherheit.

Viele Menschen haben uns gesagt, Freiheit und Sicherheit könne man gar nicht miteinander verbinden; das sei ein Widerspruch. Das Gegenteil ist der Fall. Beides ist voneinander abhängig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir sorgen für eine generationengerechte Haushaltspolitik mit klugen Zukunftsinvestitionen und Entlastungen – also nicht mehr Schulden machen, wie das hier jahrelang der Fall war, sondern sogar Schulden

tilgen und, wie sich das für einen guten Kaufmann gehört, mit den Einnahmen, die man jährlich hat, am Jahresende auch auskommen. Das ist die solide Finanzpolitik dieser Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist übrigens auch die gerechte Politik mit Blick auf Generationengerechtigkeit.

Generationengerechtigkeit hat im Wahlprogramm der SPD noch niemals stattgefunden. Ansonsten könnten Sie heute nicht wieder alles versprechen, was Wählerinnen und Wähler gerne hören wollen: Straßenbaubeiträge, diese kommunale Aufgabe, soll mal eben das Land übernehmen – ohne Wenn und Aber, ohne Gegenfinanzierung. Lehrerbesoldung soll mal eben über den Landeshaushalt gelöst werden – ohne Gegenfinanzierung. Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, genau.

Sie müssen sich selber überlegen, ob Sie die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen mit so einer widersprüchlichen und unseriösen Finanzpolitik zurückgewinnen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich habe da eine Ahnung: Das wird Ihnen nicht gelingen. Doch Sie werden es selbst erleben. Ich kann Ihnen nur empfehlen – ich habe ja heute Morgen auch schon Ratschläge bekommen –, sich vielleicht noch einmal zu überlegen, ob diese Strategie so klug ist.

Wir geben die Integrationspauschale eins zu eins weiter.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Taschenspielertricks!)

Viele von Ihnen haben nicht erwartet, dass wir diesen Schritt zur dritten Lesung vollziehen. Zur ersten Lesung haben wir das noch nicht getan. Aber die kommunale Familie erhält in Nordrhein-Westfalen so viel Geld, wie sie noch niemals in der Geschichte des Landes erhalten hat.

(Beifall von der FDP und der CDU – Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Noch nie standen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen finanziell so gut da wie im Haushaltsjahr 2019, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeder dritte Euro des Landeshaushalts geht an die Kommunen. Das spricht für sich.

Wir haben uns auch für die Verdoppelung des Dorferneuerungsprogramms eingesetzt. Stephen Paul, unser baupolitischer Sprecher, hat sich auch dafür eingesetzt. Da passiert vor Ort richtig etwas – gerade in den kleinen Kommunen und nicht nur in Ihren gro-

ßen Städten an Rhein und Ruhr, für die wir auch sorgen und die dafür dankbar sind. Aber auch in ländlichen Regionen kann man über dieses Programm gut investieren und Bürgerengagement belohnen. Deswegen war es genau richtig, diesen Betrag zu verdoppeln.

Wir investieren in Zukunft. Zukunft heißt für mich in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen Bildung. Wir investieren richtig in Bildung. 19 Milliarden Euro des Landeshaushalts gehen dort hinein.

Wie ich eben schon gesagt habe, ist der Zuspruch für die Talentschulen enorm.

(Marlies Stotz [SPD]: 60 %! Ein Tautropfen!)

Damit hat doch kein Mensch gerechnet – Sie am allerwenigsten. Dass Sie das Thema trotzdem schlechtreden, ist ja Ihrer Oppositionsrolle geschuldet. Manchmal wäre es auch seriös, gute Geschichten, gerade für das Ruhrgebiet, auch einmal zu loben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben mit Yvonne Gebauer eine Schulministerin in Nordrhein-Westfalen, die sich in fast allen Bereichen von den Vorgängerinnen unterscheidet: inhaltlich, konstruktiv, bringt etwas auf den Weg, bindet die unterschiedlichen Gruppen ein. Wissen Sie, wozu das führt? Das ist eben der große Unterschied. Die Schulministerinnen vorher waren alle unbeliebt. Jetzt gibt es auf einmal eine beliebte Schulministerin in Nordrhein-Westfalen.

(Lachen von Marlies Stotz [SPD])

Wenn das keinen Beifall wert ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, was sonst?

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Er muss ansagen, wenn geklatscht werden soll!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass Inklusion tatsächlich umgesetzt wird, und haben deswegen einen völlig anderen Ansatz gewählt. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die besten Förderschulen der Welt. Es war eine völlig verrückte Idee, dass die alte Regierung einen Plan erarbeitet hat, nach dem alle Förderschulen in Nordrhein-Westfalen auflösen sind. Völlig verrückt!

(Marlies Stotz [SPD]: Das hat doch niemand gesagt! – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie wissen doch, dass das nicht wahr ist! – Marlies Stotz [SPD]: Unterstellung! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist Unfug, das ist Unfug, das ist Unfug! Das ist Quatsch!)

Wir sorgen dafür, dass es flächendeckend in Nordrhein-Westfalen weiterhin ein Angebot an Förderschulen gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie uns nicht glauben, dann glauben Sie doch einfach den Wählerinnen und Wählern. Denn die haben darüber abgestimmt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben im Haushaltsjahr 2018 für gut 300 Stellen im Bereich der multiprofessionellen Teams gesorgt und werden im kommenden Haushaltsjahr für weitere fast 300 Stellen in diesem Bereich sorgen. Das kommt sehr gut an. Auch hier gibt es also fast eine Verdoppelung.

Wir führen nach einem klaren Konzept das Schulfach Wirtschaft ein.

(Marlies Stotz [SPD]: Das wollen alle!)

Das stieß bei der SPD natürlich auch auf riesige Kritik. Die Kollegen der SPD fragen sich: Was will ein normaler Mensch in Nordrhein-Westfalen mit ökonomischem Sachverstand?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist Schule!)

Wir sind der Auffassung, dass für das ganz normale alltägliche Leben dieser ökonomische Sachverstand fast lebenswichtig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Er ist notwendig, um das eigene Leben aufzubauen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Digitalisierung in den Schulen stellt uns vor eine ganz besondere Herausforderung. Wir sind uns sicher, dass Land und Kommunen das nicht alleine schaffen. Heute wurde von der Opposition sogar unser Koalitionsvertrag zitiert, in dem es darum geht, wie sich der Bund im Bereich der Bildung auch bei der Finanzierung und aus Sicht der FDP gerne auch im Bereich Qualität in Zukunft beteiligen soll.

Wir brauchen diese 1 Milliarde Euro für Nordrhein-Westfalen aus dem Digitalpakt schnell. Sie ist notwendig. Wir sind uns auch sicher, dass diese 1 Milliarde Euro für NRW und die 5 Milliarden Euro bundesweit schon in absehbarer Zeit nicht ausreichen werden. Wir werden noch mehr Geld vom Bund benötigen, um diese gewaltige Aufgabe in allen Bundesländern, aber auch in Nordrhein-Westfalen stemmen zu können.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Auf der anderen Seite hat der Deutsche Bundestag dafür gesorgt, dass plötzlich große finanzielle Verpflichtungen zum Beispiel in allen Bereichen der Strukturförderung auf die Länder zukommen. Das können die Bundesländer nicht stemmen. Das können sie wirklich nicht stemmen. Aber trotzdem brauchen wir diesen Digitalpakt so schnell wie möglich – absolut so schnell wie möglich.

(Beifall von der FDP)

Um das noch einmal klarzustellen: Diese enormen finanziellen Belastungen, die im Deutschen Bundestag beschlossen worden sind – auch mit den Stimmen der FDP-Bundestagsfraktion –, waren definitiv – und das ist allgemein bekannt – nie das Ziel der FDP-Bundestagsfraktion. Vielmehr kamen diese Ziele aus anderen Fraktionen. Hinterher ist es dann zu einem Kompromiss gekommen. Das war nie das Ziel der FDP – um hier keine Legenden zu bilden.

Die FDP ist in Nordrhein-Westfalen, im Bund und in anderen Bundesländern im Bereich „Digitalisierung und Schulen“ glasklar und einheitlich aufgestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP)

Um das klarzustellen – wir werden hier ja morgen die Debatte noch einmal im Detail führen –: Es gibt volle Rückendeckung von mir und von der FDP-Landtagsfraktion für die Enthaltung von Yvonne Gebauer bei der KMK. Wirklich volle Unterstützung!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das duale System der beruflichen Ausbildung war dieser Koalition immer wichtig. Es ist auch wichtig. Wir haben schon bei den Ausführungen der Enquetekommission zur Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen – Vorsitzender war seinerzeit Ralph Bombis – gesehen, wie wichtig dieser Bereich ist. Gerade bei den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen gibt es einen gewaltigen Bedarf an Sanierung, an Instandsetzung, aber auch an Neubau und an modernen Entwicklungen, die endlich einmal realisiert werden müssen.

Dafür stand ein Betrag von 4 Millionen Euro in der ersten Lesung des nordrhein-westfälischen Haushalts zur Verfügung. Die Fraktionen von CDU und FDP – ich bin den Kollegen der CDU dafür dankbar – haben diesen Betrag auch mal eben verdoppelt – von 4 Millionen Euro auf 8 Millionen Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist eine sehr gute Botschaft an diese Ausbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wissen alle um die große Bedeutung der frühkindlichen Bildung und der Sicherung der Kindergärten in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein zentrales Thema des stellvertretenden Ministerpräsidenten Joachim Stamp. Wir haben jetzt noch einmal die Übergangsförderung in einer Größenordnung von 450 Millionen Euro gesichert,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Der Bund hat sie gesichert! – Marlies Stotz [SPD]: Bundesgelder!)

womit wir dann das Kindergartenjahr 2020/2021 erreichen, damit wirklich kein Kindergartenplatz und

kein Kindergarten in Nordrhein-Westfalen verloren gehen.

Wir erinnern uns doch an das Jahr 2014 – also nicht nur an diese Landtagswahl und deren Ergebnisse, sondern an die Wochen und Monate davor – und die Hilferufe gerade aus dem Ruhrgebiet, also eigentlich dem Gebiet der SPD. Damals gab es die Hilferufe von Kindergärten freier Träger, die gesagt haben: Wir können unsere Einrichtung nicht mehr finanzieren. Das Geld fehlt.

Die Finanzflüsse wurden sieben Jahre lang nicht angepasst.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch falsch! Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden!)

– Sie haben es heute noch nicht kapiert. Vor allem haben Sie es Ihren Leuten im Ruhrgebiet nicht erklären können, Herr Zimkeit. Deswegen haben sie auch nicht die SPD gewählt.

(Beifall von der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie müssen mich nicht über das Ruhrgebiet belehren!)

Wir als NRW-Koalition haben allerdings diese Hilferufe gehört. Wir haben sofort im Nachtragshaushalt 2017 geholfen, haben jetzt wieder die Übergangsförderung gesichert und werden mit einem neuen Kinderbildungsgesetz dafür sorgen, dass hier Klarheit, Wahrheit und Sicherheit gegenüber den freien Trägern von Kindergärten sichergestellt sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Haushalt verbindet für uns auf der einen Seite sozialen Ausgleich und auf der anderen Seite aber auch gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung. Wir haben im Bereich der Wirtschaft im ganzen Land nach wie vor Aufholbedarf, damit wir das Niveau anderer Bundesländer erreichen und langsam mit in die Spitzengruppe aufsteigen können.

Deshalb setzen wir auf die richtigen Rahmenbedingungen, zum Beispiel auf einen neuen Landesentwicklungsplan. Der alte LEP war ja schon wieder so eine Remmel-Geschichte. Er hat gerade im ländlichen Bereich die wirtschaftliche Entwicklung fast zum Erliegen gebracht. Zusätzlich hat er viele große Industrie- und Gewerbeparks auch im Ruhrgebiet gefährdet und dafür gesorgt, dass sich nichts entwickeln konnte. Auch dafür wurden Sie abgestraft.

Wir haben einen neuen LEP auf den Weg gebracht, der genau diese Fehler vermeidet und eine wirtschaftliche Entwicklung – auch eine wohnwirtschaftliche Entwicklung – in Nordrhein-Westfalen zulässt, die dem Wirtschaftsstandort und den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben uns die Weiterentwicklung und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur vorgenommen. Das ist ein wichtiges, zentrales Thema, das bundesweit und auch in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte vernachlässigt worden ist. Umso wichtiger ist, dass wir dort jetzt tätig werden.

Wir haben hier zur dritten Lesung seitens der Fraktionen noch einmal 5 Millionen Euro mehr für Straßen, für Brücken, für die Binnenschifffahrt und übrigens auch für NE-Bahnen, also nichtbundeseigene Eisenbahnen, zur Verfügung gestellt.

Die Kollegen der Grünen tun immer so, als wären sie für Schienenverkehre, für Eisenbahn, weil das angeblich die gute Mobilität ist. Aber die Förderung, die es schon von 2005 bis 2010 unter Schwarz-Gelb für die NE-Bahnen gab – sie wurde damals eingeführt –, haben Sie 2011 wieder beendet und nur noch in die Deutsche Bahn AG und deren Infrastruktur investiert. Was ist das für eine Botschaft? Das ist wieder der Glaube: Staatsunternehmen können alles, Privatunternehmen können nichts. – Auch da hat Ihnen immer die richtige Balance gefehlt.

Wir haben die richtige Balance, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen fördern wir natürlich auch die Infrastruktur bei den NE-Bahnen, weil sie gerade in Nordrhein-Westfalen und insbesondere auch in Niedersachsen sehr wichtig sind.

Es ist also ein Trugschluss, zu glauben, Grüne und Schienenverkehr seien ein Paar Schuhe und gehörten immer zusammen. Dieses Beispiel beweist: Da sind große Gegensätze auch in der Schienenverkehrspolitik zwischen dem Thema „Schiene“ und den Grünen vorhanden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir stellen 130 Millionen Euro zusätzlich für Digitalisierungsprojekte in diesem Haushalt zur Verfügung. Mit der Kompetenzplattform „Künstliche Intelligenz“, mit dem Mobilfunkpakt, mit der Beschleunigung des 5G-Ausbaus bringt Andreas Pinkwart, unser Wirtschafts-, Energie- und Digitalisierungsminister, unser Land nach vorne. Das ist auch ein ganz wichtiger Standortfaktor von Nordrhein-Westfalen.

Auf der anderen Seite – ich habe es eingangs mehrfach genannt – ist für diese Koalition, auch für Bodo Löttgen und mich persönlich, das Thema „soziale Gerechtigkeit“ ein ganz, ganz wichtiges. Zahlreiche soziale Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen haben gerade diese Regierung von Schwarz-Gelb für die haushaltspolitischen Ansätze im Jahr 2018 im Bereich der Sozialpolitik ausdrücklich gelobt. Ich weiß, wie weh Ihnen das tun muss. Herr Zimkeit behauptet immer das Gegenteil, ohne es allerdings begründen zu können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin froh darüber, dass ich für unsere Sozialpolitik nicht von der SPD und von den Grünen gelobt werde, sondern von den Sozialverbänden, von all den Institutionen, die auf diesem Markt unterwegs sind. Es freut mich, dass sie uns loben. Das beweist mir: Diese NRW-Koalition ist im Bereich soziale Gerechtigkeit, Sozialpolitik auf dem richtigen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Selbstsuggestion ist das!)

Ich habe mir gerade überlegt – Herr Zimkeit hat sich gerade wieder gemeldet –: Was versteht denn die SPD unter Sozialpolitik? Häufig haben SPD und Grüne versucht, Sozialpolitik gegen andere, gegen Mittelstand, gegen Handwerk, gegen Industrie in Stellung zu bringen. Hier Sozialpolitik, und dann wurde ein Widerspruch konstruiert. – Völliger Unsinn, liebe Kolleginnen und Kollegen. Neid schüren ist noch nie eine gute Sozialpolitik in unserem Land gewesen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist weder klug noch hilfreich, nicht einmal hilfreich für die SPD als Partei in Nordrhein-Westfalen.

Wir machen es anders. Wir schüren keinen Neid, wir reden mit allen Partnern, ob aus Industrie, aus Mittelstand, aus Verbänden, aus Gewerkschaften, über eine vernünftige Sozialpolitik. Die Sozialpolitik wird bei uns nicht am grünen Tisch in den Koalitionen oder im Ministerium entworfen, sondern in Gesprächen mit allen Beteiligten. Deshalb kommt diese Sozialpolitik auch gut an, weil sie nämlich die Interessen der Beteiligten berücksichtigt. Wir geben so viel Geld für Familie, für Kinder, für viele andere Bereiche aus, wie es Rot-Grün in den Jahren zuvor niemals getan hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir stellen in dritter Lesung wieder mehr Geld zur Verfügung für die Wohlfahrtspflege, für die Hilfe von Wohnungslosen, für Digitalisierung im Gesundheitswesen, also für eine schnelle Hilfe von kranken Menschen. Wir stärken mit der dritten Lesung noch einmal die Verbraucherzentrale, die uns ja auch – so Herr Schuldzinski – ausdrücklich für unsere Politik lobt. Wir werden diese kluge Sozialpolitik auch im Jahr 2019 und in den Jahren darüber hinaus fortsetzen.

Ich habe heute im „Westfälischen Anzeiger“ ein Interview von Herrn Zimkeit – mit Foto – gelesen. Dort fordert er zusätzlich noch 100 Millionen Euro für Kindergärten. Noch einmal ausdrücklich die Frage an Sie: Wo waren Sie im Jahr 2017, als die Kindergärten im Ruhrgebiet bettelten, weil sie keinen Cent mehr in der Tasche hatten? Wo waren Sie zu dieser Zeit mit

Ihren Geldversprechungen? Warum haben Sie damals nicht Ihre Aufgabe erfüllt, diesen Kindergärten tatsächlich zu helfen?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damals nichts zu tun und heute das Gegenteil zu fordern, ist unglaubwürdig und unseriös, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vierter Punkt. Wir bringen Ökologie und Ökonomie wieder in Einklang.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ach, nein! Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Frau Düker sprach eben von der UN-Klimakonferenz in Kattowitz. Das stand auch bei Ihnen auf dem Zettel. Sie sind nur wieder, wie die Grünen das immer tun, bei diesem Thema sehr einseitig vorgegangen. Es gibt drei Leitmotive für diese UN-Klimakonferenz in Kattowitz. Das sind: erstens Technologie, zweitens Mensch, drittens Natur.

Es ist also eine sehr ausgleichende Politik bei dieser Klimakonferenz, was die Interessen der ganzen Welt betrifft; sie ist deckungsgleich mit der Politik dieser NRW-Koalition in unserem Land. Dort geht es nicht nur einseitig um Natur, sondern die Interessen von Technologie, Mensch und Natur werden miteinander verbunden. Das machen gerade die Kolleginnen und Kollegen dort in Polen.

Heute mussten wir uns wieder diese einseitige Vorgehensweise von Frau Düker und von Bündnis 90/Die Grünen anhören. Das ist der große Unterschied zur alten Regierung: Bei der alten Regierung gab es keinen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen. In der Interessenskala standen seinerzeit Ökologie, Umwelt ganz oben, und die anderen Interessen wie wirtschaftliche Entwicklung und auch der Mensch standen ganz unten.

Die NRW-Koalition sorgt auch hier wieder für die richtige Balance. Elementar wichtig für die Entwicklung von Nordrhein-Westfalen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte ist, dass wir diese Themen wieder auf einen Nenner bringen und sie gleichermaßen bedienen. Nur so bringt man Nordrhein-Westfalen nach vorne.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wissen ganz genau: Wir können diese Aufgaben nur lösen, wenn wir dazu den technologischen Fortschritt nutzen. Deswegen investieren wir wie keine Koalition zuvor in Energieforschung, in innovative Antriebe, in Energieeffizienz. Vielleicht eine Zahl dazu: 82 Millionen Euro – das ist die Summe, mit der die Mittel für den Schwerpunkt der Energie- und Klimaschutzpolitik im Haushalt auf insgesamt 126 Millionen Euro nahezu verdreifacht werden. Wir geben also für das Ziel Energie- und Klimaschutzpolitik dreimal so viel Geld aus wie vorher Rot-Grün. Und da machen Sie uns noch einen Vorwurf, Frau Düker,

dass wir uns nicht um Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen kümmern? Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die polnische Präsidentschaft in Kattowitz verbindet übrigens das Motiv „Mensch“ explizit mit der Solidarität der Menschen, die vom Strukturwandel betroffen sind. Das wurde ausführlich in mehreren Reden dort gesagt.

Übrigens fehlt diese Solidarität bei den kriminellen Gruppen, die im Hambacher Forst unterwegs sind und Mitarbeiter von RWE und Polizisten anpöbeln, verletzen und angreifen. Meine Damen und Herren, für diese Auffassung von Solidarität fehlt mir jegliches Verständnis.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der AfD)

Ebenso fehlt mir in diesem Zusammenhang jegliches Verständnis für die Nähe der Grünen zu diesen Gruppierungen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der AfD)

Ich erinnere mich noch gut an die Reden in den Jahren 2015 bis 2017 – 2016 und 2017 stärker als zuvor –, in welchen die Minister Duin und Groschek hier im Parlament von einer Durchgrünung des Landes sprachen; und zwar natürlich mit Blick auf den Koalitionspartner, von dem sie sich untergebuttert fühlten, aber auch mit Blick auf dessen Netzwerke. Die SPD ist in diesen etwa zwei Jahren massiv gegen diese grüne Politik vorgegangen, nachdem sie es zuvor fünf Jahre lang in jeglicher Art und Weise versäumt hatte.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von
der CDU)

Mittlerweile macht die SPD offensichtlich schon wieder einen Kurswechsel. Am Montag fand in Köln eine gemeinsame Veranstaltung von SPD-Landtagsfraktion und Deutscher Umwelthilfe statt. – Was soll das denn angesichts der Worte der Minister Duin und Groschek für eine Botschaft sein? Jochen Ott und andere machen eine gemeinsame Veranstaltung mit den Kollegen der Deutschen Umwelthilfe. – Damit sendet die SPD meiner Auffassung nach wieder eine völlig widersprüchliche Botschaft. Das habe ich heute wohl schon ein Dutzend Mal erklärt.

(Beifall von der FDP, der CDU, Herbert
Strotebeck [AfD] und Nic Peter Vogel [AfD])

Unser Energieminister arbeitet in der WSB-Kommission in Berlin ganz anders: zielstrebig, zielorientiert und verlässlich. Er steht übrigens in engster Absprache mit den Gewerkschaften – Michael Vassiliadis und andere – und mit Betriebsräten in Nordrhein-Westfalen, um die Interessen Nordrhein-Westfalens durchzusetzen. Das ist elementar wichtig – auch für die Strukturförderung in verschiedenen Bereichen.

Das ist oft schwierig, und wir sind gespannt, welches Ziel wir erreichen werden, aber die Zukunftschancen und die Perspektiven für Nordrhein-Westfalen stehen für uns im Vordergrund.

Fragen Sie die Kollegen in den Betriebsräten der betroffenen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen – auch in der energieintensiven Industrie – und die Gewerkschaften, wer in dieser sogenannten Kohlekommission denn ihr verlässlicher Partner ist! Wenn Sie fragen, ob es die SPD ist – Frau Schulze und all die anderen –, dann wird gerufen: Nein, die sind es nicht! – Wer ist es denn? – Dann kommt die klare Antwort: Die FDP, die NRW-Koalition, Andreas Pinkwart – das sind die verlässlichen Partner für Arbeitsplätze und für die Sicherung der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von
der CDU)

Die richtige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie ist also von zentraler Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben gerade die SPD – obwohl Duin und Groschek sich gewehrt haben – für einen völlig überzogenen ökologischen Ansatz in den vergangenen Jahren abgestraft. Daraus sollte die SPD und daraus sollten wir alle lernen, dass wir in keinem Politikfeld völlig überziehen sollten – auch nicht im Bereich der Umweltpolitik und der Ökologie.

Die internationale Klimakonferenz richtet übrigens den Fokus auf weltweiten Klimaschutz und auf weltweite Klimapolitik. Schon seit vielen Jahren sagt sie, dass wir Probleme, die das weltweite Klima betreffen, nicht in einem einzigen Land, einem einzigen Bundesland oder vielleicht sogar einem einzigen Landkreis in Nordrhein-Westfalen lösen können. Nein, es bedarf weltweiter und kontinentaler Lösungen und Projekte.

Eine rein nationale Betrachtung widerspricht übrigens dem Geist der UN-Klimakonferenz völlig. Deshalb ist es auch sehr fragwürdig, was für eine massive und einseitige Umweltpolitik sieben Jahre lang in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Frau Düker, Sie haben sich vorhin selbst entlarvt. Sie sprachen von Kattowitz und von umweltpolitischen Zielen, und davon, dass alle anderen dafür nichts täten, und im selben Atemzug nannten Sie die Umfragewerte der deutschen Parteien und Ihrer eigenen Partei.

(Monika Düker [GRÜNE]: Nein, nicht der Parteien!)

Das zeigt doch das Motiv Ihrer Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan
Zimkeit [SPD]: Darum geht es doch gar nicht!)

Das sind rein nationale Energiekonzepte, die weltweit nicht helfen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie müssen mal zuhören! Das war eine Umfrage zum Klimaschutz, nicht zu den Parteien! Sie zitieren das falsch! Hören Sie doch mal zu!)

Aber Ihren Umfragewerten hilft es, weil Sie den Leuten Angst machen, aber keine Lösungen anbieten. Deshalb unterstützen die Leute Sie aktuell.

Wir haben das nach Fukushima schon einmal erlebt. Damals sind Sie den gleichen Kurs gefahren, und damals waren die Umfragewerte für einige Zeit sogar noch höher als heute. Dann haben die Menschen aber erkannt, was hinter dieser Politik der Grünen tatsächlich steckt und was Sie tatsächlich wollen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Darum geht es doch gar nicht!)

– Doch, den Menschen, die das erkannt haben, ging es genau darum. Sie haben erkannt, dass das alles nicht zusammen passt, was Sie ihnen erzählen und was Sie letztendlich tun. Deshalb haben sich damals irgendwann die Umfragewerte wieder normalisiert. Ich habe eine Ahnung, dass dies in den nächsten Monaten und Jahren auch wieder der Fall sein wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die NRW-Koalition ist eine Koalition des ökologischen Fortschritts und der ökonomischen Vernunft. Wir verbinden es miteinander, und das ist gut für Nordrhein-Westfalen.

Der nächste Punkt: Wir verbinden Freiheit und Sicherheit – ich habe es eingangs schon gesagt. Wenn wir über die innere Sicherheit sprechen, dann sollten wir uns zunächst bei allen Menschen bedanken, die sich in diesem Bereich einsetzen und teilweise übel dafür beschimpft werden und Verletzungen davontragen: den Polizistinnen und Polizisten, den Rettungskräften, der Justiz; allen Menschen, die in diesen Bereichen tätig sind. Sie verdienen unsere vollste Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Marc Lürbke [FDP]: Da kann man ruhig mal klatschen! – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Diese Wertschätzung spiegelt sich auch in diesem Haushalt wider: bei der Ausstattung der Polizei, bei Aufstockungen für die Justiz und bei den Polizeianwärterstellen. Wir kommen nun auf einen Wert von 2.500 Polizeianwärterstellen. Ich möchte einmal rekapitulieren, wie es in den Jahren 2000 bis 2005 aussah: Damals gab es eine Regierung von SPD und Grünen, und in einem gewissen Zeitraum wurden die Polizeianwärterstellen von 1.000 auf 500 reduziert.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das stimmt überhaupt nicht! – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Das war in der Regierungszeit von Steinbrück und Clement und unter Rot-Grün. Es war der niedrigste Wert an Polizeianwärterstellen in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Nun sind es wieder 2.500 Stellen, und das ist eine gute Botschaft für die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen und für die Polizistinnen und Polizisten in diesem Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Gleichzeitig benötigt die Polizei natürlich moderne rechtliche Rahmenbedingungen. Damit komme ich zum Thema „Polizeigesetz“. Der ausdrückliche Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen der SPD, die in vielen Gesprächen mit uns allen sehr konstruktiv zusammengearbeitet haben. Am Ende haben wir etwas Gutes auf den Tisch gelegt – mit Minister Dr. Joachim Stamp, mit Minister Herbert Reul, mit den Fraktionsvorsitzenden Herrn Kutschaty, Herrn Löttgen und meiner Person; aber eben auch mit den Innenpolitikern wie Marc Lürbke und den Kollegen der anderen Fraktionen.

Das Gesetz kann sich sehen lassen. Ich habe den Eindruck, dass es mit Sicherheit eine deutschlandweite Vorbildfunktion einnehmen wird. Noch einmal herzlichen Dank dafür.

Als ich dann, Herr Kutschaty, von Ihrer Pressekonferenz gehört habe, hatte ich hinterher den Eindruck, dass ich im Vorfeld nicht bei allen Gesprächen dabei war; denn ich fand mich da manchmal nicht wieder. Aber Schwamm drüber, alles in Ordnung, das gehört zum Geschäft dazu.

(Zuruf von der SPD)

Aber, was machen die Kolleginnen und Kollegen der Grünen? Was machen sie?

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Profilierungsversuche auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Reine Profilierungsversuche! Sie wollen im Haushalt weniger Mittel für die Polizei für Bodycams und keine Mittel für Fußfesseln für Gefährder. Nicht für irgendwelche Personen, für irgendwelche Leute, die sich mit irgendeinem Delikt auseinandersetzen müssen, sondern Fußfesseln für Gefährder in Nordrhein-Westfalen, also für wenige Menschen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Fußfesseln für alle Personen, gucken Sie doch mal ins Gesetz!)

Es gibt den Grundkonsens in unserem Land, in Nordrhein-Westfalen, dass Rechtsverstöße und Krimi-

nelle konsequent verfolgt werden und dass Bürgerinnen und Bürger vor Kriminellen geschützt werden – und zwar vor allen Kriminellen, ob von links oder von rechts oder von sonst woher.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Genau diesen Grundkonsens verlassen die Grünen nach meinem Eindruck. Sie wollen damit einen Teil eines Klientels aus autonomen und radikalen Bereichen bedienen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? – Monika Düker [GRÜNE]: Geht es noch eine Nummer härter?)

Diese Klientel steht ganz am Rand der Gesellschaft. Ich kann Ihnen nur empfehlen, dass wir in diesem Hohen Haus weiterhin den Grundkonsens der Sicherheit für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt stellen. Die Gruppen, die es vielleicht ganz außen links und rechts gibt, sollten wir dort liegen lassen; denn denen brauchen wir nicht zu helfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE] – Monika Düker [GRÜNE]: Gibt es bei Ihnen noch Bürgerrechte?)

Die Vorgängerregierung hat von 2012 bis 2017 viel Vertrauen verspielt und Misstrauen gesät. Teilweise war es angeblich ein Erfolgskonzept, Misstrauen zu säen und dann irgendwie davon zu profitieren, indem man Lösungen anbietet.

Die NRW-Koalition macht es andersherum. Wir wollen mit guter Politik – wir haben das jetzt mehrfach geschildert – weiter Vertrauen gewinnen. Wir haben im Jahre 2017, direkt nach der Landtagswahl, Trendwenden versprochen und Wort gehalten.

(Lachen von Regina Kopp-Herr [SPD])

Wir haben diesen Weg im Jahr 2018 konsequent fortgesetzt und gemeinsam an vielen Lösungen gearbeitet. Im vor uns liegenden Jahr 2019 erhöhen wir das Tempo bei der Umsetzung ganz gewaltig: für Kinder, Familien, Gesundheit und Soziales, für die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen, für beste Bildung in Nordrhein-Westfalen, für bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen und für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.

Das ist die positive Zukunftsausrichtung der NRW-Koalition in diesem Land. Wir sind stolz darauf, dass wir diesem Land als Koalition, als Regierung dienen können. Wir fühlen uns von vielen Äußerungen von Bürgerinnen und Bürgern, von Verbänden und Institutionen in diesem Land bestätigt.

Wir nehmen die Kritik der Opposition natürlich ernst. Aber glauben Sie mir, mit diesen Argumenten, die

heute überhaupt nicht überzeugend waren, werden Sie unsere Erfolgspolitik nicht verändern können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Wagner das Wort. Bitte sehr.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal fassungslos mussten wir gestern Abend einen erneuten Terroranschlag – diesmal auf den Weihnachtsmarkt in Straßburg – zur Kenntnis nehmen. An dieser Stelle will ich dem Landtagspräsidenten im Namen der AfD-Fraktion ganz herzlich für seine Worte, denen wir uns vollumfänglich anschließen, danken.

(Beifall von der AfD)

Besonders nachdenklich macht dieser Anschlag unter anderem deswegen, weil der Attentäter offensichtlich ein bereits bekannter Gefährder war. Obwohl es ein bekannter Gefährder war, ist es nicht gelungen, diesen Anschlag zu verhindern. Das macht deutlich, warum eine Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes notwendig ist. Wir sind mit einer neuen, mit einer völlig veränderten Sicherheitslage konfrontiert. Diese veränderte Sicherheitslage macht die Anpassung dieses Gesetzes notwendig.

Die Kollegen Löttgen und Rasche haben sich fast schon überschwänglich bei der SPD-Fraktion für ihre Mitarbeit bedankt. Dieser Dank greift etwas zu kurz. Sie hätten sich bei der AfD-Fraktion für die Inspiration – die von uns in diesem Zusammenhang ausging – bedanken sollen.

(Lachen von Karl Schultheis [SPD])

Das findet zumindest der Kommentator des „EXPRESS“, Marc Herriger in seinem Kommentar vom 9. Dezember 2018. Ich zitiere:

Das neue Polizeigesetz in NRW orientiert sich an dem radikalen Entwurf der Bayern. Es ist eine ebenso radikale Abkehr vom Vorrang der Bürgerrechte. Die werden im Namen vermeintlicher Sicherheit schlicht und einfach geopfert. Jeder Bürger läuft unter diesem Gesetz Gefahr, ausspioniert zu werden. Demonstranten oder Fußballfans können ohne Gerichtsverfahren bis zu zwei Wochen hinter Gittern landen. Und wer sagt, dass die Gefährdereinschätzung der Behörden immer stimmt?

Und jetzt kommt es: Die Sicherheitspolitiker der CDU sind mit diesem Gesetz den Rechtspopulisten – damit meint er scheinbar uns – auf den Leim gegangen.

Man hofft, so Stimmen zurückzuerobern, vermutlich vergebens. Stattdessen hat man eines geschafft: Die AfD hat jetzt ihr erstes Gesetz in NRW durchgesetzt und musste dafür nicht einmal in der Regierung sitzen. – Recht hat er.

(Beifall von der AfD)

Recht hat er allerdings nur zum Teil – darauf werde ich im nächsten Tagesordnungspunkt noch etwas ausführlicher eingehen. Einige Regelungen in diesem Gesetz gehen uns nicht weit genug. Wir haben dazu Änderungsanträge gestellt. Nichtsdestotrotz hat tatsächlich unsere Inspiration dafür gesorgt, dass wir CDU und FDP im Zusammenschluss mit der SPD zum Jagen tragen konnten. Dafür sind wir Ihnen außerordentlich dankbar.

Lieber Kollege Kutschaty, Sie haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass die Stichwahlen abgeschafft werden sollen. Ich halte das demokratietheoretisch für ein ebenso großes Problem wie Sie. Ich vermute auch, dass sich die CDU erhofft, nach einer Abschaffung der Stichwahlen mehr Bürgermeister und Landräte stellen zu können.

Sie gehen mir aber da nicht weit genug; denn was für Bürgermeister und Landräte gilt, das sollte eigentlich auch für direkt gewählte Abgeordnete des Landtags und vielleicht auch des Bundestags gelten. Ich habe mir einmal Ihr Wahlergebnis der letzten Landtagswahl angeschaut. Sie haben bei einer Wahlbeteiligung von 59,4 % mit 45,4 % der Erststimmen den direkten Einzug in den Landtag geschafft. Ich finde, dass das nicht ganz konsistent ist. Konsequenterweise sollten wir dann auch in diesem Bereich Stichwahlen fordern.

Sie haben sicherlich recht, dass Frau Kramp-Karrenbauer sich darüber gefreut hat, mit 51 % und nicht mit 45 % gewählt zu werden. Wobei ich davon ausgehe, dass ein Großteil der CDU sich nicht darüber gefreut hat. Das ist aber ein anderes Thema, auf das ich gleich noch zu sprechen komme.

Des Weiteren kritisierten Sie die Landesregierung und den Ministerpräsidenten aufgrund ihrer Imagekampagne. Sie haben Herrn Laschet sogar Selbstdarstellung vorgeworfen – so weit, so zustimmungsfähig. Aber, lieber Herr Kutschaty, das Problem ist: Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man es tunlichst unterlassen, mit Steinen zu werfen.

(Helmut Seifen [AfD]: Allerdings!)

Dazu habe ich einen Artikel von Timo Schumacher vom 27.02.2012 gefunden. Demnach braucht sich Hannelore Kraft in Sachen „Selbstverliebtheit“ gar nicht hinter Armin Laschet zu verstecken. Sie hat nämlich 2011 für ihre Personality-Tour namens „Tat-Kraft“-Tage 130.000 Euro für Empfänge, Abendveranstaltungen und Catering ausgegeben.

(Helmut Seifen [AfD]: Hört, hört! – Heike Gebhard [SPD]: Herr Laschet, brauchen Sie diese Verteidigungsrede?)

Noch interessanter wird es, wenn man sich einen Artikel von Peter Poensgen, veröffentlicht am 14.04.2015, anschaut. Es gab nämlich damals eine Anfrage des damaligen FDP-Fraktionsvize Ralf Witzel. Ich weiß nicht, ob er diese Anfrage der derzeitigen Landesregierung auch gestellt hat. Da ging es ebenfalls um Selbstdarstellung. Ich zitiere:

„Die rot-grüne Landesregierung hat sich ihre Selbstdarstellung in den letzten 15 Monaten einiges kosten lassen: Rund 3,6 Millionen Euro wurden an externe Dienstleister für 229 neue Broschüren (Auflage 2,97 Millionen) sowie 65 Maßnahmen für diverse Onlineauftritte ausgegeben.

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von FDP-Fraktionsvize Ralf Witzel legte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) jetzt die Einzelheiten dazu vor. An der Leitlinie ‚Öffentlichkeitsarbeit mit Augenmaß‘ habe sich nichts geändert.

‚Spitzenreiter‘ ist Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) mit 94 Publikationen und 620.000 Euro Druckkosten. Darunter ausgerechnet ein Faltblatt zum Internet-Thema ‚Online-Beteiligung für Klimaschutzplan‘ (20.000 Stück), Broschüren zu ‚Photovoltaikanlagen auf Deponien‘, ‚Lärmschutz im Kinderzimmer‘ und ‚Frauen in Umweltberufen‘.“

Und – das durfte nicht fehlen –:

„40 Plakate zum exotischen Thema ‚Hengste in der Frischbesamung‘ kosten nur 533,40 Euro – aber immerhin noch 13,32 pro Plakat.

Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) ließ sich die Broschüre ‚Fahr Rad in NRW‘ (200.000 Auflage) immerhin stolze 85.667 Euro kosten, ‚Zuhause im Quartier‘ war 59.872 Euro teuer.“

Wissen Sie, meine Damen und Herren, das ist das Problem, das in Deutschland Politikerverdrossenheit schafft: das eine zu tun und es beim anderen zu kritisieren oder es beim anderen zu kritisieren und es dann selbst zu tun, wenn man in der Regierung ist.

(Andreas Keith [AfD]: So ist das! – Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Dagegen werden wir uns als AfD wenden, egal ob es Rot-Grün oder Schwarz-Gelb ist.

(Beifall von der AfD)

Man kommt nicht umhin, in diesen Zeiten, in denen die ehemaligen Volksparteien um ihr sprichwörtliches Überleben kämpfen, ein paar Worte zur Zerrissenheit in der CDU und der unrühmlichen Rolle, die Ministerpräsident Armin Laschet dabei spielt, zu verlieren.

Mit der Wahl Kramp-Karrenbauers ist übrigens das eingetreten, worauf ich gewettet habe. Nun kann ich mich über ein paar Flaschen Rotwein freuen, aber ganz bestimmt nicht darüber, dass ich recht behalten habe. Natürlich wäre es für Deutschland und auch für Nordrhein-Westfalen besser gewesen, wenn Friedrich Merz gewonnen hätte, wie es auch Wolfgang Schäuble sagte. Wahrscheinlich wäre es gar nicht mal für uns als AfD besser gewesen, aber wir sind nicht angetreten, um, wie es die alten Parteien tun, den Parteiegoismus zur Maxime unseres Handelns zu erheben, sondern um diesem Land und seinen Menschen zu dienen.

Natürlich wäre es dienlich gewesen, den Menschen in ihrem Wunsch nach Veränderung und Verbesserung zu entsprechen. Aber nichts da: Die CDU will weitermachen wie bisher mit Merkel 2.0. Mit AKK hat die CDU tatsächlich die bestmögliche Wahl getroffen, allerdings nur, wenn man auf gute Ergebnisse für die AfD hofft.

(Heiterkeit von der AfD)

Ich glaube zwar schon – und wenn ich die Flut an Mails der CDU-Mitglieder in den letzten Tagen an uns lese, bestätigt mich das –, dass Friedrich Merz in einer reinen Mitgliederbefragung gewonnen hätte, aber Mitgliederentscheide auf Parteiebene sind der CDU zu viel an Mitsprache und Demokratie, wie sie im Übrigen auf der staatlichen Ebene auch Volksentscheide für die Bürger erfolgreich verhindert.

Wenigstens im Schlechten sind Sie sich also treu. Wenn aber nur 1.001 Delegierte – also die obersten 0,2 % der CDU-Elite – abstimmen, dann läuft das anders, als es sich die Basis offensichtlich gewünscht hat. Man wollte keinen für Deutschland so bitter notwendigen Bruch mit dem Merkel-System, sondern nur etwas Kosmetik. Die einen Delegierten hatten Angst vor möglichen Neuwahlen und dem damit verbundenen Verlust ihres Mandats und ihrer Diäten. Die anderen hatten womöglich einfach nur Angst vor etwas Veränderung. Aber die Masse der AKK-wählenden Delegierten ist wohl so weit von der einstigen CDU-Programmatik entfernt, dass sie sich über die Masseneinwanderung in die Sozialsysteme, die teuren Strompreise und die explodierenden Mieten auch noch freut.

Auch wenn die CDU nun gespalten ist, so ist doch die nur knappe Mehrheit von AKK ein Ausweis dessen, dass die CDU weite Teile ihrer ehemaligen Wähler und Mitglieder endgültig aufgegeben hat. Sie hat den Faden genauso verloren wie die SPD.

(Beifall von der AfD)

Sicher wird man jetzt hier und da ein paar pseudo-konservative Sprüche klopfen, die allerdings wirkungslos bleiben werden. Aus der CDU-internen WerteUnion werden ja schon Stimmen laut, die Partei zu verlassen und etwas Neues zu gründen. Das

Schlimme daran ist ja, dass das die Laschets und AKKs auch noch freuen dürfte, können sie doch noch ungestörter von den paar Restkonservativen die CDU weiter auf Linkskurs halten.

Wer hingegen lieber Jens Spahn oder Friedrich Merz gehabt hätte, wird sich nun aufteilen in die, die bei völliger Selbstverleugnung ihrer Ohnmacht noch auf ein paar letzte Krümelchen vom CDU-Kuchen hoffen, und in den größeren Teil derer, für die nun endgültig Schluss ist, ja, Schluss sein muss, die nur noch eine Partei haben, die ihre Interessen vertritt, nämlich die AfD.

Ich kann nur jedem aus Junger Union, WerteUnion und MIT zurufen: Tun Sie es den Tausenden gleich, die schon bei uns sind! Kommen Sie in die jetzt noch einzige konservative Volkspartei! Kommen Sie zu uns!

Natürlich – das sage ich ganz selbstkritisch an unsere eigene Adresse – haben wir als junger und noch etwas gäreriger Haufen noch einige Hausaufgaben zu erledigen, um uns des Vertrauens am Ende würdig zu erweisen. Aber wir sind auf einem guten Weg. Bei uns stehen Sie nicht am Rand, sondern mitten unter Ihresgleichen.

(Beifall von der AfD)

Auch und gerade hier in Nordrhein-Westfalen, wo der Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet ja ziemlich unverhohlen für AKK warb, ist die Sache doch klar. Der Landeschef der CDU lässt seine eigenen Leute im Stich. Das war schon beim NRW-Kollegen Ralph Brinkhaus so, gegen den er war, als es um den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ging. Lieber hatte er den Merkel-Günstling Kauder aus Baden-Württemberg. Das war auch jetzt wieder so, wo er sich gegen die beiden NRW-Kandidaten Spahn und Merz stellte. Auch da war ihm die Garantin für ein Multikulti-Weiter-so lieber, Hauptsache, der Linkskurs der Union wird zementiert.

Ich habe tatsächlich Respekt vor jedem, der in der Jungen Union, deren Bundesvorsitzender Paul Ziemiak ja eine ganz dubiose Rolle gespielt hat und zur Belohnung jetzt Generalsekretär wird, der also in der Jungen Union, der MIT oder der WerteUnion noch versucht, aus Patriotismus Politik auf verlorenem Posten zu machen. Aber seien wir ehrlich: Die Sache ist gegessen. Die CDU hat die Chance auf eine echte Erneuerung, auf eine Renaissance ihrer Werte verpasst, ja, sie hat sie bewusst abgelehnt.

Einer der Hauptschuldigen sitzt hier auf der Regierungsbank. Es ist Armin Laschet. Anstatt sich für seine nordrhein-westfälischen Parteifreunde einzusetzen, was Friedrich Merz natürlich über die 50-%-Schwelle getragen hätte, hat er sich klar gegen die nötige Kurskorrektur entschieden.

Auch bei der Aufstellung des heute zu verabschiedenden Landeshaushaltes haben Sie den Anspruch ...

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ja, ich wusste, dass Sie händeringend darauf warten, dass ich zu diesem Thema komme. Ihre Anwesenheit zeigt ja auch die Spannung, mit der Sie meine Rede erwartet haben.

... auf Kurskorrektur und darauf, im besten Sinne des Wortes bürgerliche Politik zu machen, wieder nicht eingelöst.

Ich will hier gar nicht die unzähligen linken Projekte aufzählen, die Sie hier mit Steuergeldern sponsern und weiterführen, sondern ich fange mal einfach ein bisschen von vorne an.

Da sind natürlich zunächst die viel zu geringen Überschüsse. Noch leben wir ja in wirtschaftlich einigermaßen guten Zeiten. Die Niedrigzinsen und die Rekordsteuereinnahmen im kommenden Jahr in Höhe von 61,5 Milliarden Euro machen doch aber einen viel größeren Überschuss zwingend notwendig.

2018 hätten Sie es leicht haben können. Da bildeten Sie eine Rücklage in Höhe von 365 Millionen Euro. Diese war dann vor der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses noch als allgemeine Reserve eingeplant, um konjunkturelle Schwankungen in der Zukunft abzufedern. Dann konnte die Landesregierung aber nicht widerstehen und hat gleich mal glatte 150 Millionen Euro zusätzlich für sogenannte Flüchtlinge abgegriffen.

Wir haben deshalb ganz bewusst vorgeschlagen, dass das Land mit diesen 365 Millionen Euro Schulden tilgt. Ein entsprechender Änderungsantrag lag Ihnen vor und hätte zukünftigen Generationen geholfen. Aber so etwas lehnen Sie natürlich ab. Denn dann hätten Sie ja kein Geld mehr für Wahlgeschenke, und das benötigen Sie, denn schließlich sieht es mit Ihrer Mehrheit im Volk nicht mehr allzu gut aus. So haben Sie diese Chance zur Konsolidierung fahrlässig, nein, absichtlich verstreichen lassen.

Für das nächste Jahr planen Sie mit einem auch im Vergleich zu anderen Ländern lächerlichen Überschuss in Höhe von 31 Millionen Euro. Man muss die 31 Millionen natürlich in Relation zum Gesamthaushalt in Höhe von gut 77 Milliarden und den Schulden in Höhe von etwa 145 Milliarden Euro sehen. Sage und schreibe 0,04 % beträgt der Überschuss, für den Sie sich da abfeiern lassen. Man fasst sich an den Kopf und ans Portmonee. Wer seine Hoffnung in die frühere Wirtschafts- und Finanzkompetenz von CDU und FDP gesetzt hat, der kann nur auf ganzer Linie enttäuscht sein.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der AfD: Das ist lange her!)

Zur Konsolidierung des Haushaltes gehört natürlich zuvorderst die Schuldentilgung. Aber – mittlerweile kennen wir ja Ihre Haushalte – auch da wird nicht geliefert. Noch dazu gehen Sie von dem extrem günstigen Zinssatz von 1,75 % aus. Das alleine entspricht einem Zinsaufwand von 2,47 Milliarden Euro. Jeder Prozentpunkt mehr, den die EZB den Sparern hoffentlich irgendwann wieder ermöglicht, kostet dann knapp anderthalb Milliarden Euro extra. Das war es dann mit den Überschüssen im Miniformat. Meine Damen und Herren, echte Sparsamkeit und vorausschauendes Handeln sehen anders aus.

(Beifall von der AfD)

Ihre Haushaltsaufstellung vom September dieses Jahres für den Nachtragshaushalt 2018 sowie für den Haushalt 2019 war finanzpolitisch betrachtet mal wieder etwas chaotisch, und mehr als fragwürdig ist Ihre Haushaltsgestaltung schon, weil Sie 2018, wie erwähnt, eine Rücklage bildeten, um diese 2019 wieder aufzulösen. Alle Oppositionsfraktionen hatten zu Recht große Zweifel alleine schon an der Verfassungsmäßigkeit dieser Rücklage.

Schauen wir auf die weiteren Rahmenbedingungen: Bei einem Zinsniveau, wie wir es vor der Finanzmarktkrise und der unseligen Eurorettungspolitik hatten, zum Beispiel 2008, wären der Haushalt 2019 und die danach geplanten Überschüsse reine Makulatur. Der sähe nämlich dann tiefrot aus.

Schon jetzt ist klar: Das wird es daher in den nächsten Jahren auch wieder werden, es sei denn, Sie hoffen tatsächlich darauf, dass die Enteignung der Sparer und Lebensversicherten durch die Null-Zins-Politik bleibt. Täten Sie das aber wirklich, und die nächste Wirtschaftskrise steht bevor, dann Gnade Ihnen Gott. Wir haben hier in Deutschland zwar nicht die Mentalität der „Gelbwesten“, aber seien Sie sicher: Dann sind die Verluste, die Sie bisher schon bei Wahlen erleiden durften, nur ein kleiner Vorgesmack gewesen.

Allerdings glaube ich eher, es ist Ihnen schlicht egal. Sie denken im Jahresrhythmus oder vielleicht gerade mal in der Kategorie von Legislaturperioden. Sprich: Es reicht Ihnen, sich mit Tricks und schönen Worten über die nächste Wahl an der Macht zu halten. Der Rest ist Ihnen relativ wurscht.

Zum Politikersein – zum Staatsmann- oder Staatsfrausein – gehört aber mehr als dieses kurzfristige Denken. Sorge vor, dann hast du in der Not – die normalen Menschen und wir kennen das noch, Ihnen hingegen reicht Kosmetik.

Wo Ihnen Kosmetik zu wenig ist, das ist beim Stellenaufbau für politische Beamte. Da wird geklotzt. Die Landesregierung weigert sich sogar, einen konkreten Plan zur Einsparung des Personals vorzule-

gen, das Schwarz-Gelb im Zuge des Regierungswechsels hundertfach in der Ministerialverwaltung aufgebaut hat.

Alle Oppositionsparteien haben die Landesregierung dazu gefragt. Die Antworten waren immer wieder unzureichend. Im Nachtragshaushalt 2017 waren das 139 Stellen und weitere 259 Stellen in den Ministerialkapiteln für 2018; in der Staatskanzlei bauen Sie in diesem Jahr weitere Stellen auf.

Die Polizeigewerkschaften hingegen rufen seit 2010 nach einer Reform des Zulagenwesens. Da kommt von Ihnen weiterhin nichts; Sie haben unseren Antrag dazu abgelehnt. Warum auch Polizisten besser bezahlen, wenn man von dem Geld Parteifreunde in den Ministerien unterbringen kann?

(Beifall von der AfD)

So wird der Staatsdienst teilweise zu einer Art Versorgungssystem umfunktioniert. Sie wundern sich über Politikerverdrossenheit, sinkende Mitgliederzahlen und eine Wählerklatsche nach der anderen.

Meine Damen und Herren, die Neutralität der Beamten ist einer der Grundpfeiler unseres Staates. Stoppen Sie endlich Ihren Trend zu einer immer schlimmeren parteipolitischen Vereinnahmung der Verwaltung!

Mit dem Sparen bei sich selber anzufangen, kommt Ihnen nicht in den Sinn. Ganz im Gegenteil, Sie schustern sich immer noch mehr zu: Die unverschämte Nacht- und Nebelaktion aller Fraktionen – außer der AfD-Fraktion – zur Erhöhung der Fraktionsgelder und Mitarbeiterpauschalen um sage und schreibe 89 %, was den Steuerzahler jährlich 14 Millionen Euro zusätzlich kostet, legt davon genauso Zeugnis ab wie das Abbügeln unseres Antrages auf Verkleinerung des viel zu großen und damit viel zu teuren Landtags.

Warum nutzt die Landesregierung die niedrigen Zinsen und sprudelnden Steuereinnahmen nicht, um den gigantischen Schuldenberg abzubauen? Was ist mit den Investitionen, der maroden Infrastruktur auf den Straßen, den baufälligen Schulen und dem Reparaturrückstau in den Krankenhäusern? Auch dazu wurden unsere Anträge allesamt abgelehnt. Jedes fünfte Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen steht wirtschaftlich kurz vor dem Exitus.

Es häufen sich Defizite in Milliardenhöhe bei den Strukturinvestitionen im Land an – und das schon seit Jahren. Schwarz, Rot, Grün und Gelb haben auch hier gemeinsam sehenden Auges unsere Infrastruktur verkommen lassen.

Riesige Löcher klaffen in der ambulanten Versorgung. Versuchen Sie einmal, in den ländlichen Gebieten, zum Beispiel an der niederländischen Grenze, einen Hausarzt zu finden, der Sie aufnimmt.

Es gibt dort Ärzte, die weit über ihr Renteneintrittsalter hinaus arbeiten und weiter arbeiten müssen, weil sonst niemand da ist, der sich für ihre Patienten einsetzen kann.

Versuchen Sie einmal, irgendwo in Bochum oder Duisburg einen Termin bei einem Psychologen zu bekommen. Selbst mit schwerwiegendsten psychiatrischen Erkrankungen dauert es teilweise Monate, bis Sie jemanden finden, der Sie behandeln kann. Sie machen sich wahrscheinlich bis auf wenige Ausnahmen keine Vorstellungen davon, was das für die Menschen bedeutet.

Ärzte, Krankenpfleger und Krankenschwestern arbeiten nicht nur bis zum Umfallen, sondern teilweise über ihr Limit hinaus. Ihnen gilt unser ganz besonderer Dank. Allein unter Ärzten sind die Raten von psychischen Erkrankungen, Suiziden und Burnouts derart in die Höhe geschneit, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Der Handlungsbedarf besteht auch bei Polizisten. Ich freue mich, dass Sie wenigstens da auf unsere Vorstellungen eingehen. Bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes sagte ich Ihnen – ich muss mich an dieser Stelle einmal unüblicherweise selbst zitieren –

Natürlich benötigen wir jährlich mindestens 2.500, eher sogar, wie von uns letztes Jahr beantragt, 2.600 neue Polizeianwärter, wenn wir die Planzahl von jährlich 2.300 neuen Polizisten aufgrund der Abbrecher- und Nichtbesteherkquote erreichen wollen.

Da Sie uns mit 2.400 Stellen schon ein Stück näher gekommen sind, hoffe ich, dass es nächstes Jahr 2.500 Stellen sein werden und wir übernächstes Jahr die von uns geforderte Zahl von 2.600 Stellen von Polizeianwärtern jährlich endlich erreichen werden.

Als ich das damals gesagt habe, war die Begeisterung der regierungstragenden Fraktionen recht gering. Applaus habe ich dafür nicht bekommen. Ich freue mich aber festzustellen, dass Sie nur kurze Zeit später selbst beschlossen haben, statt 2.400 so wie von mir vorgeschlagen 2.500 neue Polizeianwärterstellen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie so weitermachen, dann können wir eines Tages sagen: Es ist uns völlig egal, wer unter der AfD regiert. Dann sind Sie tatsächlich auf dem richtigen Wege. Allerdings ist das bei Ihnen noch in viel zu wenigen Fällen der Fall.

(Beifall von der AfD)

Wo wir anscheinend deutlich mehr und länger auf Sie einwirken müssen, das sind der Grenzschutz und die Abschiebungen. Noch immer wollen Sie den weißen Elefanten im Raum oder – um mit dem Bundesinnenminister zu sprechen – die Mutter aller politischen Probleme nicht sehen, nämlich die unkontrollierte

Massenzuwanderung. Diese ist übrigens mitverantwortlich für die Änderung des Polizeiaufgabengesetzes.

(Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Egal, ob wir im Landtag über Präventionsprogramme für Salafisten reden – woher kommt der Salafismus eigentlich? Aus Deutschland doch wohl eher nicht –, ob wir die Polizeibefugnisse im Antiterrorkampf ausweiten – woher kommen denn die Terroristen, auf die hier mit dem Verlust unserer Freiheit reagiert werden muss? –, ob wir über Veranstaltungsgesetze für Weihnachtsmärkte sprechen, über neue Polizisten, Richter und Staatsanwälte, über Schulpsychologen, die wir auf Kosten der Steuerzahler einstellen, über Islamunterricht, über diverse sogenannte und millionenschwere Integrationsprogramme, über schwerwiegende Straftaten, die horrenden Mietpreissteigerungen, die sich doch auch durch die zusätzliche Nachfrage ergeben – übrigens gerade im unteren Preissegment, wo die unberechtigt von Ihnen ins Land Geholten dann mit den hier schon länger Lebenden konkurrieren –, über die explodierenden Sozialhaushalte, in denen sich die unverantwortliche Migrationspolitik der alten Parteien mittlerweile voll niederschlägt – schon jetzt sind knapp eine Million von ihnen im Sozialbezug –, immer hat die von Ihnen so schwärmerisch verklärte Zuwanderung einen signifikanten Anteil an den Debatten und damit auch an den Kosten für den Steuerzahler.

Meine Damen und Herren, Ihre Borniertheit schadet unserem Land und seinen Menschen in einem ungeheuren Ausmaß. Sie sagen – und nicht nur die Grünen, sondern ganz offen auch der CDU-Ministerpräsident Armin Laschet –: Sie wollen die Grenzen nicht schützen. Merkel hat sich noch damit lächerlich gemacht, zu sagen, sie könne die Grenzen nicht schützen. Sie sind zumindest so ehrlich und sagen: Sie wollen das gar nicht. Gut, wir wollen das. Alle vollziehbar Ausreisepflichtigen abschieben, wollen Sie auch nicht.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Doch!)

Das nennt man in der freien Wirtschaft Arbeitsverweigerung. Der zuständige FDP-Minister Stamp hat von Tätigkeiten in der freien Wirtschaft womöglich auch keinen ganz so umfassenden Eindruck.

Ihr politischer Wille – oder besser: Unwille – drückt sich auch in Zahlen aus: Im Haushaltskapitel „Landesmaßnahmen für ‚sogenannte Flüchtlinge‘“ sind gerade einmal 1,03 % für Rückführungen eingeplant und gerade noch 0,99 % für Zuschüsse für Rückkehrprojekte.

Meine Damen und Herren, wir benötigen aber nicht noch mehr unkontrollierte Migration, sondern an dieser Stelle vor allem mehr Remigration. Zu dieser antibürgerlichen Politik passt dann im Schlechten, dass

Sie von über 70.000 Ausreisepflichtigen gerade einmal 5.000 außer Landes geschafft haben.

Hinzu kommt, dass die Duldungsquote in NRW noch einmal signifikant schlechter ist als im ohnehin schon katastrophalen Bundesdurchschnitt. An der NRW-Westgrenze sollen, von Ihnen gewollt, nicht einmal die minimalen Verbesserungen für die Sicherheit unserer Bürger eingeführt werden, wie es die Bayern wenigstens versuchen.

Den Grenzschutz verlegen Sie lieber nach innen, an die Grenze von Weihnachtsmärkten und anderen Großveranstaltungen. Fragen Sie doch mal in kleinen Runden, wie viele Menschen im Alltag mittlerweile in bestimmten Situationen die Straßenseite wechseln, sich unwohl und bedroht fühlen! Fragen Sie mal, wie viele Menschen am liebsten abends auf öffentliche Verkehrsmittel verzichten wollen! Fragen Sie doch mal, warum das so ist! – Jeder weiß es.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber Sie fahren ja Taxi und wohnen im Rotweinviertel. Ihr Multikulti ist das Ossobuco bei Don Carlo. Aber für die meisten Menschen ist Ihre Politik mit ganz anderen Erfahrungen verbunden: Ihnen wird die Heimat genommen.

(Beifall von der AfD)

Aber wie beim Migrationspakt, den außer der AfD alle hier im Hause wollen, ist für Sie jede realistische Betrachtung, jede Kritik rechtspopulistisch, rassistisch und menschenverachtend. Die Sozialdemokraten in Tschechien oder der Slowakei – menschenverachtend, Österreich und Australien – rassistisch. Ihre Arroganz und Ignoranz den Problemen der Menschen gegenüber ist tatsächlich grenzenlos, und das ist möglicherweise der Grund, warum Sie so vehement gegen Grenzen sind.

Auch in der Wirtschaftspolitik bekommt man mehr Rot-Grün serviert, als man es von Schwarz-Gelb hätte erhoffen können. Oder halten Sie es wirklich für ein gutes Geschäft, wenn man Ihnen für 100 Euro ganze 50 Euro zurückgibt? – Doch solche Geschäfte finden sich im Haushaltsplan Wirtschaft und werden sogar noch groß gefeiert.

Der Minister meint gar – ich zitiere –:

„Das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung meines Hauses ist das EFRE-“

– EFRE steht für „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“ –

„Programm. Auf dieser Basis können bis Ende 2020 fast 2,5 Milliarden Euro an Investitionen getätigt werden. Die eine Hälfte der Gelder kommt aus Brüssel, die andere Hälfte stellen das Land, Kommunen, Hochschulen und Unternehmen.“

Zitat Ende.

Da kommen also Gelder aus Brüssel. Einfach so? Schenken die uns das? – Nein, natürlich nicht. Das Geld hat Brüssel vom deutschen Steuerzahler und abzüglich einer üppigen Verwaltungspauschale und der Unterstützung anderer Länder kommt dann kleckerweise etwas zurück, für das wir alle schön Danke sagen sollen. Das ist das Geld der Krankenschwester, die sich um Patienten kümmert, das ist das Geld von der Bäckereifachverkäuferin, bei der Sie sich am Montag Ihre Brötchen kaufen;

(Zurufe von der CDU)

sie haben das Geld, das das Land NRW aus Brüssel bekommt, vorher mehr als doppelt so hoch eingezahlt. Finden Sie, dass das ein gutes Geschäft ist? – Wir finden das jedenfalls nicht.

(Beifall von der AfD)

Weiter im Text! Dazu kommen noch Gelder vom Land, sagt Herr Minister Pinkwart. – Okay, Geld vom Land. Woher hat das Land das Geld? – Richtig, wieder von der Krankenschwester und der Bäckereifachverkäuferin. Dieses Geld wird zusammengeworfen. Jetzt gibt ein Unternehmer noch einen kleinen Teil dazu, und dann heißt das Ganze Investition. Das Verhältnis dieser Investitionen ist wie folgt: Der Steuerzahler gibt 5 Euro und der Unternehmer 1 Euro dazu. Damit ist dieses EU-Programm eines der ineffizientesten Programme, die man sich nur vorstellen kann – alles auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

Aber – das dürfen wir nicht vergessen – die EU hat uns mit einem Lächeln einen Teil des Geldes zurückgegeben. Der Unternehmer lächelt jetzt auch. Dafür schulden wir der EU und den Unternehmen natürlich Dank, zumindest, wenn es nach Ihnen gehen würde.

Das Schlimme daran ist aber auch noch, Herr Professor Pinkwart, dass Sie dieses Programm ausdrücklich als das bedeutendste Programm Ihres Ministeriums feiern. Damit hängt die Wirtschaftspolitik in NRW weitgehend am Tropf von Brüssel. Hier würde ich mich mal über ein echtes Entfesselungspaket von Ihnen, von CDU und FDP, freuen. Befreien Sie sich und uns alle von den Fesseln der EU, und reformieren Sie diesen Laden endlich!

(Beifall von der AfD)

Schauen wir uns mal einige Projekte an, die in den letzten Jahren aus diesem EU-Programm finanziert wurden:

Der Phoenix-See in Dortmund ist ein schönes Beispiel. Dort sonnen sich jetzt die Profifußballer vom BVB in ihren Gärten mit Südlage zum See, während ein paar hundert Meter weiter das Arbeitslosenviertel mit einer Arbeitslosenquote von knapp 15 % beginnt. Dank EU-Fördermitteln wurde ein tolles Wohnquartier für Besserverdienende geschaffen.

Schon fast in Sichtweite dazu das Dortmunder U. 56 Millionen Euro sollte es kosten, davon knapp 23 Millionen Euro aus dem EFRE-Programm. Dieses Projekt wurde wieder einmal ein echtes „Schnäppchen“ für den Steuerzahler. Am Ende hat es etwa 100 Millionen Euro gekostet und hat es gleich zweimal ins Schwarzbuch der Steuerzahler geschafft.

Da nicht jeder das Schwarzbuch kennt, ein Zitat daraus:

Dort werden Projekte aufgelistet, die dokumentieren – ich zitiere –, „wie der Staat durch Gedankenlosigkeit, Prestigedenken, ungehemmte Regelungswut oder fehlendes Kostenbewusstsein mehrere Milliarden Euro an Steuergeld verschwendet“.

Zitat Ende.

Herzlichen Glückwunsch, liebe Kollegen der Altparteien! Sie haben es mit diesem Projekt wahrlich zweimal geschafft: Gedankenlosigkeit, Prestigedenken und Verschwendung. Ihr bedeutendes Instrument der Wirtschaftsförderung, Herr Minister, ist lediglich eine Maschine zur Geldverbrennung.

(Beifall von der AfD)

Ihr Verlust an bürgerlichen Werten geht so weit, dass ein FDP-Wirtschaftsminister die Ideologie über die Kräfte des Marktes stellt.

Nehmen wir nur das Beispiel Pumpspeicherkraftwerke! Da kämpfen Sie sogar gegen Naturgesetze. Denn es ist klar, dass in NRW nicht genügend Platz für Pumpspeicherkraftwerke ist, und es ist klar, dass in NRW die topografischen Verhältnisse keine relevante Anzahl dieser Pumpspeicherkraftwerke zulassen.

Auf eine Anfrage der AfD mussten Sie zugeben, dass wir in NRW mehr als 1.100 Pumpspeicherkraftwerke bräuchten, um eine Dunkelflaute von einer Woche zu überstehen. – Die letzte hatten wir im Januar 2017.

Ihre eigene Behörde sagt, dass sie selbst den Bau von allerhöchstens 27 solcher Pumpspeicherkraftwerke für realisierbar hält. – 27 Stück sind also theoretisch realisierbar. Gebraucht würden aber mehr als 1.100 Stück. Diese Diskrepanz sollte jedem auffallen – auch den Angehörigen der NRW-Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Aber Sie ignorieren auch die Kräfte des Marktes. Der Planer des Pumpspeicherkraftwerks in Höxter hat das Projekt aus ökonomischen Gründen aufgegeben, dabei galt es als das Vorzeigeprojekt in NRW. Das Schlimme aber ist, dass Sie nicht nur die Kräfte der Natur, der Physik und des Marktes ignorieren, nein, Sie pumpen jetzt auch noch mehr Geld ins System. Die Mittel für die Erkundung und Planung dieser Pumpspeicherkraftwerke, für die es gar keinen Platz

gibt, werden aufgestockt. Das einzige, was mit diesen Projekten gepumpt wird, ist das Geld der Steuerzahler, das diese hart erarbeiten müssen.

(Beifall von der AfD)

Im Bereich des sogenannten Klimaschutzes werden noch einmal eben 80 Millionen Euro obendrauf gepackt – Geld, welches wieder verpuffen wird. Weltweit sind aktuell mehr als 1.000 Kohlekraftwerke in Bau oder Planung. Zudem gibt es einen EU-weiten Zertifikatehandel, sodass in Deutschland eingespartes CO₂ einfach in Polen zusätzlich in die Luft geblasen werden kann. Damit sind Ihre Maßnahmen nicht nur wirkungslos, sondern eine unvergleichliche Geldverschwendung.

Schon immer hat es auf der Welt einen Klimawandel gegeben. Schon immer haben Lebewesen vor allem mit Anpassung darauf reagiert. Wir als AfD wollen deshalb viel mehr als Sie dafür sorgen, dass die Folgen des Klimawandels bekämpft werden. Daher haben wir Ihnen unter anderem den Vorschlag gemacht, die etwa 130 Millionen Euro in diesem Kapitel einzusparen und stattdessen Maßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels zu fördern. Deshalb haben wir zum Beispiel den Antrag gestellt, die Gelder für Hochwasserschutz um 20 Millionen Euro zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von Ihnen allen, also auch von den Grünen, abgelehnt.

Aber Ihr Gedanke ist auch ein anderer: Sie meinen, Sie müssten den Menschen Ihre vermurkste und überbeuerte Energiewende einfach nur besser erklären. Anscheinend halten Sie die Menschen für dumm. Aber ich kann Ihnen sagen, dass sie das nicht sind.

Man kann es nicht oft genug sagen: Deutschlandweit gab es auch als Folge Ihrer Politik im letzten Jahr 350.000 Stromsperrungen. Ökopopulismus und Erziehungsprogramme gehen Ihnen vor sozialer Gerechtigkeit. Mit uns geht das nicht.

(Beifall von der AfD)

Wo wir bei Erziehung sind: In der Schulpolitik suggeriert die Landesregierung einen Wechsel. Sie dreht auch an einigen Stellschrauben, aber letztlich ist das nur eine leicht variierte Fortsetzung von Rot-Grün mit schwarz-gelben Mitteln. Das ist auch kein Wunder, schließlich lässt sich die Ministerin von denselben Ratgebern, die der für die Schulen in NRW so katastrophalen grünen Frau Löhrmann ihre unseligen Vorstellungen eingeflößt haben, beraten. Das Paradebeispiel, der Vollzug von G9, erfolgt nur halbherzig. Mit üblen Trickereien hebelte die Ministerin das Volksbegehren aus, indem sie die Terminierung für ihre G9-Konzeption parallel zur Frist für die Unterschriftensammlung des Volksbegehrens auf Ende November legte.

Dass das schulische Lernen in NRW ideologisiert ist und falsche Lehrmethoden an der Tagesordnung

sind, stört die Ministerin sichtlich wenig: längeres gemeinsames Lernen, zieldifferentes inklusives Unterrichten, falsche Unterrichtsmethoden in allen Jahrgangsstufen – besonders in der Grundschule –, leistungsfeindliche Noteninflation, das Schüren falscher Hoffnungen bei Eltern und Kindern bezüglich der Schulkarrieren, Diskriminierung der Hauptschulen, Propagieren des gymnasialen Schulwegs als allein-seligmachend, die Leistungsnebellierung an allen Schultypen und der neoliberale Albtraum von Schwarz-Gelb von der angloamerikanischen Bildungswelt, die sich vor allem an Rentabilität orientiert.

Mit den Worten des langjährigen Lehrerverbandschefs Josef Kraus lässt sich diese Bestandsanalyse mit dem Satz „vergeigte Bildung der selbstvergesessenen Nation“ beschreiben.

Aber wen wundert es? – Sie wissen ja, dass jeder Abstieg, jede dekadente Entwicklung mit Selbstverleugnung und Überangepasstheit beginnt.

(Beifall von der AfD)

Überangepasstheit – in der Compliance-Theorie heißt das Überimplementation – lässt sich unter dem langjährigen Diktat der OECD im Bildungswesen feststellen. Vor wenigen Wochen hat der mit dem Ressort Bildung bei der OECD vertraute Andreas Schleicher eine Sonderauswertung der PISA-Daten vorgestellt – eine neue Studie, dieselbe Predigt: Deutschland wird wieder einmal attestiert, dass die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft abhängig sei.

Dass insbesondere Länder mit einer vielfältigen schulischen Infrastruktur zur Gewährleistung des bedarfsgerechten Unterrichts im Fokus der OECD stehen, ist zwar schon längst bekannt, führt aber immer wieder zu großem Staunen. Infrastrukturelle Vielfalt – da müsste den Damen und Herren bei den Grünen doch eigentlich das Herz aufgehen – scheint bei Ihren Freunden der OECD nur wenig Anklang zu finden.

Ich übersetze einmal: Länder, die eine frühe Aufteilung in weiterführende Schulformen vollziehen – im Sprachstil der Grünen: Segregation –, scheinen in den Augen der OECD-Bildungsprofis a) geringere Leistungsniveaus herbeizuführen, b) eine soziale Undurchlässigkeit zu fördern und c) eine Benachteiligung von leistungsschwachen Kindern salonfähig zu machen. Stattdessen fordert dieser vermeintliche Bildungsprofi bessere Ausstattung für Schulen in Problemvierteln.

Diesen Rat haben Sie, Frau Ministerin, sehr schnell beherzigt. Da stelle ich mir die Frage, wann Herr Schleicher bei Ihnen im Ministerium war, um Ihnen das Projekt der Talentschulen aufzuzwingen, und wie viel nimmt der eigentlich pro Beratungsstunde?

Vielleicht so viel wie die Berater von Frau von der Leyen? – Ich weiß es nicht.

Spätestens seit den PISA-Erhebungen und den OECD-Quotentabellen verkommt Bildung immer mehr zum Untertanen des Funktionalismus und des Empirismus, wonach Wettbewerbs- und Effizienzkriterien die Zukunft unserer Schulen bestimmen.

Dies ist eine fatale Entwicklung in Anbetracht dessen, dass die Institution Schule mit ihrem Bildungsauftrag nicht nur für die kognitiv-intellektuelle Entwicklung, sondern auch für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen verantwortlich ist.

Während in der Wirtschaft zu Recht unter marktwirtschaftlichen Aspekten der Gewinnmaximierung gehandelt wird, darf die Bildungspolitik auf keinen Fall ausschließlich nach Rentabilitätsaspekten gesteuert werden.

(Beifall von der AfD)

Ein Haushalt ohne nennenswerte Tilgung, ein Haushalt mit minimalem Überschuss, einzig ermöglicht durch die fatale Eurorettungs- und Nullzinspolitik der EZB, ein Ministerpräsident, der weder in seiner Partei noch für NRW die Zeichen der Zeit erkennt, ein sogenannter Integrationsminister, der die Abschiebung von Kriminellen und Illegalen nicht in den Griff bekommt, marode Brücken und Straßen, Funklöcher und kaum schnelles Internet, Weihnachtsmärkte hinter Pollern und Straßensperren, und für Silvester dürfen wir nur hoffen, dass unsere Frauen nicht wieder massenhaft sexuell genötigt werden – wahrlich, das Land und die Menschen haben Besseres verdient. Aber spätestens bei den Europawahlen im Mai bekommen Sie die nächste Quittung.

Bis dahin wünsche ich Ihnen trotz allem ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen friedlichen Jahreswechsel.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Nun spricht für die Landesregierung der Ministerpräsident Herr Laschet.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsdebatte bietet Gelegenheit, über die Grundzüge der Politik in Nordrhein-Westfalen zu sprechen, die Pläne für 2019 vorzustellen und zu sagen, welche Schwerpunkte und Ziele mit diesem Haushalt verbunden sind.

Das gelingt, indem zunächst die Ausgangslage beschrieben werden soll. Wenn man fragt: „Was ist in den 18 Monaten unserer Regierung passiert?“, muss man auch fragen: „Wie war die Lage zu Beginn?“.

Wir haben uns drei Schwerpunkte als Ziel gesetzt.

Erstes Ziel: die Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen war noch zu Regierungsbeginn in den Statistiken der Jahresbilanzen häufig genug Vorletzter unter den deutschen Ländern. Es wurden Erklärungen gesucht, zum Beispiel dass die BRIC-Staaten daran schuld seien und die Landespolitik auf solche Entwicklungen wenig Einfluss hätte. Wir als Landesregierung haben uns zum Ziel gesetzt, dass wir dort wirtschaftliche Impulse setzen, wo man sie auch setzen kann.

Zweites Ziel: die Verkehrspolitik. Verkehrspolitik ist eine Voraussetzung für gute Wirtschaftspolitik. Wir haben erlebt, dass in manchen Jahren Bundesmittel zurückgegeben werden mussten, und zwar, wie es damals hieß, weil nicht genug Pläne fertig waren. – Es regnet Brei aus Berlin, und in Nordrhein-Westfalen fehlen die Löffel.

(Zuruf von der SPD)

Drittes Ziel: die Entfesselung des gefesselten Riesen. Überregionale Medien hatten geschrieben: Eigentlich ist Nordrhein-Westfalen ein starkes Land, aber es gibt so viel Bürokratie, so viele Fesseln, so viel an Regulierung, dass Nordrhein-Westfalen nicht vorankommt.

(Zuruf von der SPD: Verkaufsoffene Sonntage – Problem gelöst!)

Bei der Bildungspolitik haben wir erleben müssen – es gibt ja das Bild der drei Affen: nichts sehen, nichts hören und nichts sagen –, dass der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen einfach nicht registriert wurde. Man hat gesagt: „Wir messen gar nicht mehr, und dann ist die Statistik auch in Ordnung“. – Sie haben die Elternkritik im Zusammenhang mit der Inklusion nicht hören wollen, und bei G8, G9 und KiBiz wurde nichts entschieden, sondern man hat das Ganze an runden Tischen erörtert.

(Zuruf von Norwich Rütze [GRÜNE])

Ein letzter Aspekt: Was die Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen besonders bedrückt hat, war die Tatsache, dass immer dann, wenn bundesweit über die innere Sicherheit gesprochen wurde, Negativbeispiele aus Nordrhein-Westfalen genannt wurden. „SPIEGEL ONLINE“ nannte Nordrhein-Westfalen einen „Failed State“. – Das war etwas, das uns wirklich unruhig gemacht hat und woran wir etwas ändern wollten.

Schließlich möchte ich noch in Erinnerung rufen, dass SPD und Grüne im Laufe ihrer Regierungszeit in vielen Dingen nicht mehr an einem Strang gezogen haben. Der Wirtschaftsminister hat im Kabinett industriepolitische Leitlinien vorgestellt, die die Grünen aber nicht beschließen wollten. Herr Groschek, Herr Duin und Herr Walter-Borjans haben ein Bündnis für Infrastruktur gegründet, das die Grünen – O-Ton – „Steuergeldverschwendung“

genannt haben mit der Bemerkung: Alte Herren profilieren sich.

Wir wollten das anders machen. Wir sind angetreten mit dem Ziel, unser Land wieder an die Spitze der deutschen Länder zu führen. Wir wollen zuhören, entscheiden, und dann aber auch handeln. CDU und FDP – die Nordrhein-Westfalen-Koalition – wollen als Partner an einem Strang ziehen. Wir wollen uns in Berlin und Brüssel stärker für die Interessen unseres Landes einsetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn man jetzt auf den Haushalt schaut, kann man erkennen, dass eine Trendwende, eine Haushaltswende eingeleitet worden ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wenn man draufschaut! Aber wenn man reinschaut, dann nicht!)

– Ja, Herr Zimkeit! Sie haben sieben Jahre lang regiert. Mehrmals mussten Sie vom Verfassungsgericht an die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Verfassung erinnert werden;

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh! – Zurufe von der SPD)

einmal sogar –

(Unruhe)

ja, ich weiß, dass Ihnen das wehtut –, indem Sie deutsche Rechtsgeschichte geschrieben haben.

(Zuruf von der SPD: Herr Laschet ist wach geworden!)

Es war einmalig, dass ein Parlament per einstweiliger Anordnung gezwungen wurde, keine Schulden einzubringen. Das war einzigartig; das gibt es nirgendwo.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nirgendwo gab es so viele Ermahnungen, den Rechtsstaat zu beachten, die Verfassung einzuhalten und per einstweiliger Anordnung gezwungen zu werden, bestimmte Schulden nicht aufzunehmen. Deshalb war für uns der Anspruch, fünf Jahre lang keine neuen Schulden aufzunehmen, ein riesiges Ziel. Heute tun Sie so, als wäre das alles kein Kunststück. – Ja, das ist kluge Regierungspolitik!

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Steuermehreinnahmen sind das!)

Der konjunkturelle Aufschwung und das Sprudeln der Steuerkassen hat doch nicht erst am 14. Mai 2017 um 18 Uhr begonnen! Es gab doch auch vorher schon einen Aufschwung und steigende Steuereinnahmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben noch nicht einmal den Versuch unternommen, hier einen Haushalt mit einer schwarzen Null vorzulegen. Sie haben die schwarze Null sogar lächerlich gemacht, die Wolfgang Schäuble als Bundesfinanzminister schon etwas früher erreicht hatte. Wir haben jetzt in 2018 nicht nur eine schwarze Null, sondern in 2019 sogar Überschüsse, die erwirtschaftet werden, um die Schulden abzutragen, die Sie im Laufe von 40 Jahren angehäuft haben. Wir stellen uns dieser Aufgabe.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Die wirtschaftlichen Daten werden auch besser. Wir verzeichnen in Nordrhein-Westfalen im November dieses Jahres die niedrigste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung. Im Ruhrgebiet herrscht sogar die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1980: unter 10 %, einstellig – immer noch zu hoch, aber wir arbeiten weiter daran. In Nordrhein-Westfalen haben wir derzeit jedenfalls eine Arbeitslosenquote von 6,4 %.

(Zuruf von der SPD)

Das heißt auch, alle die Menschen, die aus der Arbeitslosigkeit herausgekommen sind, weil Anreize für Unternehmensgründungen und für das Niederlassen von Unternehmen im internationalen Wettbewerb gesetzt wurden, zahlen zum einen Steuern, haben zum anderen aber auch ein ganz anderes Selbstwertgefühl, wenn sie aus den sozialen Sicherungen herauskommen hin zu eigenen Arbeitsplätzen.

Deshalb ist eine kluge Arbeitsmarktpolitik die beste Sozialpolitik, die dieses Land erhalten kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir gehören zur Spitzengruppe der deutschen Länder.

Wie macht man das? Das macht man zum Beispiel, indem man dem gefesselten Riesen endlich die Fesseln wegnimmt. Das machen die Entfesselungspakete in Form von 39 Regelungen, die den Verwaltungsaufwand reduzieren und Gründern die Möglichkeit geben, sich wirklich um das Vermarkten ihrer Produkte zu kümmern.

Die Hygieneampel ist weg, und trotzdem schmecken die Brötchen im Lande noch. Die Lebensmittelsicherheit ist immer noch gegeben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Das ist aber ein toller Erfolg!)

Die Bäcker backen genauso gut wie vorher. Ich weiß doch, dass viele in der SPD es genauso unsinnig fanden, was man mit dieser Hygieneampel angerichtet hat. Ein kleiner Eingriff, und schon ist die Überregulierung abgebaut.

(Jochen Ott [SPD]: Und die Diesel qualmen genauso wie vorher!)

Jetzt geht es darum, eine flächendeckende Einführung der E-Rechnung, elektronische Gewerbeanmeldungen sowie vereinfachte Verfahren für Gründer zu realisieren und Genehmigungsverfahren so zu beschleunigen, dass jemand, der sich selbstständig machen will, nicht jahrelang warten muss, bis er seine Investitionen in Gang setzt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Diese Chance ist jetzt da. In dieser Woche war der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft bei der Ministerin und mir zu Besuch. Er wird bei dem mitwirken, was wir rund um die Ruhr-Konferenz vorhaben.

Schaut man sich die Lage in Deutschland generell an, erkennt man, dass zum Beispiel München völlig überhitzt ist. Ein Gründer kann sich aufgrund der hohen Kosten kaum noch in München niederlassen. Auch Berlin ist zunehmend überhitzt. Zum ersten Mal gab es mehr Start-ups in Nordrhein-Westfalen als in Berlin. Wir haben die Flächen, wir haben Universitäten, wir haben Potenziale. Deshalb kann man sich hier besser als in jeder anderen Region Deutschlands niederlassen. Diese Menschen zu ermutigen, ist ein Ziel unserer Wirtschaftspolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Zaublerlehrling!)

Das setzt sich beim Landesentwicklungsplan fort. 18 Monate hat dieser Prozess gedauert. Wir stehen jetzt kurz vor dem Abschluss. Rot-Grün hat dafür fast vierhalb Jahre gebraucht, nahezu eine ganze Wahlperiode. Endlich ist wieder der Anreiz da, neue Flächen für Ansiedelungen, auch im ländlichen Raum, zu schaffen und mehr Flexibilität bei der Flächenausweisung zu ermöglichen, zum Beispiel die Entwicklung des newPark voranzutreiben und die Emscher-Lippe-Region

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh und Norwich Rüße [GRÜNE])

zum Topstandort zu machen.

SPD-Abgeordnete haben den Grünen in Ihrer gemeinsamen Regierungszeit vorgeworfen, das sei eine „Blutgrätsche“ gegen die Region. So war hier der Ton! Wir hingegen sagen, dass wir diese neuen Arbeitsplätze wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist bei der klassischen Infrastruktur wichtig.

Beim Mobilfunkpakt reden alle über 5G. Herr Professor Pinkwart, der zuständige Minister, redet nicht, er hat es schon gemacht.

(Karl Schultheis [SPD]: Wo haben wir das denn? – Christian Dahm [SPD]: Das sagt Frau Karliczek auch! – Zuruf von Lisa-Kristin Kaptinat [SPD])

Er hat die Verbesserung der Versorgung und den Ausbau der Netze zusammen mit der Telekom, Telefónica Deutschland und Vodafone in einem gemeinsamen Vertrag gesichert. 1.350 neue Mobilfunkstandorte sollen errichtet und 5.500 weitere sollen modernisiert werden, um Lücken im Netz zu schließen. So wird Nordrhein-Westfalen Leitmarkt für den neuen Mobilfunkstandard 5G. Das Ziel muss am Ende sein: bis an jede Milchkanne. Überall im Land brauchen wir schnelles Internet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein weiterer Weg, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, besteht darin, als Standort attraktiv zu sein und gute Verkehrsbedingungen zu ermöglichen. Wir haben inzwischen so viele Pläne fertiggestellt, dass wir 100 Millionen Euro mehr vom Bund bekommen haben. Wir haben also kein Geld zurückgeschickt, sondern durch die fleißige Arbeit mit mehr eingestellten Ingenieuren 100 Millionen Euro zusätzlich vom Bund bekommen. Der Etat des Verkehrsministers steigt auf rekordverdächtige 2,87 Milliarden Euro. Wir arbeiten an der klassischen Infrastruktur und tun im Ständigen Expertenrat Elektromobilität, an dem ich jedes Mal selbst teilnehme,

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist aber nicht gut!)

alles dafür, dass Nordrhein-Westfalen das Gründerland in Sachen Elektromobilität wird.

Wenn wir diesen Weg weitergehen, haben wir die Chance, in unseren Städten für saubere Luft zu sorgen. Dies wird nicht mit unsinnigen Fahrverboten auf der A40 gelingen, sondern mit Innovation und einem Umstieg der Verbraucher in den Städten auf Elektromobilität. Das wollen wir unterstützen und vorantreiben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun sagen einige – ich lese das manchmal bei Twitter –: „Aber Sie haben doch gesagt, die Staus sind weg. Ich stehe gerade im Stau. Es gibt ja immer noch Staus.“ – Zu glauben, man könne dieses Problem innerhalb von 18 Monaten wegzaubern, ist wirklich naiv.

(Christian Dahm [SPD]: Das waren Ihre Worte! – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das waren doch Ihre Worte! – Karl Schultheis [SPD]: So war der Wahlkampf!)

– Nein, so war nicht der Wahlkampf.

(Karl Schultheis [SPD]: So war der Wahlkampf! – Weitere Zurufe)

Es war vielmehr so: Ihr habt Geld verschenkt,

(Heike Gebhard [SPD]: Wir haben das Geld besorgt, das Sie ausgeben!)

ihr habt euch nicht um ein kluges Baustellenmanagement gekümmert, und ihr habt nicht die Ingenieure eingestellt, die wir brauchen.

(Widerspruch von der SPD)

– Ich verstehe, dass Ihnen das das nicht genehm ist.

Wenn ich heute lese, dass wir mit Unterstützung des Bundes bei acht Projekten die Bauzeit auf 23 Wochen verkürzt haben und insgesamt 107 Wochen Bauzeit eingespart haben, weil wir einfach ein besseres Baustellenmanagement machen – das regt die Leute doch auf: die Baustellen, auf denen niemand arbeitet –,

(Beifall von der FDP)

weiß ich, dass wir auf dem allerbesten Weg sind.

Wir hatten uns zwölf Planfeststellungsverfahren vorgenommen, damit das Ganze vorangeht. Es sind nun 19 geworden. Ich sage vielen Dank für die effiziente Arbeit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verkehrsministerium – so kommt Nordrhein-Westfalen voran – und auch an den Minister.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mich bewegt schon seit vielen Jahren die Idee des Aufstiegs durch Bildung. Wir wollen zur Aufsteigerrepublik werden. Deshalb haben wir genau das in der Bildungspolitik zum Ziel gehabt.

Schluss mit den Strukturdebatten! Man kann ein gutes Abitur in acht Jahren und in neun Jahren schaffen. Das ist aus meiner Sicht keine Frage der Ideologie. Aber sieben Jahre lang darüber zu diskutieren und nicht zu entscheiden, bindet zu viele Kräfte in den Schulen.

(Zuruf von Sigrud Beer [GRÜNE])

Deshalb ist die Grundsatzentscheidung für G9 gefällt worden.

Frau Beer, Sie haben eben ziemlich laut dazwischengerufen, als es um die Förderschulen ging. Die Förderschulen waren fast alle verschwunden. Ein Moratorium wenige Tage nach Regierungsantritt hat die letzten von ihnen gerettet – und sie werden gerettet bleiben. Das ist die Politik von CDU und Grünen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD – Zuruf von Sigrud Beer [GRÜNE] – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Die Schulministerin hat etwas gemacht, was Sie zur technischen Unmöglichkeit erklärt hatten, nämlich digital und schulscharf den Unterrichtsausfall zu messen.

(Zuruf von der SPD: Davon haben wir aber was!)

Das führt zu Transparenz.

(Jochen Ott [SPD]: Ein Versuch!)

Das ermöglicht uns, Lehrer in die Schulen zu bringen, wo der Schulunterricht ausfällt. Das ist zum ersten Mal ein flächendeckender Versuch, der die Bildungspolitik für jedes Kind wirklich ernst nimmt. Deshalb werden wir auf diesem Weg weitergehen.

Einen Punkt in Ihrer Rede verstehe ich nicht, Herr Kutschaty. Sie haben so abfällig über die Talentschulen gesprochen und gesagt, das müsste man bei allen 5.068 Schulen im Land machen.

(Thomas Kutschaty [SPD]: 5.668!)

– 5.668 Schulen gibt es im Land Nordrhein-Westfalen.

Sie haben gesagt: Das müsste man überall machen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Gut, das war meistens die Antwort: Man muss es für alle machen – also machen wir gar nichts. – Das war sieben Jahre lang Ihre Politik.

Wir sind an die Regierung gekommen, haben einen bestimmten Zustand vorgefunden und uns gesagt: Neben dem, was wir für alle Schulen tun, müssen wir, wenn Aufstieg durch Bildung gelingen soll, dafür sorgen, dass wir in den schwierigsten Stadtvierteln die besten Schulen haben. Das ist die Idee der Talentschulen. Da bin ich übrigens komplett einig mit Sigmar Gabriel, der das auch gesagt hat.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Sozialindex nennen wir das, Herr Laschet!)

Deshalb wundert es mich, dass Sie dagegen sind, wenn wir damit anfangen, in den schwierigen Stadtvierteln, wo die Kinder keine Perspektive haben, die besten Schulen einzurichten.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das ist doch grober Unfug! – Zurufe von der SPD)

– Ich habe das so verstanden.

Das ist meine Grundidee.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist erbärmlich, Herr Laschet! – Fortgesetzt Zurufe)

– Ich habe früher gedacht, das sei von den Sozialdemokraten auch gewollt.

(Frank Müller [SPD]: Das ist zynisch! – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Sozialindex nennen wir das!)

Wir haben heute oft die besten Ausstattungen in den Schulen, in denen es Elternvereine gibt, die noch etwas spenden, und die die Digitalisierung oder andere schneller herstellen als anderswo.

Die Talentschulen haben genau das als Idee – das können Sie in der Ausschreibung erkennen –, näm-

lich dass da, wo der Bedarf am größten ist, die besten Bedingungen, die besten Lehrerschlüssel und die besten Gebäude vorgesehen sind.

Ich möchte Sie bitten, dass Sie sich dieser Idee anschließen und nicht parteipolitische Süppchen zulasten dieser Viertel in Nordrhein-Westfalen kochen. Darum möchte ich Sie dringend bitten!

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Unsinn ist das! Intellektueller Unsinn! – Zuruf von Frank Müller [SPD] – Weitere Zurufe)

– Ich verstehe die Aufregung nicht ganz. Das war schon immer unsere Idee; das steht auch in der Regierungserklärung. Das hat die Ministerin so vorgebracht. Warum Sie ausgerechnet das als Kritikpunkt für die Haushaltsdebatte nehmen, verstehe ich nicht. Das erschließt sich mir nicht.

(Jochen Ott [SPD]: Weil Sie es noch nicht verstanden haben!)

Die Bemerkung, das müsste dann für alle 5.668 Schulen so sein, ist eben falsch. Dort, in diesen Vierteln, müssen wir anfangen. Das ist unser Ansatz; so ist unser Konzept.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der frühkindlichen Bildung packt Joachim Stamp das ebenso an. Im Gesetz war vorgeschrieben, jedes Jahr zu evaluieren, ob denn der Grundschlüssel des Kinderbildungsgesetzes reicht.

(Zuruf)

Sieben Jahre lang ist nicht evaluiert worden. In den Überbrückungshaushalten haben wir den Kindergärten, die dringend Luft zum Atmen brauchten, unter Führung des Ministers Stamp ein Kita-Rettungspaket an die Hand gegeben. Wir haben uns für das neue Jahr ein neues Kinderbildungsgesetz vorgenommen, das endlich die Auskömmlichkeit in der frühkindlichen Bildung herstellt,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

die Sie sieben Jahre lang verweigert haben. Das ist der Job, an dem der Minister arbeitet.

(Beifall von der CDU und der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Da sollte das Verursacherprinzip gelten!)

Beim Thema „Innere Sicherheit“ gab es ebenfalls viele Kritikpunkte; ich habe es am Anfang meiner Rede geschildert. Die Frage ist: Wie geht man das Ganze jetzt an?

Bei der Frage, wie viele neue Kommissaranwärter wir einstellen, gibt es wahrscheinlich einen Konsens, weil auch vor der Wahl ähnliche Zahlen genannt wurden. Bis an die Grenze unserer Ausbildungskapazität

zu gehen, war die Grundidee bei Sozialdemokraten, bei Christdemokraten und bei der FDP.

Das Entscheidende ist aber nicht nur die Zahl der Kommissaranwärter, sondern man braucht, wenn man das Thema ernst nimmt, erst einmal die politische Grundhaltung, dass Rechtsbruch nicht geduldet wird – egal wo.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich nenne Ihnen dazu ein Beispiel: Wir sind für Meinungsfreiheit. Man kann kritisch rund um Afrin und über den Einsatz der Türkei gegen Kurden diskutieren. Dagegen darf man auch demonstrieren.

Aber wenn die Auflage lautet, keine PKK-Fahnen zu zeigen, heißt das genau das: keine PKK-Fahnen zeigen.

In den letzten Jahren fanden einige Demonstrationen statt. Sie sehen die Demonstrationen in den Kölner Rheinwiesen, und Sie sehen Tausende PKK-Fahnen. Entweder nimmt sich der Rechtsstaat ernst oder nicht. Diese Fahnen werden bei den Demonstrationen meistens nach etwa hundert Metern Marsch verteilt. Der Innenminister hat jetzt zweimal gesagt: Das ist eine Provokation des Rechtsstaats, und wenn die Fahnen nicht eingerollt werden, wird die Demonstration aufgelöst. – Das spricht sich herum: In Nordrhein-Westfalen wird so etwas nicht mehr geduldet. Das ist eine neue Herangehensweise.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Clans spüren das gleichermaßen. Das sind über Jahrzehnte gewachsene Strukturen, die übrigens auch auf Versäumnisse der Integrationspolitik in den 90er-Jahren beruhen.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Da haben sich Strukturen verfestigt, die dieser Innenminister jetzt stört, indem er unangekündigt Razzien durchführt, indem er Geschäftsmodelle in kriminellen Strukturen zerstört und indem er in schwierigen Vierteln Politik zugunsten der Menschen macht. Auch dafür hat er jede Rückendeckung. Man könnte diese Aufzählung jetzt endlos fortsetzen.

Innere Sicherheit bedeutet jedenfalls mehr als nur „mehr Polizei“. Sie ist eine bestimmte Haltung; sie ist übrigens auch Rückendeckung für Polizisten. Eine Kennzeichnungspflicht gibt es mit uns nicht; das ist eine alte Forderung der Polizisten. Wir trauen unseren Polizisten und misstrauen ihnen nicht, wie es in der vorherigen Regierung der Fall war.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der nächste Schritt, der in dieser Woche noch ansteht, ist ein neues Polizeigesetz, das sehr sorgsam erörtert, sehr sorgsam diskutiert und

(Christian Dahm [SPD]: Da bin ich aber auf die Wortwahl gespannt!)

novelliert wird. Damit gehen wir einen neuen Weg. Wir bekommen ein modernes Polizeigesetz für Nordrhein-Westfalen, das der Polizei im Kampf gegen Gefährder an Kriminalitätsschwerpunkten und mit der Einführung des Instruments der Strategischen Fahndung verdachtsunabhängige Kontrollen ermöglicht. Diese Instrumente gab es bislang nicht.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja!)

Ich sage noch etwas zum Stil dieser Regierung. Man hätte jetzt einen riesigen Streit über das Polizeigesetz führen können. Manche haben gefragt: Was macht ihr denn jetzt; müsst ihr das novellieren? – Das ist gerade der Sinn einer Anhörung im Parlament. Es ist vielleicht für manche ungewohnt, dass man auf das hört, was die Experten in einer Anhörung sagen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wenn Sie das mal machen würden!)

Wir haben es bei der Inklusion und bei anderen Themen erlebt, dass alle Experten gesagt haben, so könne man das nicht machen. Und Sie haben es trotzdem gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir machen es jetzt anders: Wir hören auf die Experten. Ich sage Ihnen persönlich: Mir ist die Meinung von Burkhard Hirsch und Gerhart Baum sehr wichtig.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Das sind sehr anerkannte liberale Anhänger des Rechtsstaats, die manchmal den Staat mit ihren Prozessen geärgert haben mögen, die aber darauf hinweisen ...

(Nadja Lüders [SPD]: Weder noch, sondern Verständnis vom Rechtsstaat haben! – Marc Lürbke [FDP]: Werden Sie nicht zustimmen? – Christian Dahm [SPD]: Überlegen wir uns noch!)

Also, ich finde es mutig, wenn sich Burkhard Hirsch mit 87 Jahren in neue Rechtsmaterien vertieft, notfalls klagt und den Finger in die Wunde legt. Wenn er Ihnen einen handschriftlichen Brief schreibt, enthält dieser noch einen riesigen Fußnotenapparat. Wenn alle in Vorgängerregierungen so präzise gearbeitet hätten und in kommenden Regierungen so präzise gearbeitet würde, dann wäre unserem Land gut gedient.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Davor kann man Respekt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In dieser Woche ist wahrscheinlich ein großer Konsens zu diesem Polizeigesetz möglich. Herr Kutschaty hat gestern die Grünen kritisiert, dass sie der Polizei keine Rückendeckung geben würden.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Auch ich hätte mir gewünscht, dass die Grünen dabei gewesen wären und nicht bei Demonstrationen am letzten Wochenende gegen dieses Stück mehr Sicherheit demonstriert hätten. Das hätte ich mir gewünscht, aber es war nicht möglich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir nehmen sehr häufig die Täter in den Blick, aber nicht die Opfer. Deshalb habe ich, noch bevor ich Ministerpräsident wurde, einmal einen Opferschutzbeauftragten in Berlin besucht, der allerdings ehrenamtlich tätig war. Ich habe ihn nach seiner Tätigkeit gefragt.

Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir eine Opferschutzbeauftragte bestellen wollten. Das ist jetzt Frau Aucher-Mainz, die am 1. Dezember 2017 ihre Arbeit mit einer echten Stabsstelle aufgenommen hat. Ich habe vor ein paar Tagen nachgefragt, wie viele Fälle es gab und wie viele Leute sich gemeldet haben. 550 Kriminalitätsoffer haben sich in diesem einen Jahr gemeldet. Das sind 550 Leute – es gibt wahrscheinlich noch viel mehr, die nicht wissen, dass es diese Stelle gibt –, die vorher keine Anlaufstelle hatten, wo sie ihre Sorgen loswerden konnten.

Das ist auch eine andere Herangehensweise, bei innerer Sicherheit nicht nur über Täter zu sprechen, sondern auch an die Opfer zu denken. Wir wollen das weiter ausdehnen. Wir kümmern uns um die Opfer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Kutschaty, Sie haben gefragt, was die Bosbach-Kommission macht. Auch dazu eine Antwort. Die Bosbach-Kommission sollte – Sie haben das schön beschrieben; Sie finden das immer sehr lustig, wenn man es so formuliert – die Architektur der Sicherheit zwischen Bund und Ländern neu ordnen usw.

(Zuruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Sie haben gesagt: Der wollte gleich die halbe Welt retten, und der tut eigentlich gar nichts; das war nur ein PR-Gag im Wahlkampf – wie Sie halt so reden.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Ich kann es Ihnen sagen: Die Kommission hat ihre Arbeit zu Beginn des Jahres 2018 aufgenommen. Im Dezember findet bereits die zehnte Sitzung statt. Die Mitglieder der Kommission treffen sich alle vier Wochen. Das sind absolute Experten, parteiübergreifend – Sie kennen die Namen –, die etwas von innerer Sicherheit und von Strukturen verstehen. Die Teilnehmerquote bei den Sitzungen liegt bei 84 %. Sie haben ja gefragt, ob die großen Namen überhaupt kommen. Ja, sie nehmen tatsächlich an den Sitzungen teil.

Die Kommission hat sieben Vor-Ort-Termine durchgeführt, unter anderem beim Generalbundesanwalt

und beim Präsidenten des BKA. In den nächsten Sitzungen soll das Thema „Besondere Opfergruppen – Senioren, Frauen und Kinder“ in den Blick genommen werden. Die Kommission will sich auch mit Organisierter Kriminalität und Clan-Kriminalität beschäftigen, mit Cybercrime, mit Hasskriminalität, mit islamistischem Terrorismus und mit der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Deutschland.

Ich verstehe jetzt nicht ganz, was Ihr Vorwurf ist. Ist Ihr Vorwurf, dass Herr Bosbach mit der Kommission zu wenig in Talkshows zu sehen ist? Oder was ist der Vorwurf? Die Kommission arbeitet still hinter verschlossenen Türen und wird irgendwann ihren unabhängigen Bericht vorlegen. Und dann können wir über den Bericht diskutieren.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

– Bitte?

(Sarah Philipp [SPD]: Wir dürfen aber immer nachfragen, was sie machen!)

– Ja, Sie dürfen schon nachfragen.

(Sarah Philipp [SPD]: Danke!)

Aber Herr Kutschaty hat nicht gefragt, sondern hat hier polemische Reden gehalten.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Deshalb bekommen Sie jetzt hier die Antwort.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Außerdem haben Sie ja schon eine Kleine Anfrage zu diesem Thema gestellt, wenn ich mich recht erinnere, auf die Sie die Antwort, die Sie gerne hätten, natürlich bekommen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nein, eben nicht!)

Jetzt lassen Sie mich einige Bemerkungen zu unserem Auftritt auf Bundes- und Europaebene machen und da insbesondere die Diskussion über den Digitalpakt ansprechen.

Wir haben im Grundgesetz ein System, das Bundeszuständigkeiten und Länderzuständigkeiten kennt. Dazwischen haben wir Formen, in Bezug auf die wir uns im Koalitionsvertrag auch vorgenommen haben, dass eine bessere Kooperation bei einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe möglich sein soll. Wir werden einen Weg finden, wie wir das dann in den Vermittlungsausschuss, der ja Ende dieser Woche im Bundesrat einberufen wird, einbringen.

Trotzdem möchte ich Ihnen noch einmal ein Grundprinzip meiner Grundhaltung dazu erläutern. Für Aufgaben in Bundeszuständigkeit gibt es auch Steuern, die nur dem Bund zustehen. Für Aufgaben in Landeszuständigkeit gibt es manche Steuern, die nur den Ländern zustehen, und manche Steuern, die nur den Kommunen zustehen.

Außerdem gibt es ein System der Gemeinschaftssteuer. Der Bund tut immer so, als sei das Bundesgeld. Die Staatsministerin im Kanzleramt – manchmal hadert man bei Twitter auch mit eigenen Leuten –, Dorothee Bär, hat geschrieben, das sei ja klar; wenn es um Bundesgeld gehe, ständen die Länder immer 16 : 0 gegen den Bund. Es geht aber nicht um Bundesgeld. Das ist eine Gemeinschaftssteuer, die Bund und Länder erwirtschaften. Und wenn man der Meinung ist, dass hier eine neue Aufgabe da ist – und sie ist mit dem Digitalpakt da; das Geld muss schleunigst in die Schulen kommen –, dann muss man die Gemeinschaftssteuer zugunsten dessen verändern, der diese Aufgabe wahrnimmt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das hätte man doch eher sagen können!)

– Bitte?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das hätte man doch eher sagen können!)

– Diese Grundhaltung hatte ich schon immer. Und im Koalitionsvertrag steht, dass wir alles tun, um Hindernisse abzubauen und gesamtgesellschaftlich an der Bildung zu arbeiten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das steht aber nicht im Koalitionsvertrag!)

– Der Digitalpakt steht gar nicht im Koalitionsvertrag, sondern da geht es um eine generelle Frage zum Bildungsföderalismus.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Wie sich die SPD durch ihren Parteivorsitzenden in Nordrhein-Westfalen zu diesem Thema eingelassen hat, geht gar nicht. Ich zitiere Sebastian Hartmann einmal wörtlich:

(Sarah Philipp [SPD]: Aber das hatten wir heute schon!)

Laschet ist „hochgradig peinlich und unprofessionell“. – Geschenk!

(Zuruf von der SPD: Treffer!)

– Ja, das ist wahrscheinlich bei jedem Tweet automatisch eingegeben. Dieser Teil ist klar.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Aber jetzt kommt das, wo alle Landtagsabgeordneten, auch von der SPD, sagen müssten: So kannst du mit uns nicht umgehen. – Denn er sagt:

„Dass Laschet zwei Tage nach dem Abpfiff des Spiels noch eine Verlängerung fordert, ist einfach irre.“

Wenn der Bundestag irgendetwas beschließt – mit welcher Mehrheit auch immer –, ist das nicht der Abpiff des Spiels. Abpiff des Spiels ist, wenn die Länder im Bundesrat am Ende Ja gesagt haben.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Es geht also doch um verletzte Eitelkeit!)

Dieses Verfassungsverständnis ... Genauso irre wie ich sind dann Frau Dreyer, Frau Schwesig, Herr Tschentscher, Herr Weil, Herr Müller, Herr Woidke und Herr Sieling. Alle Ministerpräsidenten der Sozialdemokratie treten für ihre Länder ein. Ich würde mir wünschen, dass die SPD-Fraktion im Landtag auch für das Land einträte – und nicht für solche Mätzchen, wie Sie sie da gemacht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine letzte Bemerkung: Bei alledem werden wir als Koalition gemeinsam ein gutes Ergebnis im Vermittlungsausschuss erwirken.

Aber eines sei nur einmal prinzipiell gesagt: Den Glauben, dass eine Aufgabe, der sich ein Bundespolitiker widmet, qualitativvoller bewältigt wird als dann, wenn wir das machen, habe ich noch nie verstanden.

Ich könnte zig Beispiele in der Bundespolitik nennen. Da würden Sie sofort alle einstimmen –

(Ministerpräsident Armin Laschet deutet in Richtung unterschiedlicher Fraktionen.)

Sie beim Diesel und Sie bei der Bundeswehr, ob es um Flugzeuge geht, die nicht fliegen, oder was auch immer. Aber der Glaube, dass wir ausgerechnet bei der Bildung weniger Kompetenz hätten

(Stefan Zimkeit [SPD]: Als die Bildungsministerin?)

als irgendein Bundestagsabgeordneter, überzeugt mich nicht. Ich werde dafür kämpfen, dass unsere Kompetenz bei der Qualität der Bildung auch im Föderalismus ihr Gewicht haben wird.

(Beifall von der CDU)

Aber noch einmal: Das Ziel ist, den Pakt schnell umzusetzen. Unsere Schulen brauchen das Geld. CDU und FDP werden mit den unterschiedlichen Akzenten, die man in Berlin und hier hat – wir auch im Verhältnis zu unserer Bundestagsfraktion; das ist wirklich ein offenes Argumentieren –, im Vermittlungsausschuss gemeinsam ein Ergebnis im Sinne des Koalitionsvertrages hinbekommen.

Ich mache noch eine letzte Bemerkung, damit jeder weiß, worüber wir reden. In Art. 104b Grundgesetz soll festgeschrieben werden: Von allem Geld, das der Bund in Zukunft gibt, müssen die Länder 50 % zahlen.

Kollegin Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern und andere sagen mir dazu: Wenn es irgendwann eine Flutkatastrophe gibt und man dem Osten dann spontan hilft, aber per Grundgesetz festgeschrieben ist, dass 50 % vom Land zu erstatten sind, ist das falsch.

Wenn wir beim Strukturwandel jetzt vom Bund Geld als Ausgleich für die Wertschöpfung erwarten, die durch eine Bundesentscheidung für einen früheren Ausstieg aus der Braunkohle aus dem Rheinischen Revier herausgeholt wird, erwarten wir da keine 50-50-Geschäfte, sondern dann soll der Bund den Anteil leisten, den er durch seine Entscheidungen verursacht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb ist die Frage größer und beschränkt sich nicht nur auf das Thema „Bildung“. Damit würde im Grundgesetz für alle Zeiten etwas festgeschrieben. Jede Regierung der nächsten Jahre und jedes Parlament verlieren dann zugleich Haushaltsrechte, weil der Deutsche Bundestag die Maßnahme beschließt und wir 50 % beisteuern müssen. Es steht also eine Menge mehr auf dem Spiel als nur diese eine Frage.

Deshalb lautet meine Bitte an Sie, dies ernst zu nehmen, sich das noch einmal genauer anzuschauen und dann vielleicht doch zu überdenken, ob die erste spontane Reaktion wirklich die richtige war.

Ich bin damit beim Strukturwandel im Rheinischen Revier. Man kann das so wie der Osten machen – 60 Milliarden Euro fordern, aber keine Konzepte vorlegen. Daran wird jetzt gearbeitet.

Professor Pinkwart hat es anders gemacht. Er ist mit der Innovationsregion Rheinisches Revier im Gespräch und hat einen Konsens der Bürgermeister, der Landräte und aller anderen Beteiligten erzielt. Wir haben prioritäre Projekte, die wir aber nicht jeden Tag auf dem Marktplatz vortragen.

(Zuruf)

– Klar haben wir die.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Lassen Sie sich einmal überraschen. Sie werden am Ende begeistert sein. Manche Kolleginnen und Kollegen aus anderen Teilen Deutschlands fragen uns gelegentlich, wie wir das eigentlich gemacht haben, und möchten gerne unsere Expertise in Anspruch nehmen.

Professor Pinkwart und ich sitzen drei-, viermal in der Woche zusammen. Er mailt mir und fragt, wie gerade der aktuelle Zwischenstand ist. Wir nehmen dann direkt Kontakt mit Minister Altmaier oder Ronald Pofalla auf und sprechen mit den jeweiligen Akteuren.

Dieses Thema ist eines der absoluten prioritären. Denn im Januar 2019 wird die Kommission ihre Arbeit abschließen. Dann fallen die Entscheidungen. Anschließend können Sie uns daran messen, ob wir das gut oder schlecht gemacht haben. Ich bin überzeugt: Es wird eine gute Lösung geben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für die Ruhrkonferenz gilt das Gleiche. Wir wollen das alles in einem längeren Prozess entwickeln und nicht eine einzige Konferenz abhalten, bei der einmal die Scheinwerfer leuchten, die Bundesprominenz einfliegt, ein Sack Geld hingestellt wird und dann gesagt wird: Erledigt! – Nein, so löst man die Probleme nicht. Man löst sie, indem man auch neue Ideen entwickelt, Geschäftsgründungen wieder ermöglicht, neue Arbeitsplätze schafft und die ganzen Pfunde des Ruhrgebiets nutzt.

Ich zitiere den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Herrn Baranowski, der dazu gesagt hat:

„Vielleicht meinten manche Regierungsmitglieder, gerade weil sie aus der Region kommen, keine besondere Ruhrgebietspolitik machen zu müssen. Ich habe immer gesagt, die Landesregierung muss sich mehr ums Ruhrgebiet kümmern. Es hätte einen Ruhrgebiets-Kümmerer in der Staatskanzlei geben müssen.“

Jetzt gibt es mehrere Kümmerer. Jeder Minister ist dabei. Minister Holthoff-Pförtner ist federführend. Wir werden diese Region, gerade wenn der Steinkohlebergbau endet und viele Wehmut haben, in eine neue Phase der Dynamik führen. Wir würden uns wünschen, dass Sie das unterstützen und auch hier von der Polemik Abstand nehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu dem europäischen Engagement möchte ich einige Sätze sagen. An die Reihen der AfD gerichtet: Ja, ich will keine Grenzkontrollen zwischen Belgien, den Niederlanden und Deutschland.

(Beifall von der CDU, der FDP und Christian Dahm [SPD])

Ja, wir wollen nicht die alten Schranken zurück. Wir leben über die Grenzen hinweg. Wir wollen Kriminalität grenzüberschreitend gemeinsam bekämpfen. Dazu brauchen Sie übrigens mehr Europa und nicht weniger Europa. Das ist die Antwort darauf: mehr Europa.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das haben wir mit Herrn Rutte beispielsweise im Kabinett erörtert. Wenn sich gerade nach den Angriffen auf Geldautomaten die Täter in die Niederlande zurückziehen

(Helmut Seifen [AfD]: Genau!)

oder andere Täter aus Deutschland in die Niederlande zurückziehen, brauchen Sie keine nationalstaatliche Borniertheit, sondern europäische Lösungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb ist das für uns ein wichtiges Thema. Meine ersten Reisen gingen auch nach Belgien, in die Niederlande und nach Luxemburg. Wir werden demnächst zu einem Treffen der drei zusammenkommen.

Da wird es – Herr Kutschaty, keine Sorge! – auch für den Regierungschef einen roten Teppich geben, damit dieses Land wieder ein bisschen Stil zeigt und nicht die Leute lediglich mit der Rolltreppe in die Staatskanzlei herauffährt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist auch etwas, was unserer Absicht ist – damit das ganz klar ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass eine nationale Regierung Regierungskonsultationen mit einem Bundesland vornimmt, ist einzigartig, zeigt aber die besondere Erwartung, die besondere Wertschätzung, die man Nordrhein-Westfalen entgegenbringt. Das werden wir mit vielen Maßnahmen und Treffen, bei denen wir an konkreten Themen arbeiten, auch weiter fortsetzen. Dadurch werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessern.

Wir haben das Ziel, dass in der Digitalisierung, die vor uns liegt, Nordrhein-Westfalen vorne mitspielt, dass wir bei der Bildung den Aufstieg durch Bildung so schaffen, wie ich es eben beschrieben habe, und dass es uns gelingt, die alten Industrien Stahl, Aluminium und Chemie zu halten.

Das ist auch die Grundfrage bei der Kommission des Bundes. Es geht nicht darum, wie wir einige Bergleute im Rheinischen Revier versorgen, sondern darum, wie Hydro Neuss, Evonik, Bayer und Lanxess in Zukunft zu jeder Sekunde bezahlbaren und verfügbaren Strom bekommen. Wenn diese Frage gut beantwortet ist, werden wir wahrscheinlich deutlich früher aus der Kohleenergie aussteigen, als Sie von Rot-Grün das geplant hatten. Sie hatten es ja für das Jahr 2045 vorgesehen. Wir haben ambitioniertere Ziel.

Aber wir haben zugleich die Interessen des Industrielands im Blick. Denn was passiert, wenn eines dieser Unternehmen abwandert? Und diese Gefahr ist bei den Preisen für Energie im Weltmarkt gegeben, insbesondere in den USA, wo durch Fracking plötzlich niedrigere Energiepreise aufgerufen werden und der amerikanische Präsident auch noch zusätzliche, verzerrende Steuervorteile gewährt, die wir ablehnen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt geht es auch noch um Fracking, oder was?)

Das ist die Wettbewerbssituation. Uns ist nicht damit gedient, wenn ein Stahlwerk nach Indien oder China abwandert. Dem Weltklima ist damit übrigens auch nicht gedient.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wie wollen Sie es denn dann machen?)

– Deshalb muss dieser Dreiklang umgesetzt werden, von dem ich bei Ihnen nie etwas höre, Frau Düker.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das müssten Sie bei jeder Rede sagen. Der Dreiklang ist: Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit, Klimaschutz. – Aber es ist doch kein Politikmodell ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Das sind Ziele, aber noch keine Konzepte!)

– Frau Düker, Sie rufen jetzt „keine Konzepte“ in den Raum. Es ist jedenfalls extrem konzeptionslos, im Jahre 2016 eine Leitentscheidung zu fällen und 2017 demonstrieren zu gehen. Konzeptloser geht es doch gar nicht mehr.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Dies beides im Blick zu behalten, ist das Ziel für das Jahr 2019. Denn das kommt in unserem Haushaltsjahr 2019 alles gleichzeitig auf uns zu.

Im Januar fallen die Entscheidungen der Kohlekommission.

Im März kommt der Brexit, von dem wir bis heute nicht wissen, in welcher Wucht er uns trifft. Wenn er wirklich hart wird und es schiefeht, kann es schlimmer werden als das Ende von Lehman Brothers in den USA. Das steht uns im März bevor.

Im Mai steht uns eine Europawahl bevor, bei der wir darauf hoffen, dass die demokratischen Kräfte, die, was auch große Teile dieses Parlaments eint, für Europa sind, die Menschen dazu bewegen werden, wählen zu gehen und eine neue Kommission ins Amt zu bringen, die die schwierigen Aufgaben, die auch für unser Land anstehen, gut bewältigt.

Wenn wir dazu im nächsten Jahr weiter streiten, bei einigen dieser Themen aber auch Gemeinsamkeiten finden – insbesondere, was Europa angeht –, dann ist das gut für Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Laschet. – Für die Fraktion der Grünen hat Frau Abgeordnete Düker noch einmal um das Wort gebeten.

(Christian Dahm [SPD]: Monika, das ist dein Applaus! – Monika Düker [GRÜNE]: War das jetzt mein Applaus? Danke schön!)

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, was man Ihnen lassen muss und was Sie wirklich gut können – das muss ich Ihnen neidlos zugestehen –, ist, sich mit Selbstlob zu überschütten und sich mit fremden Federn zu schmücken.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Denn all das, von dem Sie vorhin behauptet haben, dass es auf Ihr Konto gehe – Sie haben ja gesagt, wie toll es sei, was Sie alles machten –, hält einem Realitäts- und Faktencheck nicht stand. Und den nehmen wir jetzt einmal vor.

(Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Konzeptionslos!)

Angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit habe ich nur vier Bereiche herausgesucht.

Erstens: Ihr Märchen von der Haushaltswende. Der Finanzminister erzählt es auch immer wieder gerne.

(Christian Dahm [SPD]: Lucky Lutz! – Heiterkeit von Minister Lutz Lienenkämper)

Abgesehen davon, dass Sie beim Schuldenabbau immer alles der einen Seite des Plenums zuschreiben: 2005 bis 2010 waren Sie am Aufbau der Schulden auch sehr stark beteiligt.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Auch Sie haben Milliardenbeträge in zweistelliger Höhe auf den Schuldenberg gepackt. Aber Sie meinen – das ist eine gewagte These –, nun keine neuen Schulden zu machen, sei Ergebnis Ihrer klugen Regierungspolitik.

Herr Laschet, schauen wir uns doch nur einmal die Stellungnahme des Landesrechnungshofs an. In seiner bekannt nüchternen Art bilanziert der Landesrechnungshof: Das Ergebnis der guten Haushaltslage ist sprudelnden Steuereinnahmen und dem niedrigen Zinsniveau zu verdanken.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: So ist das!)

Die schwarze Null wurde Ihnen und Ihrem Finanzminister angesichts der jedes Jahr höheren Steuereinnahmen, die Sie zu verzeichnen haben, auf dem Silbertablett serviert.

(Christian Dahm [SPD]: So ist das! – Marlies Stotz [SPD]: Schau an!)

Sie ist keinesfalls Ausdruck Ihrer klugen Politik.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Denn wirft man einmal einen Blick in den Haushalt, sieht man: Von Sparen halten Sie gar nichts. Konsolidiert wird in diesem Haushalt nämlich nichts. Es wird einfach das Geld, das vorhanden ist, ausgegeben. Das ist keine nachhaltige und kluge Regierungspolitik.

Was macht man in einer solchen Situation? Das ist völlig klar. Wir haben es in der Anhörung erfahren. Lesen Sie sich doch einmal die Stellungnahmen durch. Von den Wirtschaftsverbänden bis zum DGB sagen alle, erstens müsse zielgerichtet investiert werden. Zweitens dürfe nicht der Haushalt konsumtiv aufgebläht und damit stranguliert werden, wenn die Steuereinnahmen einmal nicht mehr so hoch sind und die Party vorbei ist. Vor allem müsse nun drittens Geld in den Schuldenabbau gesteckt werden.

Auch dazu ein Zitat vom Landesrechnungshof:

„Sollte das Zinsniveau ... zunehmen“

– und es wird zunehmen, Herr Laschet; es nimmt bereits zu –,

„könnten auf den Landeshaushalt angesichts des erreichten hohen Schuldenstands für längere Zeit steigende Belastungen zukommen. Dem kann nur durch eine nachhaltige Verringerung des Schuldenstands wirksam begegnet werden. Schuldentilgung sollte daher prioritär sein.“

Aber sie ist es in Ihrer Politik nicht. Sie blähen den Haushalt auf. Sie schaffen sich Stellen in den Ministerien. Eine marginale Summe fließt in den Schuldenabbau. Das belastet die nachfolgenden Generationen, die mit dieser Last umzugehen haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Das ist nicht zukunftsorientiert, sondern schlicht ambitionslos und auch gefährlich.

(Andreas Keith [AfD]: Kommt noch etwas Neues? – Helmut Seifen [AfD]: Das ist ja AfD-Sprech!)

Zweitens: zu Ihrem Märchen von den Entfesselungspaketen. Sie behaupten, baue man nur einmal ein paar Regulierungen ab, kämen die Arbeitsplätze schon ganz von allein. Als Beispiel dafür nennen Sie den Landesentwicklungsplan.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Herr Ministerpräsident, im Landesentwicklungsplan geben Sie das 5-Hektar-Ziel auf. Damit schaffen Sie keine neuen Arbeitsplätze, sondern vernichten zuallererst die wichtigen Freiflächen, die wir nicht nur für die Landwirtschaft und den Klimaschutz brauchen. Wir brauchen sie überhaupt nicht für Gewerbegebiete. Denn wenn beispielsweise die zur Verfügung stehenden Flächen im Ruhrgebiet mit einer klugen

Altlastenpolitik für Gewerbeflächen freigemacht werden könnten, ließen sich diese Dinge übereinander bringen.

(Henning Höne [FDP]: Die Altlastenaufbereitung haben wir gestärkt! 1,5 Millionen Euro extra!)

Das ist doch das Gebot der Stunde. Es geht darum, Umweltpolitik und Wirtschaft zu versöhnen. Denn zwischen die beiden Begriffe gehört kein Oder, wie Sie es machen,

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

sondern ein Und.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das haben Sie noch nicht begriffen.

Wir haben Anträge dazu gestellt. Sehen Sie sich unsere Anträge dazu, wie man genau auf diesen Brachflächen wieder neue Gewerbeflächen schaffen kann, gut an.

(Henning Höne [FDP]: Habe ich hier! 1,5 Millionen Euro haben wir für die Altlasten hineingegeben!)

– Ja, das kostet ein bisschen Geld. Man könnte auch noch mehr hineinstecken.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Aber wenn Sie die Freiflächen in diesem Land einfach zubetonieren, kostet es am Ende Ihre Enkelkinder noch sehr viel mehr Geld.

(Beifall von den GRÜNEN – Arndt Klocke [GRÜNE]: Sehr richtig! So ist es!)

Drittens: das Sicherheits-Heilsversprechen des Herrn Innenministers, welches derselben rückwärts-gewandten Logik folgt wie die Aussage „weniger Umwelt gleich mehr Wirtschaft“. Sie folgen dem Heilsversprechen, weniger Grundrechte würden automatisch mehr Sicherheit schaffen.

(Marc Lürbke [FDP]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Sowohl im Umweltbereich als auch im Sicherheitsbereich gilt:

(Marc Lürbke [FDP]: In Ihrer eigenen Welt ist das vielleicht so!)

Sicherheit und Freiheit sind genauso zwei Seiten derselben Medaille, wie Umwelt und Wirtschaft zusammengehören.

(Marc Lürbke [FDP]: Deswegen machen wir das ja auch zusammen! Sicherheit und Bürgerrechte! – Gegenruf von Verena Schäffer [GRÜNE]: Nein, machen Sie nicht!)

– Herr Lürbke, am 14. Mai 2017 hat es begonnen, dass es hier sicherer wurde? So ein Quatsch!

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie kennen doch selbst die Statistiken.

(Marc Lürbke [FDP]: Wir machen es zusammen! Das, was Sie nicht gemacht haben!)

– Herr Lürbke, sehen Sie sich doch die PKS an. In allen signifikanten Kriminalitätsbereichen, in allen Deliktsbereichen, ist die Kriminalität seit 2015 und 2016 zurückgegangen – und zwar, weil die Konzepte, die von Rot-Grün angelegt wurden, gewirkt haben.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Deswegen ist die Kriminalität vor dem 14. Mai ...

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von der AfD)

Das, was Sie hier in den Raum stellen, sind doch alles Legenden.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Und zum Aufwuchs: Sie haben in Ihrer Regierungszeit von 2005 bis 2010 den Abbau der Polizeistärke verursacht.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ach, jetzt kommt sie wieder mit diesem Märchen!)

Sie hatten Einstellungsermächtigungen von 500. Damit schafft man nicht mehr Sicherheit.

(Christof Rasche [FDP]: Die hatten Sie doch festgelegt! – Gegenruf von Christian Dahm [SPD]: Aber ihr habt das 2007 und 2008 fortgesetzt!)

Das haben wir in unserer Regierungszeit korrigieren müssen. Davon profitieren Sie heute.

(Beifall von den GRÜNEN)

Selbstverständlich sind wir bei Ihnen, wenn Sie an diese erfolgreiche rot-grüne Politik anknüpfen. Da stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber zurück zum Märchen von „weniger Freiheit gleich mehr Sicherheit“, Herr Reul:

(Minister Herbert Reul: Das stimmt überhaupt nicht!)

Schauen Sie sich die Maßnahmen doch einmal an. Da ist ganz viel Symbolpolitik dabei.

Durch die Ausweitung der Videobeobachtung, die jetzt überall stattfinden kann, wird Kriminalität eben nicht verhindert, sondern verlagert.

Durch die Schleierfahndung – die jetzt „strategische Fahndung“ heißt, weil damit für die FDP noch ein Feigenblättchen an Bürgerrechten übrig geblieben ist –

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

wird die Stecknadel im Heuhaufen, die ja gesucht wird, doch nicht eher gefunden als bei einer anlassbezogenen zielgerichteten Fahndung.

Durch längeren Unterbindungsgewahrsam werden Terroranschläge nicht verhindert. Schon gar nicht werden damit – dieses Märchen glaubt Ihnen ja keiner – Abschiebungen erleichtert.

All diese ausgeweiteten Eingriffsbefugnisse für die Polizei, die Sie gleich beschließen werden, haben Folgendes zur Konsequenz:

Erstens. Sie werden hohe Personalkapazitäten binden; denn bei den ganzen Videoübertragungen müssen ja Leute hinter den Bildschirmen sitzen, um sich das anzuschauen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ah!)

Diese Leute werden auf der Straße fehlen, um vor Ort für Sicherheit zu sorgen.

(Marc Lürbke [FDP]: Das passiert doch jetzt auch schon!)

Auch die Schleierfahndung ist mit einem enormen Personaleinsatz verbunden, der am Ende aber sehr wenig Sicherheit schafft.

Zweitens. Mit diesen Eingriffsbefugnissen erzielen Sie im Verhältnis wenig konkreten Sicherheitsgewinn. Dieser ist nicht nachweisbar.

Drittens. Sie nehmen für all diese Showpolitik weitreichende Grundrechtseingriffe bei Unschuldigen in Kauf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da hätte ich bei der FDP doch etwas mehr Rückgrat erwartet. Aber im Kampf ...

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD] – Zurufe von Daniel Sieveke [CDU] und Marc Lürbke [FDP])

– Herr Lürbke, ich weiß: In der Konkurrenz mit Herrn Golland um den dicksten Sheriffstern möchten Sie nicht zurückstehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe)

Genau diese Politik haben sich die Verfassungsschützer beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe so nicht vorgestellt; denn sie haben der Politik in den letzten Jahren bei entscheidenden Korrekturen von Sicherheitsgesetzen ganz klar ins Stammbuch geschrieben – lesen Sie sich das doch einfach einmal durch; das steht dort immer wieder und ist ganz klar belegbar –: Alle Eingriffe in Grundrechte und Freiheitsrechte in einem Rechtsstaat müssen erstens geeignet, also zweckdienlich, zweitens erforderlich, also notwendig, und drittens angemessen, also verhältnismäßig, sein.

Genau diese Prüfung ist aus unserer Sicht bei diesem Polizeigesetz nicht mit der notwendigen Sorgfalt

erfolgt. Wir haben große Zweifel, ob das einem Verfassungsscheck wirklich standhält. Einen solchen werden wir nach Verabschiedung dieses Gesetzes auch vornehmen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Letzter Punkt: Das Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ ist ja eines Ihrer Lieblingszitate aus der letzten Legislaturperiode, Herr Laschet. Auch dazu einmal ein Faktencheck: In der letzten oder vorletzten Haushaltsrede vor der Wahl haben Sie sich noch einmal die Hochschulen vorgeknöpft. Davon ist heute gar nicht so viel die Rede. Zum Beispiel haben Sie damals versprochen: Das derzeit schlechteste Betreuungsverhältnis an unseren NRW-Hochschulen werden wir sofort angehen und mehr Betreuung schaffen.

Wir haben immer noch das schlechteste Betreuungsverhältnis an den Hochschulen. Wo bleibt denn die Einlösung Ihres Versprechens? Wo bleibt denn die Investition in unsere Hochschullandschaft?

Den Studierendenwerken fehlen Investitionen. 350 Millionen Euro sind für die Sanierung angemeldet, 213 Millionen Euro für neue Wohnheime. Da investieren Sie mit diesem Haushalt – und das ist ja schon der zweite; irgendwann müssen Sie ja einmal damit anfangen, dieses Versprechen einzulösen – aber keinen Cent.

Ihre Leuchttürme, die Talentschulen, sollen es jetzt bringen. Mit der Förderung Ihrer Talentschulen, die ja nur 1 % der Schulen ausmachen – das muss man sich einmal vorstellen –,

(Ministerpräsident Armin Laschet: Aber das ist doch ein Anfang!)

erreichen Sie aber nur eines: Sie werden damit die Schulen bei der Dokumentation ihrer Bedarfe gegeneinander ausspielen.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

1 % der Schulen schaffen es, Gehör zu finden, und 99 % gehen leer aus.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Das sind doch Schwerpunkte!)

– Schauen Sie sich doch einmal die Anmeldungen von Bedarfen an. Schauen Sie sich doch einmal an, wer alles Bedarfe anmeldet. Da werden doch die Schulen gegeneinander ausgespielt. Damit schaffen Sie doch nicht in der Fläche bessere Bildung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist doch ein Ablenkungsmanöver.

Auf der anderen Seite gilt doch: Das Versprechen von besserer Bildung fängt in der Grundschule an. Schauen wir uns einmal die Antworten der Regierung in Bezug auf den Lehrermangel an.

(Zuruf von Ministerin Yvonne Gebauer)

A13! Jetzt haben Sie das Geld, Frau Gebauer. Warum werden die Grundschullehrer jetzt nicht endlich mit A13 besoldet?

(Beifall von den GRÜNEN, Michael Hübner [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Man könnte eine gute Kombination hinbekommen – mit Mehrarbeit, die auf einem Stundenkonto geparkt wird, und einem Anreizsystem für A13. So könnte man sehr schnell mehr Lehrerstunden generieren. Aber auch hier: Fehlanzeige!

Herr Laschet, das sind alles tolle Textbausteine und schöne wolkige Blasen, die Sie hier wieder vortragen. Die Digitalisierungsdividende hat mir noch gefehlt. Das sind ja auch immer solche tollen Sachen:

(Heiterkeit und Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

entfesseln, den Riesen entfesseln, die Digitalisierungsdividende einstreichen – und was nicht alles in diesem Land passiert.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wie die Sonntagsreden!)

Diese ganzen aufgeblasenen rhetorischen Worthüllen zerplatzen, wenn man da einmal mit einem Faktencheck hineinpickt.

Herr Laschet, Sie haben noch einige Zeit zum Regieren. Bisher haben Sie 18 Monate regiert. Aber von dem, was Sie hier angekündigt haben, von diesen ganzen Versprechen, ist nichts eingelöst. Wir warten einmal, wie sich das weiter entwickelt. Aber klar ist schon jetzt: Für dieses Land haben Sie noch nicht viel erreicht. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN, Christian Dahm [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Präsident André Kuper: Danke, Frau Kollegin. – Für die CDU hat noch einmal der Abgeordnete Löttgen um das Wort gebeten.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegin Düker, drei Aussagen, die Sie gemacht haben, kann ich schlicht und ergreifend nicht stehen lassen.

Ihr Verständnis von rechtsstaatlich sicheren Werkzeugen für unsere Polizei unterscheidet sich fundamental von unserem Verständnis. Ich sage dazu: Gott sei Dank. Denn die Bevölkerung hat Angst vor Terror und organisierter Kriminalität. Sie aber schüren die Angst der Bevölkerung gegen unsere Polizei.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie schüren die Angst!)

Wir unternehmen alles, damit unsere Polizei gestärkt wird, um effektiv und wirksam gegen Terrorgefahren sowie gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen, während Sie den Eindruck erwecken, als ob ein Polizeigesetz, dessen Maßnahmen alle unter dem Richtervorbehalt stehen, Unschuldige treffen könnte. Das ist falsch, und dagegen verwehre ich mich aufs Äußerste.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie sagen, das Polizeigesetz bedeute weniger Freiheit. Ich sage: Ja, es bedeutet weniger Freiheit, aber weniger Freiheit für Kriminelle.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Nein, für die anderen bestimmt nicht?!)

Mehr Schutz für die Bevölkerung – das ist das Ziel dieses Polizeigesetzes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie bedienen anscheinend aus reiner Profilierungssucht Ihr eigenes Klientel, anstatt – wie andere Fraktionen in diesem Landtag es tun – an einer konstruktiven Lösung mitzuarbeiten. Deshalb stehen Sie hier alleine, wenn es darum geht, die Sicherheit in diesem Land nach vorne zu treiben. Sie sind übriggeblieben. Schließen Sie sich einfach konstruktiven Vorschlägen, die hier gemacht werden, an.

(Beifall von der CDU)

Gleiches gilt für Ihre Kritik am Haushalt.

Frau Düker, wenn Sie das nachlesen, erschrecken Sie sich wahrscheinlich über sich selbst. Zitat Monika Düker: Sie geben einfach das Geld aus, das da ist. – Ja, meine Damen und Herren, genau das unterscheidet uns. Sie haben Geld ausgegeben, das nicht da war. Das ist der Unterschied.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Weiterhin haben Sie gesagt, dieser marginale Schuldenabbau belaste zukünftige Generationen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Schuldenabbau? Mickrig! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Gar nichts!)

Frau Düker, Entschuldigung, dann leben wir nicht auf dem gleichen Planeten. Ihre Erblast in Form von 175 Milliarden Euro Verschuldung belastet dieses Land!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da – und auch das unterscheidet uns – setzt diese Landesregierung an. Wir fangen an, den Schuldenberg, den Sie zulasten der Bürgerinnen und Bürger aufgetürmt haben, endlich abzubauen. Das ist gut so, und deshalb stimmen wir diesem Haushalt zu.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Wie viel an Schulden haben

Sie denn in anderen Bundesländern produziert?)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat noch einmal der Abgeordnete Rasche um das Wort gebeten.

(Monika Düker [GRÜNE]: 6,9 Milliarden Euro! – Michael Hübner [SPD]: Helmut Linsen!)

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Stichwort „Polizeianwärterstellen“, Frau Düker: Sie haben es eben mit der Wahrheit nicht so ganz genau genommen, was man wenigstens bei einer Haushaltsdebatte tun sollte. Das können die Menschen in Nordrhein-Westfalen schon erwarten.

Rot-Grün hat die Polizeianwärterstellen im Jahr 2004 auf das rekordniedrige Niveau von 500 reduziert. Kein anderer war das. Das waren Grüne und SPD!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei den Grünen ist es immer so, und so war es auch zwischen 2005 und 2010: Wenn Sie in der Opposition sind, versprechen Sie alles und machen eine blinde Klientelpolitik. Dazu ein kurzes Stichwort: „Luftverkehrskonzeption“.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Monat für Monat haben Sie das 2008, 2009 und 2010 mit einer Aggressivität ohnegleichen gefordert. Dann kommen Sie 2010 wieder in die Regierungsverantwortung, und es kommt sieben Jahre lang nichts. Das ist typisch grüne Politik in Nordrhein-Westfalen: in der Opposition alles versprechen, in der Regierung nichts halten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie doch mal, wer 2010 die Zahl der Polizeianwärterstellen erhöht hat!)

Noch ein Wort zum Polizeigesetz, um das mal bildhaft deutlich zu machen: Sie schützen die Steinewerfer, und wir schützen diejenigen, die mit Steinen beworfen werden.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD hat der Abgeordnete Loose das Wort.

(Zurufe)

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Löttgen, Sie warfen den Grünen vor, dass diese das Geld ausgegeben hätten, welches sie nicht gehabt hätten. Sie selbst hätten das Geld, so sagen Sie.

Aber woher haben Sie dieses Geld? Fragen Sie doch einfach mal unsere Sparer, fragen Sie doch mal die Leute, die jetzt ihr Geld bei den Pensionskassen nicht mehr bekommen. Die Pensionskassen in diesem Land fallen gerade reihenweise um aufgrund der Niedrigzinspolitik, von der Sie profitieren. Das ist keine Arbeit im Sinne des Volkes, des Sparerers. Sie greifen weiterhin in die Taschen der Steuerzahler, um es mit vollen Händen auszugeben. Das ist eine Schande für Deutschland. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher kommen wir zum Schluss der Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen über die Gesetzentwürfe zum Nachtragshaushalt 2018, zum Haushaltsgesetz 2019 und zum GFG 2019 in dritter Lesung. Die Beratungsverfahren werden hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit jeweils um eine Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Beim Haushaltsbegleitgesetz 2019 führen wir heute die Abstimmung in zweiter Lesung auch über Änderungsanträge der Fraktionen durch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereiten Sie sich auf einen kleinen Abstimmungsmarathon vor. Wir haben jetzt 25 Abstimmungen vorzunehmen.

Wir stimmen erstens ab über das Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018, das sogenannte Nachtragshaushaltsgesetz 2018. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4449, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 17/3400 und 17/4099 in der Fassung nach der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses zur dritten Lesung anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf.

Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die CDU und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer enthält sich? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Languth. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksachen 17/3400 und 17/4099 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4449 in dritter Lesung angenommen und das Nachtragshaushaltsgesetz 2018 verabschiedet**.

Wir stimmen zweitens ab über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im

Haushaltsjahr 2019 also über das Gemeindefinanzierungsgesetz, das GFG 2019. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4451, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 17/3302 und 17/4100 in der Fassung nach der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses zur dritten Lesung anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Grüne und AfD. Wer enthält sich? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksachen 17/3302 und 17/4100 sowie Vorlage 17/1451 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4451 in der dritten Lesung angenommen und das Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 verabschiedet**.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen über das Haushaltsgesetz 2019 und den hierzu gestellten Änderungsanträgen.

Wir stimmen drittens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD zum Haushaltsgesetz 2019 **Drucksache 17/4547**. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Damit ist der **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP zum Haushaltsgesetz 2019 **Drucksache 17/4548**. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind Grüne, CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das sind die SPD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser **angenommen**.

Wir stimmen fünftens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsgesetz 2019 **Drucksache 17/4549**. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und die beiden Fraktionslosen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der AfD ist dieser einstimmig **angenommen**.

Wir stimmen sechstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD zum Haushaltsgesetz 2019 **Drucksache 17/4550**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen siebtens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD zum Haushaltsgesetz 2019 **Drucksache 17/4551**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – SPD und Grüne sind das. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht